



Sezession

Erik Lehnert
Nach der Mauer

Götz Kubitschek
Gerechtigkeit für Handke

Gespräch mit
Uwe Tellkamp

Eva-Maria Michels
Kulturkampf

Caroline Sommerfeld
Extinction Rebellion

93

Dezember 2019
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

17. Jahrgang, Heft 93,
Dezember 2019

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.

Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.

Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 9043 99
Fax: (03 46 32) 9043 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Ein leeres Blatt**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Moin, Moinmoin, Morgähhn!**
Ellen Kositza

Grundlagen

- 4 **Gerechtigkeit für Handke**
Götz Kubitschek
- 10 **Wissenschaftsfreiheit? Lehrfreiheit?**
Till Kinzel
- 14 **»Der Bekenntniszwang wird größer.«**
Im Gespräch mit Uwe Tellkamp
- 20 **Nach der Mauer**
Erik Lehnert
- 26 **Hundert Jahre Krieg in Osteuropa**
Im Gespräch mit Mária Schmidt
- 28 **Extinction Rebellion – Täuschung
und Offenbarung**
Caroline Sommerfeld
- 34 **Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung**
Benedikt Kaiser
- 38 **Wenn Liberale zur Rettung des liberalen
Weltbildes zu Illiberalen werden**
Eva-Maria Michels
- 44 **Identität – eine Konferenz in Lissabon**
Martin Lichtmesz
- 50 **Interessen – Souveränität – Identität**
Florian Sander
- 54 **Salvini. Strategie im Wandel**
John Hoewer

Kurzbeiträge

- 58 **Ökologische Beleuchtungen (2) –
Mogelpackung Elektroauto**
Jonas Schick

Bücher

- 60 **Migration und Krise – neue Bücher**
Andreas Karsten
- 62 **Rezensionen**

Ein leeres Blatt

von Götz Kubitschek

Im Grunde ein Zufall: Da wurde ein altes VHS-Gerät vom Dachboden heruntergetragen und abgestaubt, dann ein Karton mit Kassetten, zuletzt ein Fernseher. Den ganzen langen Regensamstag über die Kinder: *Immer dieser Michel* und *Kli-Kla-Klawitter* und *Unsere kleine Farm*.

Am Abend allein in der Bibliothek. Eine Kasette ohne Beschriftung, Neugier – ein kurzer Film, keine zehn Minuten, Titel: *Ein leeres Blatt*. Er zeigte ein Podium, das von einem Moderator und vier Teilnehmern besetzt war: einem Linkem, einem Libertären, einem völkischen Nationalisten (so stand das wirklich auf den Tischkärtchen) und einem vierten, auf dessen Kärtchen nichts stand.

Der Moderator richtete seine Frage nach zentralen ideologischen Punkten zunächst an den Linken. Der begann über den Abbau von Hierarchien zu sprechen, über die Unterschiedslosigkeit von Mann und Frau, das Konstrukt von Unterschieden überhaupt, die Emanzipation aus allen Bindungen, die Zufälligkeit der Nation – und ja, es gebe einen Ziel-, einen Endpunkt der historischen Entwicklung, nur habe die Bahn dorthin eine Ablenkung erfahren durch den Zusammenbruch der alternativen Entwürfe des Ostens. Er endete mit den Worten, daß er die Umriss dieses Umbauplans demnächst in einem vierhundertseitigen Skript veröffentlichen werde. Auf die Frage des Moderators, ob es ein solches Staats- oder Gesellschaftswesen irgendwo gäbe oder je gegeben habe, antwortete der Linke: »Noch nicht.«

Dann war der Libertäre an der Reihe: Für ihn seien alle »Ordnungsgebilde« jenseits der vertraglichen Vereinbarungen zwischen freien Individuen repressive, gewaltauslösende, gängelnde, räuberische, korrupte Konstruktionen schwacher Personen, gerichtet ausschließlich gegen diejenigen, die stark und frei genug seien, einander zu geben und zu nehmen, was jeder benötige und herstelle, und zwar im Rahmen des einzig gerechten Austauschs: des ewig ausgleichenden, also harmonischen Spiels freier Marktkräfte. Der Weg zu dieser Choreographie aus Angebot und Nachfrage verlaufe fraglos über eine Zerstörung der Staatsgebilde jedweder Ausformung. Und bevor der Moderator seine naive Frage stelle, wolle er gleich sagen: Nein, noch gebe es kein libertäres Gebilde von staatsähnlicher Bedeutung, aber es werde in Planstädten und auf öplattformähnlichen Kunstinseln expe-

rimentiert. Darüber habe er soeben ein zweibändiges Manuskript eingereicht.

Anders als seine Vorredner sprach der völkische Nationalist voller Ressentiment und Abwehr. Ja, er wisse, daß er vermeintlich historisch widerlegt sei, ja, er müsse natürlich eine Antwort geben auf den eliminatorischen Charakter, den die Umsetzungsversuche rassistisch eindeutiger und dominierender Großgebilde angenommen hätten, aber dennoch: Mit irgendwelchen halbgenauen Berichten von relativer Homogenität, KulturNation, historischer Entwicklung und Einverleibung müsse man ihm nicht kommen. All das: Verwischungen, Verzärtelungen, mangelhafte Deutlichkeit. Die Neuordnung der Welt sei hier – er klopfte auf einen dicken Packen Papier – von ihm niedergeschrieben worden und werde im Selbstverlag erscheinen. Von Moderatorenseite: keine Fragen mehr.

Dann erhielt der vierte das Wort, der mit dem unbeschrifteten Tischkärtchen. Er sei, sagte er, fünftausend Jahre alt oder noch älter, er wisse es nicht. Er habe jedenfalls seit jeher mit dem zu leben und das auszubaden, was auf ihn käme: harte Arbeit, Mißerfolg, Krankheit, Unwetter, Schicksalsschläge, Tod, die Epoche, die Zeit, die paar Jahrzehnte, die ihm geschenkt, gegeben, auferlegt seien, und das sei mehr als genug, und gottlob habe es immer wieder Zeiten gegeben, in denen (aus Erfahrung klug, durch Erschöpfung gezwungen) sich Menschen wie er an die Spitze hätten setzen können, um Ordnung zu schaffen und jeden zum Teufel zu jagen, der, zum Verderb unzähliger, an die Umsetzung irgendwelcher Experimente und Verrücktheiten gehen konnte.

Ob er das irgendwo theoretisch niedergelegt habe, wollte der Moderator wissen. Nein, sagt der ohne Tischkärtchen, aber er könne das gerne versuchen, er brauche dazu bloß ein leeres Blatt. Er griff nach dem Kärtchen, das vor ihm stand, glättete den Knick. Die Kamera schwenkte über seine Schulter, während er schrieb: Familie, Kinder, Arbeit, Fleiß, Dankbarkeit, Garten, Hegung, Achtsamkeit, Grenze, Eigentum, Ehrfurcht, Zuneigung, Gott, Horchen ...

Die anderen drei schauten ihm eine Weile zu, dann gerieten sie über irgendetwas in Streit, und während der Namenlose weiterschrieb (Erziehung, Wachsamkeit, Dienst, Verteidigungsberichterstattung ...), riß das Filmchen ab.

Wer es wann gedreht hat? Keine Ahnung. ■



Moin, Moinmoin, Morgähhn!

von Ellen Kositzka

Nein, das ist nicht Hirnmasse. Was für ein dummer, polemischer Gedanke! Das sind einfach bunte Luftballons, die anlässlich einer notorischen Schwulenparade in Reih' und Glied für den Hintergrund sich zur Verfügung stellten. Am uns unbekanntem Herren rechts im Bilde gibt es fraglos nichts zu mäkeln. Er hat sich mit Halsklunkern behängt und eine Sonnenbrille vor den Hosenlatz gebunden. Das paßt grob zum Anlaß und ist irgendwo vermutlich ziemlich witzig. Was den Betrachter der Szenerie vollends für den mildlächelnden Hutträger einnehmen sollte, ist auf diesem Schwarzweißdruck nicht so gut zu sehen. Nämlich: Der ganze große Fächer in Regenbogenfarben ist mit Filzstiftfarben handgemalt und mit Edding mühevoll beschriftet! Wen würde das nicht rühren. Über die Botschaft darf man rätseln. »Stop Homophobia! It is not good«? Oder »Stonewall is not forgotten«?

Es gehört zum Weltwissen der 15- bis 55jährigen »von heute«: Im »Stonewall Inn« in der Christopher Street, New York City, hatte 1969 erstmals die »queere« Klientel gegen die anscheinend homophobe Polizeigewalt zurückgeschlagen. In den prüden USA der späten Sechziger waren die sogenannten Bullen dem »anstößigem Verhalten« in Homo-Treffpunkten mit Kontrollen und unter Umständen Verweisen begegnet. Daß sich das die Schwulen (von Frauen war damals keine Rede, »queer« gab es damals noch nicht, und auch wenig Solidarität unter Schwulen und Lesben) nicht gefallen ließen, wird seit vielen Jahren weltweit in Form von »Gay Prides« oder »Christopher Street Days« ... – naja, »gefeiert«. Wir alle kennen es: Schauwägen voller kopulierender Männerpaare, Tanznummern mit Dildo etc., der ganze Zoo, traumschön.

»Traumschön«, so geht die Legende, sei ein krasses Lieblingswort von Johannes Kahrs, hier mit seinem berühmten Spannungslächeln links im Bilde. Gelegentlich pflegt er es (das Wort) selbstironisch. Wo? »Auf Twitter.« Herr Kahrs galt lange Zeit als quantitativ erfolgreichster Twitterer im Politikbetrieb. Tempi passati. Derzeit hat Kahrs dort gut 24000 »Follower«. Das ist nicht nichts, aber es ist definitiv keine Erfolgskurve. Nur mal zum Vergleich: Momentan hat (Ende 2019) Renate Künast rund 50000 Verfolger, Jörg Meuthen 54000. Hubertus Heil 67000, Alice Weidel 84000, Annegret Kramp-

Karrenbauer 88000, Cem Özdemir 156000 und Christian Lindner rund 362000.

Herr Kahrs rangiert also knapp über Petra Pau. »Na und?«, mag man fragen. Und man fragte natürlich zurecht. Es nutzen wenige Menschen im Rentenalter (oh, und das sind viele!) Twitter, wenige Hauptschüler und wenige ..., sagen wir »Ausländer« in Deutschland. Twitter ist gut, wenn man Leute mal grob abbürsten will und dabei selbst nicht auf den Mund gefallen ist. Insofern ideal für Politiker. Vor allem für jemanden wie Herrn Kahrs, den Abbürster schlechthin.

Wenn das populärste moderne Laster alias »Haß & Hetze« einen Namen hätte – sein Vorname lautete vermutlich Johannes. Das kann er nämlich, der Kahrs. Er startet harmlos. Nämlich twitternd Morgen für Morgen gegen acht Uhr mit einem launigen hanseatischen »Moin!« Seine treuen Fans (Silbermond: »Sag mir, dass dieser Ort hier sicher ist / Und dass das Wort, dass du mir heute gibst / Morgen noch genauso gilt«) antworten ihm dutzendfach: »Moin«, »Moinmoin« oder »Morgähhhh!«. Und wenn Herr Kahrs seinen Arbeitstag beschließt, läßt er eine Disneyfigur gelegentlich »Ade nun zur guten Nacht« singen. Kahrs, 1963 als Jungfrau in Bremen geboren, ehemaliger Jurastudent mit Erstem Staatsexamen, weiß eben, wie seine Leute ticken: Sie brauchen nicht viel, nur »Sicherheit / irgendwas, das bleibt«.

Aus unerfindlichen Gründen (gut, er läßt sich zum konservativen »Seeheimer Kreis« zählen und ist Mitglied einer Studentenverbindung) gilt Kahrs als Rechtsausleger innerhalb der SPD. Von anderen »Rechtsauslegern« wie Thilo Sarrazin ist er meilenweit entfernt. Das sieht man. Es gibt ein paar unvorteilhafte Sarrazinbilder. Aber keines, wo er grinst, Bauch zeigt und sich Luftballons um die Ohren flattern läßt.

Sarrazin gilt als Hardliner, aber Kahrs ist noch härter. Gegen die Alternative im Bundestag wettete der schöne, dauergrinsende, gesichtsviereckige Seitenscheitelträger anno 2018: »Haß macht häßlich! Schauen Sie doch in den Spiegel!« Es lohnt sich, die entsprechende Bundestagsrede einmal auf YouTube anzuschauen. Die als häßlich Gescholtenen verließen damals den Saal, sekundiert von einem twitternden Kahrs-Kollegen (Marco Wanderwitz, CDU): Kahrs habe »mal eben verbal den Saal geräumt auf

der rechten Seite. Sie wollen es halt nicht hören, was sie sind, die vielen Herren und wenigen Damen von der AfD. Nun stehen sie draußen und schmollen.« You wish, Ihr beide!

Aber weiter: Ein spezielles Steckenpferd von Herrn Kahrs ist es, Parallelen zwischen der AfD und der NSDAP zu ziehen. Legendär und vielgelobt sein Ausspruch, wonach die AfD ein Verein sei, über den »mal jemand Anfang der Dreißiger Jahre gesagt hat, das sei der dauerhafte Appell an den inneren Schweinehund.« Hoho, kühn! Kurt Schumacher, dieser »Jemand« hatte auch gesagt: »Keine deutsche Partei kann bestehen,

Juso-Organisation mit ganz jungen Leuten aufgebaut.« »Sie sind 15, 16 Jahre alt. (...) Manche können zum Praktikum nach Berlin gehen, in der Wohnung des Bundestagsabgeordneten übernachten. Die Reise nach Berlin ist für 15, 16 Jahre alte Jugendliche eine reizvolle Erfahrung. Mancher ist nach wenigen Wochen im Vorstand der Schüler-Jusos. Weitere Karriereschritte, etwa der Juso-Kreisvorstand, werden in Aussicht gestellt für die, die neue Leute werben. 40 bis 50 Praktikanten hat Kahrs nach eigenen Angaben jedes Jahr in Hamburg und Berlin.« Wie gesagt, FAZ 2009. Uralt.



die die Oder-Neiße-Grenze anerkennt« und: »Wir sind kein Negervolk«. Herr Kahrs sollte prüfen, inwiefern Schumacher-Zitate im heutigen Kontext verwertbar sind.

Kahrs selbst lobt sich als »erstklassigen Wahlkreisabgeordneten, hervorragenden Kreisvorsitzenden und guten Jugendhilfeausschussvorsitzenden«. O-Ton! Bescheidenheit wird ohnehin überschätzt. Dabei hatte der wackere Mann und Ehegatte (seit 2018 evangelisch verheiratet mit einem Gleichaltrigen) es wahrlich nicht immer leicht. Vor mittlerweile zehn Jahren porträtierte ihn die FAZ denkbar ungünstig, wenn nicht gar fies: »Ein Mann will nach oben. Er hat sich ein Netzwerk von Günstlingen, Abhängigen und Unterstützern geschaffen. Um seine Macht zu mehren, geht er rücksichtslos vor. Das sagen seine Gegner. Das sagen auch ehemalige Förderer. Manche verbinden seinen Namen mit dem Wort System. Es breite sich aus wie ein Krebsgeschwür.«

Herr Kahrs habe mit drei Jahren in Bremen Flugblätter für die SPD verteilt und mit acht Plakate geklebt. Mit etwa 35 Jahren habe er eine

Und heute? Langsam. 2016 hatte der Mann, der sich rühmt, so viele Besuchergruppen wie kaum einer durch den Bundestag zu schleusen, auch eine Schulklasse eskortiert. Eine Schülerin (von vielen) ließ sich mit Herrn Kahrs ablichten. Ein Mitschüler kommentierte wenig später an Kahrs gerichtet auf Twitter das Bild: »Und die Blondie freut sich aufs Foto zu kommen. Läuft.« Der Politiker antwortete: »Immer. Schlampe halt.« Als Mann von Ehre löschte Herr Kahrs den eher versehentlichen Tweet alsbald.

Nun aber November 2019: Die Tageszeitung *Die Welt* führte ein Telefoninterview mit dem begabten Politiker. Er möge bitte seine Forderungen konkretisieren, die Alternative für Deutschland zu verbieten. Kahrs suchte nach Worten und brach das Interview dann ab. An was erinnert uns das?

99 Kriegsminister / Streichholz und Benzinakanister / Hielten sich für schlaue Leute / Witterten schon fette Beute. Dabei waren es nur 99 Luftballons! Wie mag es einem gehen, der 99 Luftballons aufgeblasen hat? Atemlos? Was fraglos traumschön wäre. ■

Gerechtigkeit für Handke

von Götz Kubitschek

Wie das wimmelt, in diesem Bienenstock oder Ameisenhaufen »Feuilleton«: Da wird einer »seit Jahren gehandelt« als Anwärter auf den Literaturnobelpreis, und kaum hat er ihn, soll »dieser größte Sieg seine größte Niederlage« sein (heißt es im *Cicero*).



Vor dem Einsatz als Offizier der Bundeswehr in Sarajewo gründliche Lektüre der *Winterlichen Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina* und des *Sommerlichen Nachtrags* aus der Feder Peter Handkes. Auf Grund dessen und nur deshalb war ich mit anderen Augen in der Republika Srpska unterwegs, um Bestandsaufnahme zu machen und »mit allen Seiten zu sprechen«, so kurz nach diesem furchtbaren Krieg. Die Lektüre war ja erst nach anfänglichem Zögern (Gerechtigkeit für »Serbien«? Ausgerechnet!) gelungen, dann aber zur schlagähnlichen literarischen Aufklärung darüber geworden, daß da tatsächlich wieder ein ganzes Volk zur düsteren Projektionsfläche hinter den moralisch glänzenden Waffentaten der Guten gemacht worden war! Handke: Seite für Seite dagegen, Zeile für Zeile ein suggestives Zerschlagen einer ungerechten Großzählung, einer eindeutigen Deutung, und so war mir, gottlob, vor den Einsatzfahrten bis nach Srinje, Miljevina oder Kalinovik hinein »der Feind« abhanden gekommen.

Dann: Handkes Bericht *Unter Tränen fragend* (2000), in dem er *Nachträgliche Aufzeichnungen von zwei Jugoslawien-Durchquerungen im Krieg* zusammenfaßte: kein literarischer Schock mehr, sondern erwartbar aus dieser Feder. Handke hatte seine beiden »Durchquerungen« im März und im April 1999 unternommen, also in jenem Frühjahr, als die NATO Serbien bereits bombardierte. Das »westliche Verteidigungsbündnis« war zu einem »westlichen Angriffsbündnis« geworden, einem moralisch aufgeladenen Akteur, der »Luftschläge« austeilte, ohne daß jemand zurückschlagen konnte. Uns Deutschen bescherte die Rechtfertigungsrede des Außenministers Joschka Fischer eine Debatte über die Frage, ob im Namen der »Lehren aus dem Holocaust« ein Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung erlaubt sei.

Wie so oft in Deutschland ist diese Debatte nicht sachlich, sondern ihrerseits moralisch geführt worden, also enggeführt, aufgeladen, eingesperrt in einen Gesinnungskorridor. Diejenigen, die das abgrundnahe Argument anführten, man könne mit der zivilreligiösen Parole »Nie wieder Holocaust« sehr profane Ziele verfolgen, wurden »niedergeschrien« von denen, die einen geringeren Kriegsgrund als den, einen dräuenden Holocaust zu verhindern, nicht in Betracht ziehen wollten. Und so sind die Fragen von damals bis heute nicht beantwortet: Durften wir Deutsche uns an einem Angriffskrieg beteiligen, weil wir meinten, damit einen Völkermord im Kosovo verhindern zu helfen? Durften wir von nun an für moralisch

»Wir rollten in dieses Dorf, aber es bestand nur aus zerstörten Häusern. Wir verstanden nicht, was es hier für uns zu tun geben sollte. Warum hatte man uns hierher geschickt? Die Funkverbindung blieb taub, also frühstückten wir erst einmal. Aber dann trat aus einer der Ruinen ein alter Mann, und ein paar Schritte hinter ihm folgten zwei jüngere Frauen und drei Kinder, städtische Gesichter, schmutzig, verfroren, heruntergekommen, fehl am Platz, verirrt: zwei aus Sarajewo geflohene serbische Familien, die Väter beide gefallen. Hoffentlich: gefallen. Denn in diesem Wort schwingt wenigstens etwas erträglich Plötzliches, also Rasches mit.«

aus Kubitscheks Einsatztagebuch, 13. Januar 1998, unveröffentlicht.

aufgeladene und damit der Diskussion entzogene Ziele lügen? Durften wir als diejenigen, die »aus der Geschichte gelernt haben«, die Angelegenheit anderer auch kriegerisch zu unserer Sache machen? War dieses Intervenieren überhaupt »unsere« Sache, oder anders: Waren wir überhaupt souverän zu entscheiden, woran wir uns als Deutsche beteiligen wollten und woran nicht oder sind wir als Nation nur die Erfüllungsgehilfen einer Weltmacht, die das internationale Recht nicht interessiert, wenn sie souverän entscheidet, wo sie Krieg führen will und wo nicht? Warum beteiligten und beteiligen wir Deutsche uns an solchen US-geführten Kriegen, die (um mit Carl Schmitt zu sprechen) eigentlich keine Kriege mehr sind, sondern Polizeiaktionen, Erziehungsaktionen gegen »schlechte« Nationen, in denen »schlechte« Menschen leben, die »gute« Menschen sein könnten, wären sie nicht in ihrer »schlechten« Nation eingesperrt? Warum beteiligen wir Deutsche uns nach all unserer historischen Erfahrung an weltanschaulichen Kriegen? Wollen wir – auf Kosten neuer, aktuellerer Schuldiger – endlich auf der Seite der Guten kämpfen?

Das ist wohl der Kern: Wollen wir den uns anerzogenen Selbsthaß dadurch in den Griff bekommen, daß wir uns den neuen, den nächsten Feind als den hassenswerten Feind einreden lassen und ihn von da an aus ganzem Herzen und sehr selbstbewußt mithassen? Müssen wir uns, die wir so eindeutig auf die Seite des ganz Bösen gestellt worden sind, nun eindeutig auf die Seite des völkergemeinschaftlichen ganz Guten schlagen, um in uns und sichtbar für die Staatengemeinschaft eine weitere Form (wieviele noch?) der Wiedergutmachung zu leisten? Oder sollten mit solchen Eindeutigkeiten nicht gerade wir besonders vorsichtig sein?



Handke ist der prominenteste Autor des Auslands, der sich gegen die einhellige Verdammung der Serben als den eigentlichen Kriegstreibern, Kriegsverbrechern und Bösen des jugoslawischen Bürgerkriegs wandte. Dieses Nicht-Mitmachen beschreibt Handke zunächst als eine Art Instinkt: Ein Teil von ihm (Handke beschreibt gern und stets sein intellektuelles Innenleben), ein Teil von ihm wollte »diesem Krieg und dieser Kriegsberichterstattung nicht trauen. Allzusehnlich nämlich waren für die sogenannte Weltöffentlichkeit auch in diesem Krieg die Rollen des Angreifers und des Angegriffenen, der reinen Opfer und der nackten Bösewichte, festgelegt und fixgeschrieben worden.«

An einer anderen Stelle schreibt Handke von einem »unverwüstlichen und geradezu beneidenswert selbstbewußten Haß gegen alles Serbische«, den er bei Korrespondenten großer Zeitungen in Paris und anderswo stauend bemerkt habe. Und er leitet daraus einen Mechanismus ab, der sich – wir Deutsche wissen das! – beim Blick auf ein Volk oder eine politische Gruppe festfressen kann wie die Kolben in einem Auto: Es sei beim Blick auf die Serben zu einer »Voraus-Schuldzuweisung« gekommen, und solche auf eine seltsame Weise »festgelegten« oder (Handke präzisiert dieses Wort) »starrgestellten« Zuschreibungen führten stets dazu, daß es zu »vielfach vorgestanzten Guck-Löchern auf das Land« komme, bis in die Bildsprache und Bildinterpretation hinein.

Wir wissen das, wir kennen das: Wir wissen, wie dieses Festlegen und Starrstellen der Deutschen nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg betrieben wurde: die Deutschen – starrgestellt auf ihre Rolle als Völkermörder, Kriegstreiber, Rassisten, Antisemiten, Wegschauer, Duckmäuser, als widerlegte Nation, als im Kern böses Volk, als Volk, das von sich selbst, also von seinen bösen, gefährlichen, stets virulenten Charaktereigenschaften befreit werden müsse, die Deutschen als Volk, das umerzogen werden müsse, sprich: seine Identität wenigstens in Teilen aufzugeben und die Neugestaltung dieser Identität fremden Kräften zu überlassen habe.

Zu dieser Identität gehört die Gründungserzählung, also: der Gründungsmythos Auschwitz, und wie wir Deutschen nach dem Krieg (seltsamerweise mit voller Wucht erst sehr weit nach dem Krieg) auf die Rolle der Schuldigen und Grausamen festgelegt worden sind, wurden »die Serben« seit 1992 und bis in die Kriegsverbrecherprozesse von Den Haag hinein auf die Rolle der Schuldigen und Grausamen der jugoslawischen Erbfolgekriege festgelegt, wenn auch in anderer Dimension als »die Deutschen«. Der Deutschen Auschwitz ist den Serben Srebrenica, die natio-

nalsozialistischen KZs sind die serbischen Lager in der Republika Srpska, und daraus wurde abgeleitet, daß – so leid es uns tue und so schwer es uns falle – die deutsche Beteiligung am Angriffskrieg auf Serbien unumgänglich sei: eine (»Hände an Stacheldraht«, »Auschwitz«) historische Pflicht der Guten gegen das Böse.

Die Guten gegen die Bösen, das heißt auch immer: die Schönen gegen die Häßlichen, die Ehrlichen gegen die Lügner, die Edlen gegen die Verschlagenen. Mit häßlichen, bösen, grausamen Lügnern aber kann man keinen Frieden machen: Man muß sie entweder ausrotten oder umerziehen, also: zu anderen Menschen machen. Daß aufgrund einer solchen Haltung der Gegner kein Gegner mehr ist, sondern ein Verbrecher, zeigt uns die Kriegspropaganda – und ich bin mir sicher, daß diese Kriminalisierung einer der Gründe für Handke war, sich ganz auf die Seite Serbiens, nein besser: der Serben zu werfen – gegen die Rhetorik der Eindeutigkeit.



© Wild + Team Agentur, CC BY-SA 3.0

»Eine Zeitlang hatte der eine oder andere (...) sich sogar eingebildet, die Geschichte – die Historie, oder wie das hieß – würde ihm dereinst recht geben. Inzwischen freilich glaubten sie – bis auf einen oder zwei unverbesserlich Geschichtsgläubige unter ihnen – längst nicht mehr an das angeblich entscheidende und letzte Wort der Geschichte, beziehungsweise der Historiker. Oder wenn, dann mußte das entscheidende Wort nicht unbedingt das richtige sein, und die das letzte Wort hatten, sprachen allein deswegen nicht notwendig wahr.«

Peter Handke: *Die moralische Nacht. Erzählung*, Frankfurt a.M. 2009, S. 506f.

Es ist eine solche jede Differenzierung und jede politische Vernunft ausblendende Rhetorik in Deutschland nicht nur Rhetorik, sondern tatsächlich tiefe Überzeugung, oder besser: eine der verhängnisvollen Spielarten der von Sloterdijk so bezeichneten »zynischen Vernunft«: In Deutschland will man gerade in solch moralisch aufgeladenen Fragen belogen, und das heißt: eindeutig eingenordet werden. Dahinter stecken Entlastungsvorgänge, vor allem für das intellektuelle Milieu mit seinen zwei Gesichtern: einem pastoralen Gesicht, das dem Ausdruck nach tatsächlich schwer an der eigenen abstammungsbedingten Teilhabe am Tätervolk leidet und zugleich von der Existenz eines Täters überzeugt ist; zum anderen einem zynischen, berechnenden Gesicht, das weiß, wie man aus historischen Schulderzählungen in der Gegenwart politisches und finanzielles Kapital schlagen kann – daß man die Vergangenheit also bewirtschaften kann, und zwar wie! Man kann in einem Land wie Deutschland sozusagen die Preise diktieren!

Entscheidend ist, daß über dem entlastenden Belogen-werden-wollen der realistische Blick auf den Menschen und seine historischen Lagen verlorengeht, ersetzt wird durch passende Behauptungen, und dies ist der Punkt, an dem wir in Deutschland den in seiner Suche nach der Gerechtigkeit für Serbien ungerechten Handke zu lesen beginnen müssen, und zwar existentiell interessiert: Wenn Außenminister Joschka Fischer Auschwitz zum Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland erklärte und mit diesem Gründungsmythos die Bombardierung Belgrads und den Einmarsch im Kosovo unter deutscher Beteiligung rechtfertigte, dürfen wir in Deutschland die Auseinandersetzung um ein differenzierteres Geschichtsbild nicht scheuen.

◆◆◆

Nun also: Literaturnobelpreis für Handke. Sprechen wir aber nicht über sein Werk, sondern erst einmal über diejenigen, die es nach der Bekanntgabe der Ehrung entlang von Maßstäben neu bewerteten, die außerhalb

von Werken liegen. Dies ist, das vorweg, legitim, und wir tun es auch: Als die konservative Jüdin Salcia Landmann aus der Schweiz für eine von mir verantwortete Literaturreihe in der *Jungen Freiheit* Mitte der Neunziger Jahre Werke von Ilja Ehrenburg vorstellen wollte, lehnte ich ab, weil ich seine Mord- und Schändungsaufrufe kannte, mit der er die Rote Armee gegen die Deutschen in Ostpreußen zu treiben half. Daneben war mir sein restliches, womöglich literarisch grandioses Werk völlig egal. Und Hemingway? Suchte krasse Stoffe, verwechselte den Krieg mit Diskobesuchen und brachte Wehrlose um. Steht ungelesen neben den Zeile für Zeile durchgearbeiteten Werken Jüngers.

Gerechtigkeit für Handke (I): Auf spiegel.de durften am 20. Oktober die beiden Schriftsteller Tijan Sila (als Jugendlicher aus dem belagerten Sarajewo geflohen) und Arno Frank (Handke-Leser, fast 50) über die Auswirkung der »existentiellen Kränkung« sprechen, die Sila durch die Verleihung des Nobelpreises an den »Serbenfreund« erlitt. Wir bewegen uns auf folgendem Niveau:

Frank fragt Sila: »Stößt es Dich ab, wenn ich weiterhin Handke lesen möchte?« Sila antwortet großzügig kritisch: »Nein, das ist okay. Was ich aber erwarten würde, das wäre eine Differenzierung.« Darin versucht sich Frank ein paar Dialogteile später, indem er angibt, für ihn seien Handkes Notate und Tagebucheinträge »groß«. Und warum? Frank: »Nenn's meinetwegen auch Innerlichkeit. Ich gerate da ins Stammeln. Mich hat es berührt auf eine Weise, wie es kaum eine andere Literatur jemals getan hat. Wenn er etwa beschreibt, dass er das Masturbieren abbricht, weil ihm ›die Sehnsucht‹ dazwischenkommt.« Sila ist werkfest: »Das ist aus *Der kurze Brief zum langen Abschied*, das habe ich erkannt!« Frank winkt den Alltag heran: »Vielleicht, darüber schreibt er aber häufiger. Vermutlich ist er einfach ein Wichser.« Jetzt sind wir im Keller angelangt, und Sila bleibt gleich dort, spult aber nochmal zurück an den Anfang des Gesprächs, stellt die Grundsatzfrage und legt die Bandbreite fest: »Wieso gerade Handke? Was ist es an ihm, das Leute in die Bereitschaft versetzt, dieses krasse Nebeneinander von Werk und Scheiße auszuhalten?« Wenig später blüht er in diesem krassem Nebeneinander von Frage und Antwort geradezu auf: »Sein Frühwerk aber ist groß. Irgendwann gab es einen Riss, und das hat auch mit Serbien zu tun.«

Nach dieser Biographie in zwei Sätzen stehen die beiden minder bedeutenden Autoren noch ein bißchen am geistigen Tresen herum. Sila bitter: »Ich will keinen Boykott. Was mich ärgert, das ist der Preis, diese Anerkennung. Sie signalisiert mir als Überlebendem: Was du aushältst, ist eigentlich wertlos.« Frank tröstend: »Ich hoffe noch immer, dass er den Preis nicht annimmt.«

Gerechtigkeit für Handke (II): Auf perlentaucher.de erschien am 7. November ein Essay des bosnischen Germanisten Vahidin Preljević, Jahrgang 1975. Preljević lehrt in Sarajewo und nimmt in seinem Text »Handkes Serbien« den 8. April unter die Lupe – den Tag, an dem Handke in Belgrad »gleich drei Ehrungen entgegennehmen muss«: Aus der Hand des serbischen Präsidenten Tomislav Nikolić empfängt Handke die Goldene Verdienstmedaille für das, was er aufgrund seines Einsatzes für die serbische Sache an Anfeindungen undsoweiter erlitten habe. Im Stadtparlament erhält Handke dann den Momo-Kapor-Preis (benannt nach einem Maler), und am Abend wird er noch in die Akademie der Republika Srpska berufen.

Vahidin Preljević listet nun zu jedem dieser drei Termine jene Kontaktschulden auf, von denen er meint, daß Handke sie besser nicht hätte anhäufen sollen: Auf einem Foto, das Handke neben Präsident Nikolić zeigt, analysiert Preljević den Bücherschrank im Hintergrund und findet die Werke eines Autors namens Šešelj, der von einem Großserbien träumte und die Kroaten für katholisch verirrte Serben hielt. Und unter Laudatoren und Jury-Mitgliedern des Tages waren, laut Preljević, auch Verfasser serbisch-nationalistischer Pamphlete, und für die Republika Srpska sprachen sogar Aleksa Buha (ehemaliger Außenminister Radovan Karadžićs) und ein Dichter namens Gojko Đogo, von dem es den Mittschnitt eines tatsächlich sehr krassem Telephongesprächs gibt, das er mit eben jenem Karadžić führte – dem Belagerer von Sarajewo und po-

»Große Kunst setzt voraus, dass ein fehlbares Menschlein etwas geschaffen hat, das von seiner Bedeutung und Wirkungsdauer weit über ihm, dem Menschlein, steht.«

Eva Menasse, »Passt schon«, in: *Die Zeit* vom 17. Oktober 2019.

litisch Verantwortlichen für den tausendfachen Mord in Srebrenica und Goražde an bosnischen Männern.

Gut: Die Sache mit dem Bücherschrank ist albern, aber diese enge Verschränkung einer literarischen Suche nach der Gerechtigkeit für ein zum Tätervolk erklärtes Volk (wie Handke sie unternahm) und der Annahme von Ehrungen aus der Hand und im Namen von Männern, die tatsächlich Täter oder Betreiber waren (solche also, die sich an der schmutzigsten Seite des Krieges beteiligten – als Anstifter, Anführer, Vertuscher): Diese Verschränkung von Werk und Politik war ein ganz unliterarischer Schritt, und es ist wichtig, daß Vahidin Preljević in seiner detaillierten Analyse auf dieses stets und im Fall Handkes eben auch sehr problematische Verhältnis hinweist.

Gerechtigkeit für Handke (III): Die stellte der Kolumnist Thomas Fischer am 24. Oktober wiederum im *Spiegel* her, und zwar indem er konstatierte, daß die Moral eine prächtige Sache sei, vor allem hierzulande: »Es gibt kein Volk auf der weiten Welt, das so oft, so gern und so überzeugt auf der jeweils richtigen Seite steht wie das der Deutschen.« Fischer, Jahrgang 1953, war Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, und mit seinem Text zieht er die nun plötzlich lautstark über Handke oder die Preisverleihung Empörten (also diejenigen, die Ähnliches oder Vergleichbares nie und nimmer gemacht hätten oder machen würden) vom hohen Roß ihrer nachgereichten Moral herunter. Fischers eigentlich unglaubliche Hiebe ausführlich dokumentiert:

»Sollte jemand, der mit Kriegsverbrechern sympathisiert, einen Nobelpreis bekommen?, fragt eine Kolumnistin. Sie meint damit natürlich nicht das Verhältnis zwischen dem Preisträger Kipling und dem Brigadegeneral Reginald Dyer, auch nicht das zwischen dem Preisträger Churchill und dem Marshal of the Royal Airforce Arthur Harris. Beide gehen uns nichts an. Gemeint ist die Sympathie Handkes für Slobodan Milošević. Das ist natürlich eine gute Frage, vor allem in einem Land, in dem schon so mancher Künstler auf 50 langen Jahren goldener Amnesie entschwebt ist. Andererseits könnte man einwenden, daß man sich vielleicht zunächst um die Preise der Kriegsverbrecher als um die Preise derjenigen kümmern sollte, bei denen man vom Verbrechen der Sympathie ausgehen muss.

Die kleine Differenzierung zwischen Kriegsverbrechern und solchen, die (mit ihnen) ›sympathisieren‹, sollte uns moralisch Einwandfreien ein kurzes Innehalten wert sein. Kennen wir in unserer Umgebung Personen, die einmal mit Kriegs- oder sonstigen Verbrechen, Bürgerkriegsanführern, Massakerverantwortlichen sympathisiert haben? Gibt es aktuelle oder verflossene Stalin-, Mao-, Pol Pot-, Rommel-, Ludendorff-Sympathien im erweiterten Familienkreis oder vielleicht im eigenen lieben Tagebuch? Das Sympathisieren ist, wie man im Laufe der Zeit lernt und mit 66 einfach besser weiß als mit 36, eine gefährliche Sache, und man braucht eine Menge klebrige Moral, um sich aus allen Sympathiesümpfen des Lebens nachträglich ans Licht zu ziehen. Am leichtesten geht das, wenn man sich von Anfang an mit den Sachproblemen der Welt nicht allzu sehr befaßt und sich gleich aufs Wesentliche konzentriert, also auf eine lösungsmittelfreie Moral. Keine Angst, ich will natürlich nicht das furchtbare Gedankenverbrechen des ›Relativierens‹ begehen oder Sie dazu anstiften! Ich möchte nur einmal vorsichtig daran erinnern, dass zwischen einem Verbrecher und einem Sympathisanten in der wirklichen Welt ein gewisser Unterschied besteht.«

◆◆◆

Bleibt, eine kleine Geschichte zu erzählen, eine, die nicht in jenes Buch aufgenommen wurde, das ich zusammen mit einem anderen Offizier über unseren Bosnieneinsatz geschrieben habe und das unsere ›Karrieren‹ letztlich die Köpfe kostete.

Das, was ich jetzt also zum ersten Mal aufschreibe, habe ich ein paar Mal schon erzählt, wenn das Gespräch auf die Einsatzfahrten durch Bosnien kam, und diese kleine Geschichte, die sich in Srinje zutrug (das vor dem Krieg Foča hieß und seit 2004 wieder so heißt), ist eigentlich eine ulkige Anekdote – wenn man eine Ungeheuerlichkeit nicht miterzählt, die mir zum Zeitpunkt des Erlebnisses gar nicht bewußt war, sondern erst Monate später, als ich eins und eins zusammenzählte.

»Es tut wohl, nach all der Halbheit des Westens ein solches Werk zu sehen, zu dem man von Herzen ja, ja, ja sagen kann. Und weil es mir unanständig schien, dieses Ja im Busen zu bewahren, darum schrieb ich dieses Buch.«

Feuchtwanger meinte mit ›Werk‹ hier die stalinistische Sowjetunion, die er 1936 bereiste, um den Terror-Schauprozessen beizuwohnen. Quelle: Lion Feuchtwanger: *Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde*, Amsterdam 1937, S. 153.

Also: Wir waren mit zwei Fahrzeugen nach Srbinje/Foča gefahren, um zu sehen, wie es um die bosnisch-serbischen Flüchtlinge stünde, die zu Tausenden aus den serbischen Vierteln Sarajewos, aber auch aus bosnisch oder kroatisch eroberten serbischen Dörfern in diese Stadt geflohen waren, aus der wiederum die muslimischen Bosniaken von serbischen Truppen vertrieben worden waren – in die Flucht getrieben, in Internierungslagern festgehalten, etliche gefoltert, viele vergewaltigt, manche umgebracht.

Ich betrat damals an einem klirrendkalten Tag Ende Januar 1998 mit meinem Fahrer und einer Dolmetscherin das Schulgebäude, um mich über die in solchen Regionen überlebenswichtige Minenkunde zu informieren, die mittels simpler Berichte, Comics, Opferphotos (Kinder mit zerfetzten Beinen oder Händen) sehr eindringlich unterrichtet wurde. Der Klassenraum: überfüllt, vollgestopft mit Schülern aller Altersstufen, ohne Heizung, und so saßen alle in ihren Jacken und mit ihren Pudelmützen auf dem Kopf in den Bänken und auf den Fensterbrettern. Die Lehrerin: jung, blond, eingepackt wie auf einer winterlichen Reise.

Ich stellte mich vor, die Dolmetscherin übersetzte, die Lehrerin lachte auf und sagte ein paar Worte zu ihren Schülern. Ich ließ mir das übersetzen: Ich sei also zwar ein deutscher Offizier, aber früher sei meine Familie »eine von uns« gewesen, das höre man an meinem Namen. Ich deutete auf meinen Fahrer und erklärte, daß also auch der Obergefreite Igciz »einer von uns« sei, und die Dolmetscherin übersetzte ins Gelächter der Kinder und vor allem das der Lehrerin hinein diesen glücklichen Umstand plötzlicher Nähe. Es klopfte, und als kurz danach mein Stabsunteroffizier Koschinski und der tatsächlich erst kurz nach der Wende spätausgesiedelte Feldwebel Sludjek vor der Klasse standen, gab es kein Halten mehr.

Der Lehrer aus dem Nebenraum, vom Lärm angelockt, trat ein, sah unsere deutschen Uniformen, wirkte zornig, lachte aber nach den Erläuterungsversuchen der Lehrerin schallend mit, erst recht natürlich, als mein anderer Obergefreiter mit einer Meldung für mich ins Zimmer trat: Er, die soldatisch sehr begabte Konsequenz einer Nacht, die ein schwarzer US-Soldat mit einer Deutschen verbracht hatte, war seinem Vater wohl wie aus dem Gesicht geschnitten, trug aber den Mädchennamen seiner Mutter: Baumann.

Nun schüttelte der Lehrer, ein Mathematiker, wie ich erfuhr, den Kopf über diesen für ihn unfaßbaren Zustand der deutschen Armee, und dann lud er mich und seine Kollegin auf einen Schnaps in sein ebenfalls kaltes und außerdem halb abgedunkeltes Büro ein. Wir tranken im Stehen, gaben uns die Hand, und ich erhielt eine Einladung zu einem Stadtrundgang, die ich für einen zweiten Besuch im voraus annahm. Denn natürlich war ich über die Kriegsgeschichte Srbinje/Fočas informiert, auch über die brutale Vertreibung der Moslems und die Zerstörung der Moscheen. Nur hatte es sich gezeigt, daß es nicht sinnvoll war, gleich beim ersten Treffen derlei Dinge anzusprechen. Ich kam dann aber während meiner Einsatzzeit nie wieder nach Srbinje/Foča zurück. Es ergab sich nicht mehr, wir erhielten plötzlich andere Schwerpunkte zugewiesen. Aber kurz vor dem Ende meines Einsatzes wurde ich noch von zwei Offizieren einer »Fernmeldeeinheit« sehr präzise und ausführlich über meinen Schul-Besuch in Srbinje/Foča befragt.

Fünf Monate nach meinem Schnäpschen, am 15. Juni 1998, wurde der Mathematiklehrer Milorad Krnojelac von Soldaten des deutschen Kommandos Spezialkräfte (KSK) gestellt, gefangengenommen und nach Den Haag an das Kriegsverbrechertribunal überstellt. Er hatte von 1992 bis 1993 ein Gefangenenlager in Srbinje/Foča geleitet. Unter seiner Aufsicht und Duldung waren hunderte Muslime gefoltert und vergewaltigt worden.

◆◆◆

Gerechtigkeit für Serbien, Gerechtigkeit für Deutschland, wie könnte das gehen? Leicht zu leben, leicht zu nehmen, leicht daherzuerzählen – damit muß man aufhören. Wie unstatthaft leicht es nämlich ist, wie unangemessen breitbeinig man plötzlich steht, wenn die Zuweisungen von Schuld und Unschuld, gut und böse so eindeutig ausfallen, so entlastend nahegelegt werden! Die eine Seite ist dann ganz und gar schwarz anpinselt, die andere weiß übertüncht. So ist es zwar immer, weil es so am einfachsten ist. Aber so ist es nie richtig. Das hat Handke verstanden, und das hat ihn dazu gebracht, die Kehrseite der Medaille zu zeigen. Vermute ich. Hoffe ich. ■

»Geschichte, das ist: sich über Vergangenes beugen wie über einen Schloßbrunnen, wenn die Sonne hochsteht, etwas Licht in die Tiefe fällt, auf den Wasserspiegel, und man halbdeutlich, immerhin doch, etwas vom eigenen Spiegelbilde erblickt.«

Erhart Kästner: *Aufstand der Dinge. Byzantinische Aufzeichnungen*, Frankfurt a. M. 1973, S. 317.

Wissenschaftsfreiheit? Lehrfreiheit?

von Till Kinzel

Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre sind zwar grundgesetzlich garantiert, aber solche Garantien allein richten wenig aus, wenn ihre kulturellen Voraussetzungen erodieren. Dies aber geschieht zunehmend – ablesbar etwa an den Angriffen gegen Professoren wie den Stalinismusforscher Jörg Baberowski oder den Integrationsforscher Ruud Koopmans in Berlin oder den Ökonomen und Ex-AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke in Hamburg – von unbekannteren Personen ganz zu schweigen, die aber erst recht keine hinreichende publizistische und politische Unterstützung erfahren.

Es läßt aufhorchen, wenn selbst ein mit Vorliebe salbungsvolle Reden »gegen rechts« schwingendes Staatsoberhaupt sich bemüßigt fühlt, Vorlesungsstörungen durch Linksradikale – die aber nicht als solche benannt werden – zu kritisieren. Ein winziger Zipfel des Schleiers, mit dem in diesem Lande die konkrete Lage medial verdeckt wird, darf einen Moment gelüpft werden – doch nicht zu lange, sonst wäre am Ende doch mehr zu sehen, als für die störungsfreie Genußbefriedigung gut ist.

Das fast schon erwartungsgemäß lahme »Es geht nicht, dass sich Studentengruppen oder Aktivisten (sic) als Meinungszensoren aufspielen« der Bildungsministerin klingt wenig anders als das unvergessene »Strafdelikte sind bei uns nicht erlaubt« der Bundeskanzlerin: windelweiches Gerede von Leuten, die vor jeder notwendigen Konsequenz zurückschrecken und die Betroffenen im Zweifelsfall immer im Regen stehen lassen werden. Solche Äußerungen sind viel beunruhigender als die fanatischen Störer, die ohnehin keinen Zweifel daran lassen, daß sie keinen Wert auf »Gesprächsangebote« legen – wie sie auch Lucke noch gegenüber eben jenen machte, die nicht mit sich reden lassen wollen, sondern auf nichts anderes zielen als die Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz.

Es besteht daher trotz der aktuellen medialen Aufmerksamkeit für die Vorlesungsstörungen bei dem Ex-AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke kein Grund zur Hoffnung, es werde sich nun absehbar oder gar nachhaltig etwas zugunsten der Wissenschafts- und Lehrfreiheit an deutschen Universitäten ändern. Sicher: Wenn ein seit Jahren zum Quasi-Nazi (»Nazi« als »soziale und diskursive Konstruktion«, als unwiderlegbare rhetorische Formel) hochgeschriebener Wirtschaftsliberaler wie Bernd Lucke an der Ausübung seiner Lehrtätigkeit gehindert wird, ist dies Grund zu mehr als Sorge. Denn an ihm wird ein Exempel statuiert, das auch und vor allem auf andere zielt. Die nötigen Vokabeln, die Haß und Hetze gegen potentiell nonkonforme Wissenschaftler legitimieren, werden heute unter dem Deckmantel des Journalismus und der »politischen Bildung« auf allen Kanälen großzügig unters Volk, pardon: »die Menschen«, gebracht.

Das Prinzip, mißliebige Wissenschaftler als »Rassisten« oder »Rechte« zu diffamieren, ist ein besonders effizientes Mittel der moralischen Diskreditierung. Weil randunscharf, so Arnold Gehlen, ließen sich solche rhetorischen Formeln nicht widerlegen. Und sich von diesen Etikettierungen zu befreien, ist deshalb fast unmöglich, wie Allan Bloom bemerkt hat. Roger

Scruton hatte die Funktion eines solchen »ideologischen Sprechens« früh klar beschrieben: Der Vorwurf des Rassismus schließt bereits den Schuldspruch in sich. Daher gilt: Die Einführung dieser und anderer stigmatisierender Etiketten in die akademische Sphäre ist der unentschuld bare Versuch, diese selbst in ihrem Kern zu treffen und zu zerstören.

Aber all das ist nichts grundlegend Neues: Denn Demagogen und aufgehetzte Studenten haben es auch schon in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder verstanden, mißliebige Personen wirkungsvoll am Reden – innerhalb wie außerhalb der Universität – zu hindern. Und es ist auch nichts Neues, daß ihre linksliberalen Sympathisanten bis in die Spitzen der Hochschulen hinein diesem Treiben nichts Ernsthaftes entgegenzusetzen, sondern es mit eher wohlwollendem Achselzucken begleiten und nur das Allernötigste tun, während sie den »Aktivisten« gleichzeitig signalisieren, eigentlich ihrer Meinung zu sein. Dafür gibt es seit 1968 mehr als genügend Beispiele, auch wenn es die breitere Öffentlichkeit in der Regel nicht weiter kümmert. Daß diesem Nebeneinander von »Aktivist« und Administration zudem das Wohlwollen der linken Journalisten sicher ist, unterstreicht diesen Schulterschuß. Und auch im Fall Lucke zeigen sich bei dem Präsidenten der Hamburger Universität und der grünen Wissenschaftssenatorin ähnliche Muster (siehe *ZEIT* Nr. 45 vom 30. Oktober 2019).

Suggestiv wird neuerdings auch von höchsten Stellen die Platitude angeführt, Meinungsfreiheit bedeute nicht, daß einem nicht widersprochen werden dürfe. Das Establishment produziert entsprechend dieser An sage der Kanzlerin nur mehr wertlose Lippenbekenntnisse zur Freiheit der Rede, wenn etwa eine *taz*-Journalistin wie Bettina Gaus es »schon auch schwierig« findet, Lucke an seiner beruflichen Tätigkeit zu hindern, aber selbstverständlich eine Grenze zieht: Man dürfe nicht alle rechten Politiker in einen Topf werfen. Im Klartext heißt das: Lucke darf im Zweifelsfall – vielleicht – reden, aber Jörg Meuthen, Alice Weidel oder Gottfried Curio sicher nicht. Sie unterstreicht damit, was auch Lucke selbst noch gern für sich in Anspruch nähme, nämlich die Grenzziehung zu denen, mit denen er nun nichts mehr zu tun haben möchte. *Er* habe sich doch von der AfD getrennt, er sei ja auch gegen eine Verrohung der Sprache undsoweiter.

Damit wird jedoch verkannt, welche Funktion die Verhinderung freier Lehre und Forschung hat: Es geht nicht um Netiquette oder ähnliches, sondern generell um die Unterbindung kritischer Diskussionen; nicht darum, ob vielleicht irgend jemand »wirklich« ein »Nazi« oder »Faschist« ist oder sich im Ton oder der Wortwahl vergriffen hat. Im Rahmen des herrschenden Systems der Pro-Migrations-Orthodoxie würde auch noch die nüchternster Sachlichkeit verpflichtete Rede, sobald sie als entschieden migrationskritisch identifiziert wäre und Aussicht auf nennenswerte politische Außenwirkung hätte, ebenso heftig bekämpft wie tatsächlich hetzerische Pöbeleien.

Die *FAZ*-Journalistin Heike Schmoll hatte schon 2011 konstatiert, es sei um die Universität als Lebensform ein für allemal geschehen. Es gibt wenig Anlaß, dieses Urteil zu revidieren. An diesen Universitäten, die sich gegen ihre Schwächung durch »Bologna« schon nicht zur Wehr setzen, herrscht seither das Duckmäusertum in ideologischen Dingen. Sogenannte Forschungsprojekte, die sich im Einklang mit dem Zeitgeist befinden, werden gefördert, während ansonsten gerade dort, wo der Idee nach die Republik des Geistes der freien Auseinandersetzung ihren Ort haben sollte, zunehmend Gesinnungskorridore den Alltag bestimmen.

Diejenigen Hochschulangehörigen, die sich nicht als links verstehen, dürften meist schon froh sein, wenn sie halbwegs in Ruhe gelassen werden. Von ihnen kommt daher auch keine offene Kritik am eklatanten Niveauverlust der Forschung durch die Politisierung der Wissenschaften im Zeichen von Massenmigration, Gender Studies, »Antirassismus« und »Klimaschutz«. Und eine spürbare Solidarisierung mit politisch Verfemten wie Lucke, von anderen ganz zu schweigen, gibt es nicht. Vorlesungsstörungen, mit denen die Lehrfreiheit ausgehebelt wird, haben so auch immer den maoistischen Zweck und Effekt, den Einen zu bestrafen, um Hunderte oder Tausende zu »erziehen«. Die so Erzogenen sollen dazu gebracht werden, sich eben nicht zu exponieren, und zwar noch nicht einmal dadurch, daß man potentiell mißliebige Personen überhaupt an die Universität einlädt – selbst harmlose FDP-Vorsitzende können schon zu anstößig sein. Da kommt es dann auch, wie im Falle der Einladungen eines Siegerner Philo-

»Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der identitären Linken. Diese findet, dass bestimmte Menschen vom Diskurs ausgeschlossen gehören. Meinungsfreiheit ja, aber bitte nur in dem von ihr vordefinierten Raum, nach den Massstäben der eigenen »diversity« und sicherheitshalber mit Sascha Lobo als Türsteher – denn was rote Linien sind, bestimmen jetzt nicht mehr Gesetze und Verfassungen, sondern ein wolkiger »gesellschaftlicher Konsens«, also im Zweifel ein Twitter-Mob. Das alles ist in den Augen der identitären Linken höchst fortschrittlich und anständig, wenn auch unklar ist, wie die selbsternannten wehrhaften Demokraten die Demokratie retten wollen, wenn sie zugleich ihr tragendes Element, die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, abschaffen.«

Milosz Matuschek: »Warum die identitäre Linke den Kulturkampf verlieren wird«, in: *nzz.de* vom 29. Oktober 2019.

sophen an Thilo Sarrazin und Marc Jongen, zu dem, was man Mikroschikanen nennen kann: Die sonst üblichen Gelder können auf einmal nicht angezapft werden, so daß Vortragsredner ihre Reisekosten selber bezahlen müssen; es soll nicht über die eigentlichen (da ja umstrittenen) Thesen gesprochen werden, sondern nur über das Thema Meinungsfreiheit allgemein etc. Wenn das ein Professor einmal mitgemacht hat, läßt er es in den meisten Fällen beim nächsten Mal lieber sein.

Das Prinzip der Einschüchterung hat damit bereits seinen Zweck erfüllt, werden so doch in jeder Beziehung die Kosten dafür in die Höhe getrieben, sich auch nur zaghaft gegen den Mainstream zu stellen. Nicht nur die wirklichen Dissidenten werden diszipliniert, sondern auch die potentiellen Seitenwechsler, die sich wenigstens halbwegs offen zeigen und an dem Ideal einer ergebnisoffenen Wissenschaft festhalten.

Die öffentlichkeitswirksameren Fälle von politisch bedeutungslos gewordenen Professoren wie Lucke oder ehemaligen Ministern wie Thomas de Maizière, denen das Recht auf freie Rede in der Lehre in der üblichen antifaschistischen Manier genommen wird, sollten indes nicht übersehen lassen, daß die wahren Probleme der deutschen Universitäten auf anderen Ebenen liegen. Sie liegen dort, wo sie ihrer Natur nach gar nicht erst in das ohnehin nur kurzzeitige Rampenlicht der Öffentlichkeit dringen. Hier sind auch nicht nur Professoren betroffen: Denn wie sieht es beispielsweise mit Habilitationsverfahren aus, die aus politischen Gründen scheitern oder gar nicht erst in die Wege geleitet werden? Wie steht es um die Weiterbeschäf-

»Andere zum Schweigen bringen zu wollen, nur weil sie das eigene Weltbild irritieren, ist nicht akzeptabel.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, *Tagesschau* vom 25. Oktober 2019.

»Insofern hat es Tradition, dass Kollegen, Universitätsleitungen und Kultusminister sich windelweich aus der Affäre ziehen, wenn Bernd Lucke in Hamburg, Herfried Münkler, Jörg Baberowski und Ruud Koopmans in Berlin von Studenten diffamiert oder daran gehindert werden, öffentlich zu reden, so wie es auch andernorts zunehmend geschieht. Darüber hinaus aber ist es die Verbindung von zwei jüngeren Entwicklungen, die der Situation anno 2019 ihren eigenen Charakter verleiht: der Konformisierung der Universitäten durch die Reformen im frühen 21. Jahrhundert und der Kultur des Regenbogens, die in den vergangenen Jahren Dominanz im öffentlichen Raum gewonnen hat.«

Andreas Rödder: »Es gilt, die Meinung des anderen zu ertragen, auch wenn sie mir nicht passt«, in: *nzz.de* vom 4. November 2019.



tigung von Akademikern in der Qualifikationsphase, wenn sie den Kopf nicht eingezogen und der politischen Korrektheit ihren Tribut verweigert haben? Wie wirkt sich genderfeministisches Gemauschel auf die Freiheit der Forschung aus, wenn bedingt durch den Genderbonus keine Besten-, sondern eine Gesinnungsgenossinnenauslese betrieben wird?

»Professoren sind selten Helden«, konstatiert der Historiker Andreas Rödder nüchtern und zutreffend (*NZZ* vom 4. November 2019). »Und Universitäten waren selten Widerstandsnester gegen den herrschenden Zeitgeist. Ausnahmen bestätigen die Regel.« Ob die deutschen Universitäten selbst noch die Kraft zum Widerstand aufbringen werden, ist daher fraglich. In Frankreich fordern prominente Akademiker schon schlichte Selbstverständlichkeiten: »Die Redefreiheit muss von den Universitätspräsidenten garantiert und verteidigt werden (...) Mit ihrem Hausrecht können und müssen sie sicherstellen, daß Vorträge und Konferenzen unbehelligt stattfinden können, wobei im Zweifelsfall auch die Polizei zu rufen ist.«

Die heutige Universität ist weit davon entfernt, ein Hort »herrschaftsfreier Diskurse« zu sein; bloße Appelle, die von Antifaschisten gezielt eingesetzten Aktionen »gingen nicht«, sind in keinem Falle hinreichend, um

irgendetwas zu bewirken. Es fehlt zudem auf allen Ebenen – von der Politik über die Wirtschaft und die Medien bis hin zu den Universitäten selbst – auch nur der Ansatz eines Bewußtseins für die Notwendigkeit, die »hirnverheerende Denkhemmung« des »Antifaschismus« (Bernard Willms) zu überwinden. An der Bedrohung der Wissenschafts- und Lehrfreiheit mißliebiger Persönlichkeiten wird sich ohne Etablierung einer sicht- und spürbaren Gegenmacht nichts ändern. Auch im Bereich der Wissenschaft und ihrer Organisationen gilt »das anthropologische Gesetz von Macht und Entscheidung«. Daraus, so Panajotis Kondylis' ernüchternde Schlußfolgerung, »ergibt sich der utopische Charakter der Forderung, aus der Wissenschaft ein macht- und herrschaftsfreies Terrain zu machen«.

Gewiß: Es hat noch zu keiner Zeit eine Gesellschaft gegeben, in der eine umfassende Freiheit der Meinungsäußerung herrschte. Eine freiheitliche Verfassungsordnung sollte aber eine solche Freiheit nicht nur normativ, sondern auch faktisch möglichst weitgehend garantieren. Die staatliche Universität jedenfalls, so Ernst Topitsch, ist nur legitimiert als »Raum institutionell geschützter Freiheit empirisch-rationaler Wahrheitsfindung, wo sowohl die Ideologien der an der Herrschaft Sitzenden wie die der nach der Herrschaft Strebenden gleichermaßen der Kritik ausgesetzt sind, die sie ihrer anmaßenden Absolutheitsansprüche entkleidet.«

Doch derzeit stehen die Zeichen auf eine immer weitere Verengung dieser Freiheit, weil jede tatsächliche Erweiterung des Diskutierbaren mit Notwendigkeit auf eine Infragestellung der linken politisch-kulturellen Hegemonie hinausliefere. Das aber ist für das *juste milieu* eine schier unerträgliche, die »Grenzen« ihrer »Toleranz« überschreitende Vorstellung, der mit allen Mitteln gewehrt werden muß. Angesichts der Lage ist es mehr als verständlich, wenn so mancher Universitätsangehörige sich lieber für das »Martyrium des Schweigens« (David Friedrich Strauß) entscheidet. Ein Verlassen der Meinungs- und Gesinnungskorridore, die von einer Kombination aus vormundtschaftlichem Staat und vorgelagerten Hilfstuppen der »Zivilgesellschaft« etabliert wurden, soll zudem unmöglich gemacht werden, indem ihre faktische Existenz abgestritten wird und genteilige Behauptungen als *fake news* entlarvt werden. Doch es gibt auch anspornende Vorbilder für Gelehrte, die Gesinnungskorridore nie akzeptiert haben, von Johann Gottlieb Fichte bis Ernst Nolte.

Die Neugründung eines offensiv agierenden »Bundes Freiheit der Wissenschaft« – und zwar aus den Hochschulen heraus – ist das Gebot der Stunde. Denn nur so könnte erstens konkrete Solidarität über Parteigrenzen organisiert und zweitens nachhaltig Öffentlichkeit hergestellt werden. Dies wäre nur ein erster Schritt zum Aufbau von Gegenmacht, denn allzusehr ist das wissenschaftliche Establishment an allen Ecken und Enden, von der Forschungsförderung bis zur Personalpolitik, heute mit den Kräften der politischen Korrektheit im Sinne des »kulturwissenschaftlichen Mantras« von *race*, *class*, *gender* sowie *climate change* verwoben. Und die postmoderne Wahrheitsindifferenz, die dem akademischen Geist diametral entgegensteht, verschärft die Probleme. Denn die vom postmodernen Denken mittels des Abschieds von der Logik sanktionierten doppelten Maßstäbe erlauben es ihren Vertretern, immer beides zu tun: laut als *fake news* zu beklagen und sie gleichzeitig selbst in die Welt zu setzen; Meinungsfreiheit, Demokratie und bunte Vielfalt verbal zu beschwören und durch die Tat zu unterminieren; zu den Klängen des Mantras von Aufklärung und »offener Gesellschaft« deren faktische Desavouierung zu betreiben.

Das einzige, was die Macht der neuen ideologischen Einheitsfront auch in den Bildungsinstitutionen zurückdrängen könnte, um wenigstens ein »Parallelogramm der Kräfte« (Gómez Dávila) zu etablieren, ist also Gegenmacht: die Präsenz vernetzter Akteure, die wissen, worum es geht, die sich erkennbar positionieren und zumindest Waffengleichheit für sich in Anspruch nehmen. Die sich nicht davor scheuen, stigmatisiert zu werden, sondern entschlossen zum Gegenangriff auf die »zivilgesellschaftlich« motivierte Verbreitung ideologischen Mehltaus an den Hochschulen übergehen. Es wäre noch viel Grundlagenarbeit zu leisten, um diesen Mehltau – Rödder bezeichnet diese emanzipatorisch-repressive Konstellation als »Regenbogen« – abzustreifen. Erst dann kann, in Abwandlung eines Wortes von Spinoza, wieder gelten: »In einer freien Universität muß jedem erlaubt sein, zu denken, was er will und zu sagen, was er denkt.« ■

Literaturhinweise:

Steffen Dietzsch: *Denkfreiheit. Über Deutsche und von Deutschem*, Leipzig 2016;

Ann-Kathrin Kaufhold: *Die Lebrfreiheit – ein verlorenes Grundrecht? Zu Eigenständigkeit und Gehalt der Gewährleistung freier Lehre in Art. 5 Abs. 3 GG*, Berlin 2006;

Till Kinzel: »Wissenschaft als Lebensform: Freiheit und Verantwortung. Bildung in einer Zeit der Orientierungskrisen«, in: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik* 2 (1996), S. 202–232;

Till Kinzel: »Der »Bund Freiheit der Wissenschaft und die »Notgemeinschaft für eine freie Universität« im Widerstand gegen die Achtundsechziger«, in: Hartmuth Becker/Felix Dirsch/Stefan Winckler (Hrsg.): *Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution*, Graz 2003, S. 112–136;

Svea Koischwitz: *Der Bund Freiheit der Wissenschaft in den Jahren 1970–1976. Ein Interessenverband zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform*, Köln 2017;

Panajotis Kondylis: *Machtfragen. Ausgewählte Beiträge zu Politik und Gesellschaft*, Darmstadt 2006;

Ernst Topitsch: *Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität*, Neuwied 1968;

Nikolas Wehrs: *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren*, Göttingen 2014;

Bernard Willms: *Heidegger und der Antifaschismus*, Wien 2015.

»Der Bekenntniszwang wird größer.«

Im Gespräch mit dem Schriftsteller Uwe Tellkamp

Herr Tellkamp, möchten Sie uns zum Einstieg das Benn-Gedicht nennen, das Ihnen auf Ihrem bisherigen Lesensweg den größten Eindruck hinterlassen hat?

TELLKAMP: Ganz klar »Schleierkraut«. Mich hat der unverkennbare Benn-Rhythmus sofort beeindruckt. Mir ist dann in meinem Studium aufgefallen, daß die Professoren der Medizin, wenn sie denn Lyrik lasen, vor allem Benn gut kennen. Ich weiß noch: Ein Anatom, Paul Rother, der selbst auch Gedichte geschrieben hat und seine Vorlesungen teilweise in Versform hielt, der zitierte beim Sezieren immer Benn. Vor allem die Klassiker aus der *Morgue* und den Gang durch die Krebsbaracke. Auch einige Pathologen und Hautärzte kannten ihn.

Aufgrund der *Morgue*-Gedichte?

TELLKAMP: Natürlich auch, aber vielleicht liegt es auch daran, daß Benn einer der wenigen Lyriker ist, den erwachsene Männer mögen – wo der Vorwurf des Kitsches oder des Pubertären vollkommen ins Leere läuft.

Liegt das an seiner äußeren Kälte?

TELLKAMP: Die Kälte gibt es bei Benn vor allem in den Essays und in der Haltung, die Gedichte hingegen sind sentimental grundiert. Es gibt eine Sehnsucht nach der Südsee (etwa im Palau-Gedicht). Auch in den *Morgue*-Gedichten ist es nicht unbedingt Kälte. Es ist einfach der Stoff, der ihm zur Verfügung steht und dem er dann in lyrischer Form Ausdruck verliehen hat. Nach außen hin mag das sehr kraß wirken, aber für jemanden, der das praktiziert, ist es Alltag.

Denken Sie aber an die dunkelhelllila Aster, ein Anflug von Romantik ...

TELLKAMP: ... genau, aber den bricht er ja sofort wieder weg. Die dunkelhelllila Aster, die gemeinhin als die letzte Blume der Romantik gilt, wird sofort weggestopft.

Uns leuchtet ein, daß Sie Benn den Dichter der erwachsenen Männer nennen. Es grenzt vielleicht an Gemeinheit, aber George könnte man in Anlehnung daran zum Dichter der Jünglinge küren und Rilke zu dem der Schwiegermütter.

TELLKAMP: So weit würde ich gar nicht gehen, aber die Häufung von gestandenen Männern in Benns Leserschaft ist zumindest auffällig. Ob die Professoren andere Lyriker kannten, weiß ich nicht. Wenn sie mal etwas zitierten, dann meistens Benn. Nicht immer nur aus dem medizinischen Aspekt heraus. Wenn man die Möglichkeit hatte, mit den Professoren direkt zu sprechen, zeigte sich oft eine umfassende Benn-Kenntnis, die mich erstaunte. Gegenprobe: Bei jungen Frauen habe ich Benn niemals zitiert gefunden. Da würde dann wahrscheinlich eher Rilke ins Spiel kommen. Es gibt offenbar einen Vorbehalt.

Oft wurde Benn gegenüber der Vorwurf erhoben, er sezire die Dinge so unterkühlt, daß auch seine Distanz zur Moral eine erhebliche sei.

TELLKAMP: Das kann sein. Vielleicht habe ich da eine zu ärztliche Perspektive, weil der moralische Blick für einen Arzt nicht taugt. Wenn Ihnen als Chirurg die Moral durchs Skalpell fließt, geht's schief. Da sollte man klar trennen.

Kein Zufall also, daß Benn Mediziner war?

TELLKAMP: Wenn ich mich mit anderen Ärzten über ihn unterhielt, war das Attribut der Kälte nie gegenwärtig. Im Gegenteil. Als ich so alt war wie Sie, war er mir sehr nah, manchmal sogar ein wenig onkelhaft. Unvergeßlich sind mir diese unfaßbar heißen Leipziger Sommer geblieben. Sommerzeit war immer Prüfungs- und nie Ferienzeit. Unheimlicher Druck gepaart mit größter Hitze, mit Schüsseln auf dem Boden, wo wir durchgegangen sind, damit es ein bißchen kühler wurde – und dann Benn als Figur, die dich das aushalten gelehrt hat, die auf ganz elementare Grundtatsachen zurückverwies: Was ist das Leben? »Brückenschlagen / über Ströme, die vergehen.« »Einsamer nie als im August: / Die roten und die goldenen Brände ...«. Wenn Sie als Student in irgendeiner Bude hockten mit fast vierzig Grad und für Mikrobiologie lernen mußten, da war Benn der Pate und nie Rilke oder sonst jemand. Das ist eine Elementarerfahrung von Lyrik überhaupt.

Rilke hockte auch nicht in Buden, sondern kränkelnd auf irgendwelchen Schlössern von Freunden.

TELLKAMP: Es ist bei Benn einfach härter und verbürgter. Er hat natürlich auch eine pathetische Lyrik, wobei ich glaube, Pathos wird von Kritikern mit Grundsatz verwechselt. Benn hat eher eine grundsätzliche Lyrik. Er bricht die gesamten Aktualitäten, die einen umschwirren, runter: Ja oder Nein, Schwarz oder Weiß, Rose, Duft, Himmel, Schwalbe, Südsee, Tod. Das beschäftigt und beeindruckt natürlich einen jungen Medizinstudenten, der mit Grundlagen konfrontiert ist: Was ist das Leben überhaupt? Was ist Krankheit überhaupt? Was ist eine Geburt? Wenn Sie das erste Mal zugucken und das Kind dort rausflutscht, mehr tot als lebendig, wenn Sie den Damm dann nähen, der blutet wie Schwein, wenn sie eine große Wunde vor sich haben, wie bei einem geköpften Rind ... das alles ist Benn.

Ich finde ihn auch deshalb faszinierend, weil ich kaum ein Leben kenne, das gestopfter gewesen wäre. Er hat alles erlebt, er war im Ersten Weltkrieg, er war im Nuttenspital in Brüssel, hat dort geschrieben, hat die Inflation mitgemacht, er kannte Hinz und Kunz, egal ob Brecht, Becher, Bronnen oder Jünger ... Er hat sogar noch Ernst von Bergmann operieren gesehen, eine Chirurgenlegende.

Es muß ja einen Wendepunkt in Benns Leben gegeben haben, denn es gibt einen unverkennbaren Bruch zwischen den ganz frühen und den späteren Gedichten, wo ein Sehnsuchtsgefühl hinzutritt, das womöglich durch den Verlust eines heilen, geistigen Raums zu erklären wäre. Für den gealterten Benn war die Gegenwart ja nur mehr gestapelte Faktenwirklichkeit.

TELLKAMP: Ich weiß nicht, ob es für Benn diesen heilen Raum je gab. Wenn ich ihn lese, dann stellt sich dieses Gefühl nicht ein. Er kam aus einem Pfarrhaus und hatte größte Probleme mit seinem Vater. Der Vater hatte ja der Mutter, als sie im Sterben lag, das Morphium verweigert, da er Schmerz für gottgewollt hielt. Dafür wollte der junge Benn ihn erschlagen. Ich weiß nicht, ob für ihn Heil je außerhalb des Gedichts bestanden hat.

Die Frage wäre, um vielleicht auch die Parallele zu unserer Zeit zu ziehen, ob Benn diese Sehnsucht nach einem heilen, geistigen Raum schon immer in sich trug ...

TELLKAMP: ... die gab es immer, auch wenn man sie in den *Morgue*-Gedichten noch nicht findet, sondern eher in dem, worauf sie weisen. Die *Morgue*-Gedichte kommen mir vor wie Scherben eines sehr häßlichen Nachtopfs, aber den Nachtopf muß einer gefüllt haben, mit seinen Sehnsüchten und Hoffnungen. Sie schweigen und sprechen gerade deswegen davon.

Sie fühlten sich vom »Schleierkraut« direkt berührt. Meinen Sie, das ist eine Grundeigenschaft, die man in sich haben muß, das Sich-Berühren-Lassen-Wollen, um Benn überhaupt verständig lesen zu können, oder kann man das lernen?

TELLKAMP: Es ist die Frage, ob einem persönlich Lyrik zugänglich ist oder nicht, es ist keine Frage von Benn allein. Das Schleierkraut-Gedicht kommt zwar bei Benn vor, ist aber vielleicht nicht das typischste für ihn.

Welche wären typischer?

TELLKAMP: Die »Kleine Aster«: der frühe, der krasse Benn; »Zwei Dinge«: der lakonische Benn; »Einsamer nie«: der romantische Benn. Was mich beim »Schleierkraut« einfach angeührt hat, war die Musikalität und die vollkommene Rückführung. Man hat das Gefühl, man hört ein Zeitgeräusch und von dieser Schallplatte fährt einer den Tonabnehmer runter auf eine viel grundsätzlichere Schallplatte, die drunter spielt und in dieser aktuellen Tonlage nur punktuell noch zu hören ist. Ein ewiges Gedicht der Gegenwart.

Das legt ein Kontinuum des Daseins frei. Auch wenn wir von geschlossenen geistigen Räumen sprechen: Allein, daß das Gedicht möglich ist, verweist ja darauf, daß diese Räume noch vorhanden sind, zumindest auf den Einzelnen bezogen. Was Sie gerade beschrieben haben, die Vergegenwärtigung eines transhistorischen Moments im Gedicht, dieses Motiv ist auch bei Stefan George allgegenwärtig. Doch hat Benn im Gegensatz zu ihm keinen kultischen Bannkreis um seine Lyrik gezogen. Warum eigentlich nicht?

TELLKAMP: Es gibt darauf eine drastische und eine literaturwissenschaftliche Antwort ...

... wir wollen natürlich zunächst die drastische.

TELLKAMP: Benn war nicht schwul genug. Außerdem war Benn immer noch im Äußeren Arzt, das erzieht zu einer Form von Demokratie, Sie sind dadurch mit einer Lebenswirklichkeit konfrontiert, in der Sie sich herrscherliches Gebaren gar nicht leisten können.

Sie meinen also, Benn gehört auch als Figur ins 20. Jahrhundert? Das könnte man von George nämlich nicht behaupten.

TELLKAMP: Ich hatte bei George immer das Gefühl, er will etwas von Hölderlins Archipelagus wiedererwecken, also eine geistige, mit Griechenland kontaminierte Utopie, die mittelalterliche Züge trägt. Da gibt es ja von Grünbein dieses Diktum, nach dem George »der größte Dichter des Spätmittelalters im 20. Jahrhundert« gewesen sei – wobei hier nur ein Spätmittelalter eher Wagnerscher Prägung gemeint sein kann, denn es ist ja nicht real, sondern ein Sehnsuchtsort, der mit gewissen Insignien versetzt ist.

Sicher, aber dem hätte George auch nie widersprochen. Ihm war bewußt, daß alles, worauf sein geistiges Reich sich gründete und berief, real und objektiv schwerlich aufzufinden gewesen wäre, weil es ganz eigene Findungen, vielleicht Erfindungen

waren. Im direkten Vergleich geht Benn sicherlich als modern durch.

TELLKAMP: Ja, auch als alltäglicher. Das Unmoderne an George hebt vor allem auf seine Fremdheit in der Zeit ab. Der geistige Hall- und Lebensraum von Stauffenberg und George etwa, der ist uns heute äußerst fremd, was ihn nicht uninteressanter macht – zumal diese heutige Fremdheit noch lange nicht die Unmöglichkeit erneuter Annäherungen besiegelt.

Eine interessante Frage wäre, wenn man auf die Fremdheit in seiner jeweiligen Zeit zu sprechen kommt, auch diese: War es nicht in bestimmten Zeiten opportun, sich von der jeweiligen Gegenwart loszusagen? Das war nicht zuletzt Brechts Vorwurf an George. Wer 1920 deutlich machte, mit dem eigenen technomanen und vulgären Zeitalter nichts am Hut zu haben, der ging in Wirklichkeit mit der Zeit und wußte Mehrheiten hinter sich.

TELLKAMP: Mich würde interessieren, wie ein gebildeter Muslim George liest. Ob es von dem her, was ich als Laie aus dem Koran verstehe, ob es nicht dort solche Vorstellungen des Jenseitsreiches oder überhaupt des Gottesglaubens gibt, die George sehr nah kämen.

Das könnten wir ja mal in der Fußgängerzone ausprobieren: »Sind Sie gebildeter Muslim – und was halten Sie von Stefan George?«

TELLKAMP: Ich bin mir gar nicht so sicher, ob das zum Affront führen würde. Da urteilen wir vornehmlich aus unserer Zeit und aus unserem Kulturkreis heraus, anstatt ernsthaft zu fragen, wie in anderen Kulturräumen darüber gedacht wird: Ob dieser elitäre Ansatz von George vielleicht als etwas Zeitloses wahrgenommen würde, das durchaus auch in Koranschulen bestehen könnte. Am Ende gibt es dort womöglich mehr George-sche Haltung als in unserer verwalteten Kultur.

Was wir heute vermissen und bei Benn sowie einigen seiner Zeitgenossen noch vorfinden, dürfte doch nicht zuletzt dies sein: Aus dem Gefühl der eigenen Zeitfremdheit rebellische Schöpferkraft abzuleiten, sich vorzuwagen mit neuen Formen. Oder sehen sie dergleichen auch heute?

TELLKAMP: Ehrlich gesagt nicht. Mir ist immer schleierhaft geblieben, warum ein so starker Konformismus herrscht und man sich offenbar auch noch wohlfühlt dabei.

Glauben Sie denn, daß Benn zu Größen wie Volk oder Gesellschaft Bezug hatte?

TELLKAMP: Das denke ich weniger – wobei man klar sagen muß, daß gerade der späte Benn, der Benn des Büchnerpreises und der *Statischen Gedichte*, Demokrat war. Alles kommt in seinen Gedichten gleichberechtigt vor: der Professor, der dort raucht, das Bier, die Querflöte, alles. Er kontaminiert seine Texte ganz bewußt mit Alltag. Ich finde es interessant, daß gerade dieser

Benn eine Breitenwirkung in der Bundesrepublik erlangt, wo sein Umschwenken gewissermaßen in den Zeitgeist paßt. Der frühe Benn, der Radikalinski, kommt dort nicht vor und hätte auch in der frühen Bundesrepublik keinen Anklang gefunden.

Und der spätere fügt sich nahtlos ins Adenauer-Biedermeier?

TELLKAMP: Es ist diese stoische Haltung, die mich immer fasziniert hat: Du bist letztlich bei den elementaren Dingen allein, egal ob auf dem Totenbett oder bei der Geburt. Das Ich und die Welt, die sich ringsum dreht. Das ist einfach eine Frage der Stimmung. Die Schlager, die vorüberwehen, die Hitze, die Großstadt im Sommer, wenn alle im Urlaub sind. Eigentlich eine wunderbar produktive Zeit. Alle sind auf Mallorca oder Usedom und du bist in der Großstadt, die Wände strahlen die Hitze ab. Du gehst in die Kneipe, zischst ein Bier, wie Benn schreibt, und beobachtest diese Wüste, die dort entstanden ist. Benn vermittelt für mich Stimmungen, die anderswo in dieser Intensität kaum wiederzufinden sind.

Benn nennen Sie insofern demokratisch, als er keinen Gegenstand von seinen Gedichten ausschließt. Aber ist er auch Demokrat in der Form?

TELLKAMP: Nein. Lyrik ist immer aristokratisch, das versteht sich von selbst. Lyrik ist nie ein Massenphänomen. Deswegen wirkt die »Erklärung der Vielen«, um für einen Augenblick in die Tagespolitik zu schwenken, für mich um so absurder, wenn dort Lyriker unterschreiben. Lyriker sind immer Aristokraten.

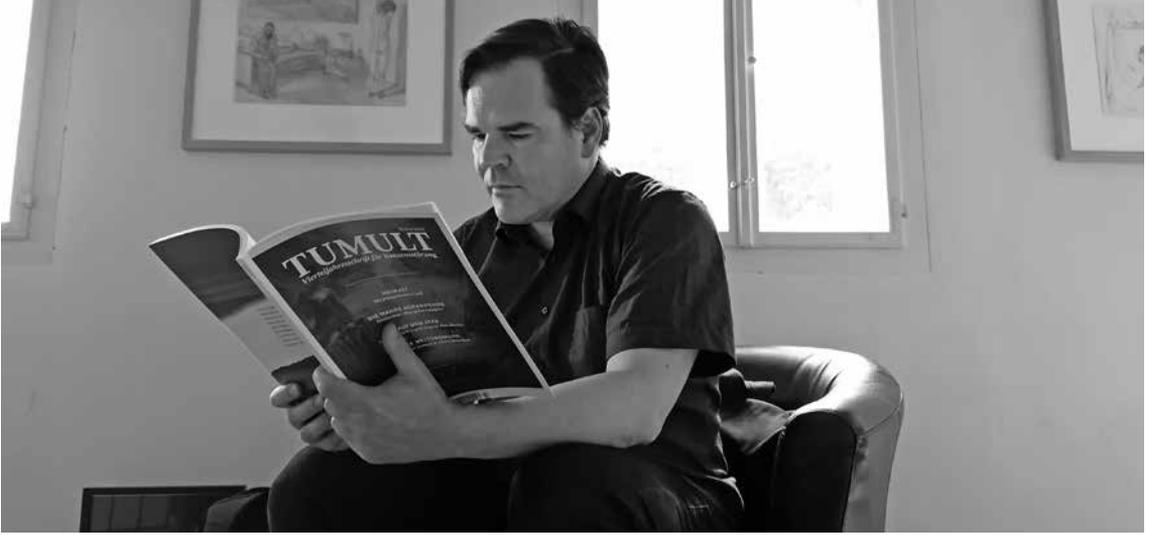
Um unsererseits einen Bogen zur Gegenwart zu schlagen: Sie schrieben einst, »im guten Kunstwerk fehlt der Terror der Eindeutigkeit«. Die kunstnotwendige Ambivalenz finden wir bei Benn sicherlich vor. Wenn wir hingegen heute auf den Kulturbetrieb blicken: Gibt es da noch etwas, das sich der Vereindeutigung entziehen kann?

TELLKAMP: Das kann ich pauschal nicht sagen, nehme die Verengung aber wahr. Das gute Kunstwerk ist nie vereinnahmbar. Das gute Kunstwerk hat nicht recht.

Sie haben selbst ein Buch geschrieben, das in der Öffentlichkeit sehr wohlwollend rezipiert wurde. Daß dieses Werk nun in der öffentlichen Wahrnehmung durch Ihre politischen Äußerungen beschädigt wurde, schmerzt Sie das?

TELLKAMP: Das tut weh und das stört mich auch, aber es ist unvermeidbar. Das ist das Spiel des Lebens.

Das Schöne bei Ihnen ist doch: Sie bekommen Ihre Bücher bloß zivilisiert zurückgeschickt und nicht wie der kompromittierte Knut Hamsun seinerzeit wutentbrannt über den Gartenzaun geworfen.



Das Gespräch mit Tellkamp führten Tano Gerke und Jonas Mehraun am 26. September 2019 für das Kulturmagazin *anbruch*, wo es Anfang November im Internet erschien.

TELLKAMP: Doch, ich habe auch schon Werke geschreddert zurückbekommen. Eins wurde durch den Reißwolf geschickt, nur das Titelblatt blieb unbeschädigt, damit ich sehen konnte, welches es ist.

Das ist ja abartig.

TELLKAMP: Das ist schon fast Liebe. Das hat mir wirklich zu denken gegeben. Dieses Paket voll mit Reißwolfschredder, das dauert ja auch eine Weile bis man es da durchgeschickt hat. Das hat Mühe gemacht. Aber es ist unvermeidbar, das muß man wissen, wenn man in die Arena steigt in einer derart aufgeheizten Zeit. Alles andere wäre naiv.

Vor 2017 haben Sie sich eher zurückgehalten. Als wir in jungen Jahren im Freundeskreis Ihren *Turm* lasen, da war uns schon klar, daß hier einer schreibt, der wahrscheinlich konservativ ist oder zumindest nicht dogmatisch links. Wieviel Überwindung hat Sie das gekostet, sich in die politische Debatte einzumischen?

TELLKAMP: Einiges an Überwindung. Ich habe das ja schonmal ausgebadet, beim *Eisvogel* oder auch zu meiner Studienzeit in Leipzig beim *StuRa*. Man fragt sich ja schon: Willst du dir das nochmal antun, du hast Literatur zu schreiben. Natürlich wäre es auch klüger, sich so zu verhalten, als gäbe es gewisse Probleme nicht. Und man muß sich außerdem fragen: Wie ergeht es deinen Kindern dabei, was hat das für Konsequenzen? Kriegst du 'nen Molotow ins Fenster geschmissen? Wenn man sich allerdings einmal entschieden hat, dann sollte man die Sache auch ohne Zögern und Zurückweichen angehen.

Haben Sie Ihre Entscheidung ganz aus persönlichen Motiven getroffen oder wollten Sie auch für die im öffentlichen Diskurs vielgeschmähten Dresdner lokalpatriotisch Partei ergreifen?

TELLKAMP: Das habe ich primär aus persönlichen Gründen gemacht, weil es mich einfach angestunken hat, wie die Debatte in Deutschland läuft: Die Verlogenheit, die Heuchelei und das Elend des Journalismus. Der immer schlimmer

werdende Umgang auch mit meiner Freundin Susanne Dagen. Gewisse Selbstermächtigungen und Selbsterhöhungen. Da habe ich mir irgendwann gesagt: Jetzt reicht es mir, nun kann ich einfach nicht mehr still im Elfenbeinturm sitzen bleiben.

Haben Sie das bereut?

TELLKAMP: Nein.

Freuen Sie sich denn auch ein wenig über die turbulenten Zeiten oder hätten Sie es lieber ruhiger?

TELLKAMP: Ich persönlich habe es eigentlich gerne ruhig, wie die meisten Leute. Eigentlich wollen die Leute in Ruhe gelassen werden – werden sie aber nicht. Hier brechen alte Diskurse auf, dreißig Jahre nach der Wende. Viele Bürgerrechtler fragen sich, wofür sie überhaupt damals aufgestanden sind, wenn der gleiche Spuk jetzt wiederkommt.

Würden Sie denn sagen, daß es einen qualitativen Unterschied gibt zu dem, was Sie aus DDR-Zeiten kennen? Im *Turm* beschreiben sie sehr detailliert eine Nische, in die man sich mit Literatur und Musik zurückziehen konnte. Diese Nische scheint es heute in dieser Form nicht mehr zu geben.

TELLKAMP: Das hat aber auch andere Gründe. Damals hatten viele Leute einfach viel Zeit, da dauerte der Arbeitstag sechs oder acht Stunden. Meine Eltern und mein Onkel, die haben um 16 Uhr immer Deutschlandfunk gehört, dann kam danach der Onkel in Pantoffeln rüber und fragte, ob man dieses oder jenes gehört habe. Da gab es diesen Journalisten aus Bautzen in »Deutschlandfunk-Hintergrund«. Der hatte in der DDR gegessen, ein Pflichtprogramm für jeden. Solschenizyns *Archipel Gulag* zirkulierte, wurde abgeschrieben. Oder man fuhr auf die Buchmesse, um Bücher zu klauen und sie dann am Bahnhof im Schließfach zu verstecken.

Sie beschreiben noch eine richtige Lust und Energie, sich am kulturellen Austausch zu beteiligen. Wenn man heute sieht, wie alles zunehmend gleichgültig behandelt

wird, könnte man in dieser Hinsicht fast nostalgisch werden gegenüber einer Zeit, die man selbst nicht erlebt hat.

TELLKAMP: Das kommt aber wieder. Da müssen Sie nur mal hier nach Dresden ins Kulturhaus Loschwitz gehen. Da kommen mittlerweile sogar Leute aus Westdeutschland. Eine ähnliche Stimmung wie '89.

Sicherlich kennen Sie auch andere zeitgenössische Schriftsteller. Gibt es denn im Literaturbetrieb auch Bewegung?

TELLKAMP: Naja, alle Schriftsteller sind Individualisten. Natürlich sind da bekannte Namen wie Botho Strauß oder Martin Mosebach zu nennen.

Aber es gibt auch viele junge Leute, die tatsächlich schreiben können.

TELLKAMP: Klar, die gibt es. Ich schätze aber beispielsweise auch Jenny Erpenbeck sehr, obwohl sie in der Flüchtlingsfrage mit Sicherheit anderer Meinung ist als ich. Auch das, was Günter Grass politisch abgesondert hat, strotzte nicht gerade von Klugheit. Das hindert mich aber nicht daran zu erkennen, daß er mit der *Blechtrommel* ein geniales Buch geschrieben hat.

Diese Trennschärfe im Urteilsvermögen scheint allerdings aus der Mode gekommen.

TELLKAMP: So ist es, aber man darf sich von solchen Tendenzen nicht vereinnahmen lassen. Dennoch gibt es natürlich auch einige, die unter wirtschaftlichen Zwängen leiden. Auch wie sich das Verlagswesen entwickelt, bleibt abzuwarten. Der Bekenntniszwang wird größer.

Wie sagt Klonovsky: »Die Demokratie endet, wo ein Bekenntnis zu ihr gefordert wird.«

TELLKAMP: Absolut.

Wenn Sie drei Personen nennen müßten, die Sie am nachhaltigsten beeinflusst haben, welche wären das? Ganz gleich, ob Lyriker, Romanciers oder andere.

TELLKAMP: Bann ist schonmal gesetzt, klar. Sicherlich auch Friederike Mayröcker, die ist völlig frei. Und dann vielleicht noch Heimito von Doderer, Thomas Mann, Proust und Julien Gracq, das wäre so eine Vätergalerie. Ich habe immer ein Problem mit Konservatismus, wenn es um das Vordergründige geht, um das, was man sofort erkennen kann. Bei Michael Triegel oder Martin Mosebach zum Beispiel, da finde ich wenig Verwandtes. Wenn das Konservatismus ist, bin ich nicht konservativ.

Es gibt einen Unterschied zwischen Kunst und bildungsbürgerlichen Turnübungen, wie Günter Maschke sagen würde. Zur Kunst gehört immer noch etwas ganz Anderes.

TELLKAMP: Für mein Verständnis ist es schon so, daß man mit ewigen Prinzipien die Gegenwart erfaßt, so daß sie erkennbar bleibt und aber

trotzdem das Grundsätzliche, das Überzeitliche durchschimmert. Trotzdem liegt deine Aufgabe in der eigenen Zeit.

Suchen Sie aktuell eine neue Form für Ihren Stoff?

TELLKAMP: Die Frage ist immer, wie man mit Zeit umgeht und Zeitlichkeit. Unsere Gegenwart ist für mich eine Zeit, die durchschossen ist von Residuen. Das war vermutlich zu jeder Zeit so, aber vielleicht bemerken wir das heute stärker durch die Verfügbarkeit dieser Residuen. Das heißt: Was wir als Gegenwart definieren, ist durchsplittert von Vergangenheitsrelikten. Wie stellst du dann eine Gegenwart dar, die einerseits technisch eine ist und gleichzeitig drumherum aus einer Landschaft von Überbleibseln besteht? Ist es dann gestattet, reliktuös zu schreiben? Ist es statthaft, über Punker wie Jean Paul zu schreiben? Ist das modern? Wo ist der Punkt bei Jean Paul? Mich interessiert nur, wie ich diese Fragen und Probleme in den Griff kriege, alles andere ist für mich nachrangig. Ich habe dabei keinerlei Angst vor politischen Konventionen, egal ob ich *Indymedia* lese oder *TUMULT*. Das ist die Ruchlosigkeit des Arztes.

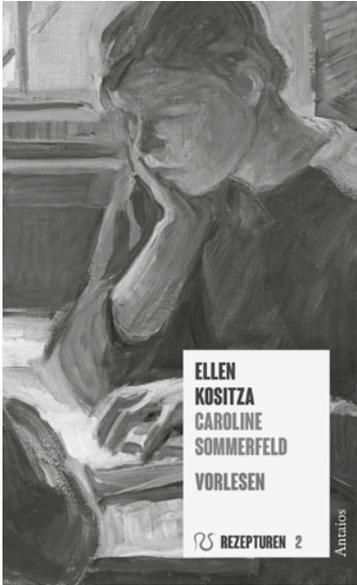
Das nehmen wir uns auch ohne Medizinstudium heraus. Wenn Sie allerdings vorgeben, kein Konservativer zu sein und zugleich in ihrem Essaywerk bedauern, daß keiner mehr Amadeus Webersinke kenne ...

TELLKAMP: ...klar, das ist Konservatismus. Ja, konservieren, aber in welcher Form? Sie können die bewährten Mittel zum Konservieren nehmen oder lassen sich etwas anderes einfallen – und genau da fängt ja der Avantgardismus an: Wie konserviere ich? Aber das tun wir ja alle, das ist für mich das Paradoxe an der Diskussion. Welcher Künstler, welcher Autor ist denn nicht konservativ? Wovon leben wir denn, wenn nicht von Erinnerungen, von der Kindheit, der Jugend? Wer schreibt, konserviert.

Ohnehin müßte man in der politischen Diskussion zumindest für Westeuropa vielleicht »konservativ« durch »restaurativ« ersetzen, weil es einfach nicht mehr so viel zu bewahren gibt. In Osteuropa reicht es einstweilen noch aus, konservativ zu sein. Andernorts ist die Substanz bereits zu sehr verbraucht, doch wo von neuem anknüpfen, ohne sich dabei in nationalrevolutionärer Romantik zu verlieren?

TELLKAMP: Ich sehe guten Grund zum Optimismus im Pessimismus. Je schlechter es einer Gesellschaft geistig und materiell geht, desto eher finden Rückbesinnungen statt und kommt der Kulturhunger zurück. Zu meiner Studienzeit habe ich danach gesucht, aber niemanden gefunden, mit dem man darüber hätte reden können. Ich war vollkommen isoliert. Heute gibt es ja schon einige Gegentendenzen, gerade hier in Dresden. Und doch wird dieses Tradieren letztlich immer eine Sache von Wenigen bleiben. ■

Rezepturen



Ellen Kositzka, Caroline Sommerfeld

Vorlesen

248 S., geb., 18 €

Vorlesen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Eltern erfüllen müssen: Vorzulesen bedeutet, mit den Kindern ein (abendliches) Ritual zu pflegen, ihnen die Welt der Bücher zu erschließen und ihnen eine großartige Kulturtechnik beizubringen. Jedoch: Es gibt Berge voller schlechter, schäbiger, zersetzender Bücher, unmögliches Zeug, schädliche Lektüre. Kositzka und Sommerfeld bringen es gemeinsam auf zehn Kinder und vierzig Jahre Leseerfahrung. Sie kennen sich vorzüglich aus und empfehlen rund 180 Bücher, in vier Altersgruppen gegliedert, vom Bilderbuch über einfache Geschichten bis zum Übergang, in dem das Selbstlesen das Vorlesen ablöst.

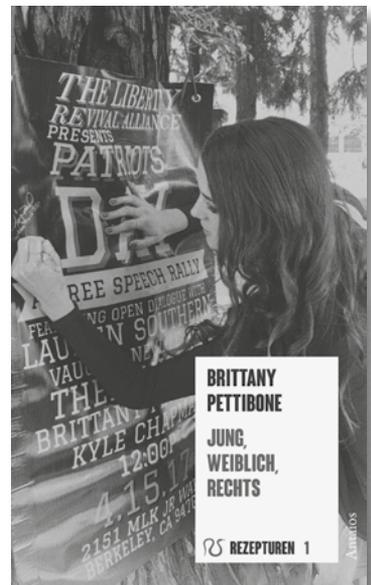
Brittany Pettibone

Jung, weiblich, rechts

176 S., geb., mit Photos, 15 €

Die US-Amerikanerin Brittany Pettibone ist nicht nur bekannt als »Ehefrau von«, sondern als zähe, kluge, eigenständige und vor allem rechte Publizistin. Schon lange, bevor sie Martin Sellner kennenlernte, hatten ihre Videos und Kommentare hunderttausende Leser und Zuschauer.

Mit *jung, weiblich, rechts* liegt nun Pettibones erstes politisches Buch vor. Es ist ein Buch für Mädchen und junge Frauen und für jeden, der verstehen will, wie der weibliche, junge Teil einer rechten Bewegung tickt.



Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de

Nach der Mauer

von Erik Lehnert

Es gibt Situationen, die sich im Moment des Geschehens als völlig chaotisch darstellen und die sich später als weltgeschichtliche Schlüsselszenen erweisen. Solch ein Ereignis fand vor dreißig Jahren in Berlin statt: die Öffnung der Berliner Mauer. Was im Nachhinein als eine logische Konsequenz aus dem Niedergang des Kommunismus in der Sowjetunion interpretiert werden kann, war für manchen der unmittelbar Beteiligten eine Herausforderung ohne jede Logik. Einer von ihnen war ein Stasimitarbeiter, der als Oberstleutnant der Grenztruppen an diesem Abend an der Grenze Dienst tat. Daß die DDR nicht mehr handlungssicher war, war ihm nicht entgangen. Aber er und seine Vorgesetzten rechneten offenbar nicht mit der Dynamik, die durch die Worte Günter Schabowskis in der legendären Pressekonferenz am Abend des 9. November 1989 ausgelöst wurde.

Die Berliner zogen los, um an der Mauer die Gültigkeit der Aussage, das neue Reisegesetz gelte »unverzüglich«, zu überprüfen. So trafen der bereits erwähnte Oberstleutnant und die reisewilligen Berliner an der Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße aufeinander. Es lag kein Befehl vor, wie solch einer Situation zu begegnen sei. Es ging ja nicht mehr um einzelne Grenzverletzer, sondern um Menschenmassen, die sich auf eine Aussage der Staatsspitze beriefen.

Was tut man in solch einer Situation? Weil man als Untergebener eigentlich nur das Falsche tun kann, meldet man nach oben und belastet die Vorgesetzten. Von denen kam aber nichts zurück, denn dort kannte man die Lage nicht und schenkte den Meldungen keinen Glauben. Also mußte unter anderem an der Bornholmer Straße eine freie Entscheidung getroffen werden.

Gänzlich frei war die Entscheidung natürlich nicht, denn die Situation drohte zu eskalieren. Aber es galt immer noch der alte Befehl, niemanden über die Grenze zu lassen. Aber eben dieser Befehl erwies sich in der Lage vor Ort als lebensfremd, und es regten sich Zweifel, wie sinnvoll die Ausführung dieses Befehls überhaupt noch sei. In welchem Verhältnis würden die absehbaren, fast sicher brutalen Konsequenzen aus der Ausführung zum Nutzen stehen? Solch eine Abwägung setzt bereits voraus, daß der Vorgesetzte nicht mehr automatische Gefolgschaft einfordern kann. Und so war es zweifellos: In der DDR war in den Monaten zuvor einfach zu viel passiert.

Der Oberstleutnant konnte also im Sinne des alten, strikten Grenzgebefehls handeln und die Grenze geschlossen halten, notfalls mit Gewalt. Oder er handelte gegen den Befehl und damit auf die Vermutung hin, daß sich etwas weit jenseits der gewohnten Norm ereignet hatte. Nun, wir wissen: Letzteres geschah, und uns erscheint das heute natürlich folgerichtig: die DDR war am Ende und einer ihrer Büttel hatte das gerade noch rechtzeitig erkannt. Wenn wir aber bedenken, daß dieser Oberstleutnant fast sein ganzes Leben in diesem Dienst zugebracht hatte, müssen wir feststel-

»Die Fähigkeit anderer Völker, auf ihre Existenzfrage eine Antwort zu finden, hatten die Deutschen nicht: weder die Lässigkeit der Mediterranen noch den Stil der Franzosen, noch den Pragmatismus der Briten. Sie beneiden andere oft um diese Fraglosigkeit, aber in besseren Zeiten sehen sie im Eigenen, dem Unabschließbaren, der Bevorzugung des Werden- den gegenüber dem Sein, der Neigung zum Grundsätzlichen, der Unfähigkeit im Taktischen, auch der mangelnden Begabung zur Maske, einen Vorzug. Zum letzten Mal ist das bei den Diskussionen von 1989/90 ins Bewußtsein getreten, als mit unerwarteter Heftigkeit nicht nur Gegner und Befürworter einer Wiedervereinigung aufeinandertrafen, sondern auch eine intensive Debatte darüber stattfand, wie ›deutsch‹ denn nach Lösung der Deutschen Frage der neue Gesamtstaat sein sollte.«

Karlheinz Weißmann: »Die Deutsche Frage«, in: *Sezession* 32 (Oktober 2009).



© Brian Harris / Alamy Photo

len: Es gehörte doch eine Menge gesunder Menschenverstand und auch Mut dazu, gegen Erziehung, Ideologie und Befehl zu handeln, nur weil mutmaßlich eine andere Zeit angebrochen war.

Ganz offensichtlich ist dieses Ereignis auch für unsere Gegenwart wichtig: Es führt uns die Situation des Handelnden vor Augen, der eine Entscheidung gegen seine Gewohnheit und die bislang akzeptierte Norm treffen muß. Das ist wichtig, weil der kritische Zeitgenosse auch heute, wenn er mit seiner Kritik ernst macht, immer und zu jeder Zeit vor so eine Entscheidungssituation gestellt werden kann. Das Ereignis zeigt uns aber gleichzeitig auch deutlich, daß sich Entscheidungen in historischen Situationen nicht als Schablone für künftige Entscheidungen eignen, denn die Situationen unterscheiden sich.

Die Deutschen haben im 20. Jahrhundert zwei Brüche gemeinsam erlebt: zuerst den von 1918, als die Jahrhunderte gültige Gesellschaftsordnung plötzlich nicht mehr galt. Das hatte eine erste Erschütterung der Ordnung zur Folge, da jede Ordnung auf Vertrauen basiert, das dann schwindet, wenn der geleistete Eid auf einmal nichts mehr gilt und durch einen neuen ersetzt wird. Der zweite Bruch erfolgte 1945, als wiederum eine Ordnung zusammenbrach und eine neue installiert wurde, die den Zeitgenossen zumindest für einige Jahre suggerieren konnte, daß sie länger stabil bleiben würde als lediglich ein Menschenalter. Die Niederlage und der Umbruch von 45 waren so radikal, die Widerlegung Deutschlands so umfassend und das Angebot der Sieger so verlockend, daß sich seither die Überzeugung etabliert hat, diese Ordnung könne sogar ewig halten, schon einfach aus dem Grund, weil sie die beste aller möglichen sei.

Diese Überzeugung gab es nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR, für einige Zeit sogar auch außerhalb der kommunistischen Führung. Als nur noch die Führung daran glaubte, baute man 1961 die Mauer, um sich gegen das eigenen Volk mehr Zeit für das Experiment Sozialismus zu erkaufen. Dann kam 1989 und damit für einen kleinen Teil der heutigen Deutschen wieder die Erfahrung, wie es ist, wenn eine Ordnung über Nacht zusammenbricht, aber eben auch die neue Erfahrung, daß es möglich ist, eine Ordnung zu stürzen.

Diese Erfahrung stellt sich in der heutigen Situation als ein entscheidender Unterschied zwischen West- und Mitteldeutschland heraus, der sich offenbar in den Wahlergebnissen für die AfD niederschlägt. Aber nicht nur die Wahlergebnisse sind anders, auch die Partei ist im Osten in Personal und Auftreten kompromißloser und weniger darauf bedacht, bei den Altparteien um Anerkennung zu buhlen. Die Osis müssen sich dafür von westdeutschen Eliten als Dunkeldeutsche titulieren lassen, deren ideologischer Fehlstellung nur noch mit der massenhaften Ansiedlung von Ausländern abgeholfen werden könnte.

Solche Entgleisungen sind keine Einzelfälle mehr, sie haben ihren Grund in der gesellschaftlichen Zuspitzung der letzten fünf Jahre. Die

Berlin, 11. November 1989.

»Es gab – vereinfacht gesprochen – diejenigen, die eine Fortsetzung der ›Bonner Republik‹ auf erweitertem Territorium erhofften, und die, die auf eine ›Berliner Republik‹ setzten. Wer sich den zweiten Begriff zu eigen machte, war sofort Verdächtigungen ausgesetzt, von der Rückkehr auf den ›Sonderweg‹ über die Sorge, die Westbindung werde in Zweifel gezogen, bis zu der Behauptung, hier bereite sich ein ›zweites Auschwitz‹ (Günter Grass) vor. Heute erregt ›Berliner Republik‹ keinen Anstoß mehr, aber es ist auch nichts mit der Vorstellung, eine um die DDR ergänzte BRD werde irgendwie ›preußischer und protestantischer‹ (Lothar de Maizière) sein. Modernisierung und das heißt eben ›Verwestlichung‹, Globalisierung, und das heißt auch Masseneinwanderung, haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten zu einer Umprägung Deutschlands geführt, die es immer weniger sinnvoll erscheinen läßt, nach den Deutschen und ihrem Wesen zu fragen.«

Karlheinz Weißmann: »Die Deutsche Frage«, in: *Sezession* 32 (Oktober 2009).



© Brian Harris / Alamy Foto

Unterschiede, die man überwunden glaubte, treten stärker zutage und werden auch im Osten wieder deutlicher betont. Die Verwerfungen der Wende sind Geschichte. Aber in Krisenzeiten besinnt man sich auf das Eigene und merkt, daß man anders ist. Daß man nicht so leben möchte wie in Berlin-Kreuzberg, daß man nicht angelogen werden möchte, daß man sich seine Meinung nicht vorschreiben lassen möchte und daß man die Unabhängigkeit der Medien schon immer für ein frommes Märchen gehalten hat. Man kennt die Versuche der ideologischen Bevormundung und hat keinen Bedarf an einer DDR 2.0, während man sich gleichzeitig nicht einreden lassen möchte, durch seine Herkunft aus der DDR an einem Demokratiedefizit zu leiden.

Dieser scheinbare Widerspruch weist in eine Richtung, die aus dem Ossi so etwas wie eine Avantgarde unter den Deutschen macht, weil sie in einer Situation, in der die pluralistischen Eliten den Ton angeben, das multikulturelle Paradies ablehnen und stattdessen lieber unter sich bleiben wollen. In dieser Frage stehen die Ossis teilweise den anderen Völkern des ehemaligen Ostblocks näher als ihren deutschen Brüdern und Schwestern im Westen. Dort ist der Anteil derjenigen, die bereit wären, einen Preis für eine Alternative zu zahlen, geringer. Aber die Alternative steht allen offen, vorausgesetzt, man hält den gegenwärtigen Zustand nicht für das Ende der Geschichte.

Allerdings bringt das Gerede von der »DDR 2.0« keine neuen Erkenntnisse, da die damaligen Rahmenbedingungen ganz andere waren. Die DDR war ein Gebilde ohne offizielle Gewaltenteilung und mit einer geschlossenen Außengrenze. Das setzte die Rahmenbedingungen für die Verhältnisse innen, ohne unmittelbar totalitär zu sein. Denn klar war, daß unter solchen Voraussetzungen persönlich gestaltbare Freiräume gewährt werden mußten, wenn das Ganze nicht gleich implodieren sollte. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Gebilde mit offizieller Gewaltenteilung und ohne geschlossene Außengrenzen. Das sind innere Voraussetzungen, keine Rahmenbedingungen.

Geblichen ist von dem ganzen Zauber der Liberalität nur die offene Außengrenze, alles andere hat sich in einem atemberaubenden Tempo verflüchtigt. Die »Freiheit wozu« hat sich damit verabschiedet zugunsten einer Illusion, die als vermeintliche »Freiheit wovon« alle Wahlmöglichkeiten zu



Berlin, 11. November
1989.

bieten scheint. Damit sind unsere Staaten auf dem Weg »ins Offene«, das kurioserweise totalitäre Züge trägt: Ohne stabilen Rahmen bleiben vom Volk nur »Gesinnungsgemeinschaften« übrig und die tragen, je mehr sie angefeindet werden, zunehmend sektenhafte Züge. Das hat mit Demokratie nicht mehr viel zu tun, auch wenn die Propaganda das Gegenteil behauptet.

Der Streit um die richtige Freiheit wurde auch damals geführt, als die DDR noch existierte. Denn der Osten hat ja ebenso wie der Westen behauptet, das eigentliche Wesen der Freiheit verwirklicht zu haben – ein Widerspruch, den der Philosoph Wilhelm Weischedel am Begriff der Freiheit selbst festmachte: Wenn man unter Freiheit einen Spielraum versteht, innerhalb dessen man die Wahl hat, eine bestimmte Entscheidung zu treffen, und diese Freiheit zudem als Selbstbestimmung versteht, durch die man Herr über sich selbst ist, dann gibt es offenbar verschiedene Momente von Freiheit, die man gegeneinander ausspielen kann.

Die westliche Lesart der Freiheit bedeutete, den Menschen möglichst auf sich selbst und seine eigene Entscheidung gestellt zu sehen. Das kollidiert nicht selten mit der sozialen Wirklichkeit, in der es besonders starke Konventionen gibt, die diesen Spielraum gerade nicht für alle öffnen. Der östliche Freiheitsbegriff setzte genau an diesem Punkt an und legte Wert auf die Schaffung eines gesellschaftlichen Spielraums, der für jeden Menschen offen stehen sollte, ohne Blick auf die soziale Herkunft. Was dabei ins Hintertreffen geriet, ist die Tatsache, daß eine Freiheit nur dann als solche empfunden wird, wenn man die Wahlmöglichkeit auch verwirklichen und über sich selbst verfügen kann. Der Sieg von 1989 hat nun zu der Fehlwahrnehmung geführt, daß der westliche Freiheitsbegriff der einzig richtige wäre.

Dieser Absolutheitsanspruch verträgt sich schlecht mit einem wesentlichen Garanten der Freiheit, der Gewaltenteilung. Gewaltenteilung ist das Gegenteil vom absoluten Wissen. Für die absolute Orientierung, die »absolut richtige Einrichtung des absolut richtigen Lebens, die auf absoluter Wahrheitsfindung beruht« (Odo Marquard), sind wir nicht lange genug auf der Welt. Der große Unterschied zwischen der Situation 1989 in der DDR und der heutigen in den westlichen Industriestaaten liegt darin, daß damals eine Alternative existierte, an der man sich orientieren konnte. Man ahnte sicher, daß es sich dabei nicht um das Paradies han-

»Die ›Endlösung der deutschen Frage‹, wie Robert Hepp apostrophierte, wäre nur denkbar durch das physische Verschwinden der Deutschen. Davon sind wir so weit nicht entfernt und daß wir dieses Schicksal mit den übrigen weißen Völkern teilen, ist kein Trost, – denn um die Deutschen wäre es besonders schade. Wenn man die Deutsche Frage nämlich nicht nur als ein politisches Problem auffaßt, oder als eine Seltsamkeit im Geschichtsverlauf oder im Repertoire der Kollektivpsychen, dann muß man noch einmal zurückkommen auf Dostojewski, der die Deutsche als eine ›Weltfrage‹ bezeichnete, insofern als das Deutsch-Sein überhaupt eine prinzipielle Möglichkeit menschlicher Existenz bedeutet, nicht nur eine mehr oder weniger beliebige Variante. Das macht die Deutsche Frage so wichtig und so heikel und ihre Beantwortung letztlich unmöglich. Eine Auffassung, die sonst nur im Hinblick auf ein anderes Volk vertreten wird.«

Karlheinz Weißmann: »Die Deutsche Frage«, in: *Sezession* 32 (Oktober 2009).

Literaturhinweise:

Gerhard Haase-Hindenberg: *Der Mann, der die Mauer öffnete. Warum Oberstleutnant Harald Jäger den Befehl verweigerte und damit Weltgeschichte schrieb*, München 2008;

Ernst Jünger: *Der Waldgang*, Frankfurt a. M. 1951;

Ders.: *An der Zeitmauer*, Stuttgart 1959;

Hermann Lübbe: *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten*, München 2007;

Odo Marquard: *Apologie des Zufälligen. Philosophische Studien*, Stuttgart 1986;

Armin Mohler: *Liberalenbeschimpfung. Drei politische Traktate*, Essen 1990;

Jan Moldenhauer: *Japans Politik der Null-Zuwanderung. Vorbild für Deutschland?*, Schnellroda 2018;

Wilhelm Weisedel: *Skeptische Ethik*, Frankfurt a. M. 1976.

delte, aber immerhin war es etwas, das existierte und ganz offenbar besser funktionierte.

Es fällt uns heute im Vergleich zur Situation in der DDR deutlich schwerer zu sagen, was wir eigentlich anders machen wollen. Mit der Forderung nach weniger Ausländern und der Schließung der Grenzen ist es ja nicht getan, weil das globalisierte Wirtschaftssystem keine Rücksicht darauf nimmt, wie sich ein einzelnes Volk seine Zukunft vorstellt, sondern mit dem wirtschaftlichen Abstieg droht. Wenn man sich Japan anschaut, wird zwar deutlich, daß man auch ohne Einwanderung bestehen kann, allerdings wird man dann länger arbeiten müssen und weniger Urlaub machen können. Das heißt, man muß Opfer bringen, um einen Zustand zu erreichen, von dem man gar keine konkreten Vorstellungen hat.

Die Kernfrage lautet: Warum fällt es uns so schwer, unsere eigene Zeit wirklich, mit allen Konsequenzen in Frage zu stellen? Denn eigentlich müßten wir dafür hervorragend gerüstet sein, wird uns doch seit der Grundschule beigebracht, alles, aber auch wirklich alles zu hinterfragen und zu bezweifeln, was der Vergangenheit angehört. Wir erheben uns über die Vergangenheit, sind jedoch nicht in der Lage, die Gegenwart selbst in Zweifel zu ziehen. Und das, obwohl die DDR ihre Normen wesentlich härter verteidigte als selbst die heutige Bundesrepublik, in der es immer mehr Bereiche gibt, die von Gesinnungswächtern immer schärfer kontrolliert werden.

Aber schon zu Hochzeiten des Kalten Krieges beklagte der rechte Publizist Armin Mohler die »Mauer aus Kautschuk« im Westen. Er meinte damit eine Grenze, gegen die man anlaufen könne, ohne daß sie nachgebe, aber auch ohne daß dem dagegen Anrennenden der Aufprall besonders weh täte. Das war in der DDR anders, die Konsequenzen waren härter. Auch fiel die Argumentation gegen das System leichter, weil es ja nicht nur den Gegenentwurf, sondern auch eine ausgefeilte Kritik am real existierenden Sozialismus gab, die aus völlig verschiedenen Ansätzen zu dem gleichen Ergebnis kam: Der Sozialismus ist nicht zukunftsfähig.

Heute hat sich das liberale System gegen Kritik immunisiert, indem es sich als Krone der Geschichte begreift und selbst heiligspricht. Diese Auffassung hat der Philosoph Hermann Lübbe einmal mit dem schönen Wort des »demokratischen Dummstolzes« bedacht. Der zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß er sich selbst als Endpunkt der Geschichte begreift, sondern auch dadurch, daß er allen vor ihm liegenden Zeiten das Eigenrecht abspricht. Ein Zeitalter qualifiziert man heute am einfachsten ab, indem man es als »vordemokratisch« bezeichnet. Das Paradies ist nach dieser Lesart nur deshalb noch nicht erreicht, weil regelmäßig Widersacher – sei es Putin, sei es Trump, seien es unliebsame Parteien – die Bühne betreten, Vorbehalte anmelden, den Konsens stören.

Hier setzt sich etwas fort, was die Alliierten in zwei Weltkriegen vorgemacht haben. Man gibt nicht nur vor, für die bessere Sache zu streiten, sondern gleich für die ganze Menschheit. Diese Behauptung läßt sich zwar leicht widerlegen, allerdings findet ja kein fairer Kampf der Argumente statt. Das Ergebnis ist dann im Extremfall, daß selbst die freie und geheime Wahl nicht mehr innerlich frei vollzogen wird, weil die Regie dem Kritiker vorzuspiegeln versucht, »daß er sehr einsam sei« (Ernst Jünger).

Nun leitet sich aus dem schlichten Dagegensein noch nicht ab, daß der Kritiker auch richtig liege. Es stellt sich immer wieder das Problem des obersten Wertes, an dem man sein Dagegensein ausrichtet. Wer aus purem Egoismus bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen ablehnt, weil jetzt gerade sein Vorgarten betroffen ist, wird kaum beanspruchen können, auf dem Pfad der Wahrheit zu wandeln. Es gilt, die Entscheidung nicht für den eigenen Vorteil zu treffen.

Wie vor 1989 die DDR-Führung gerieren sich die Verantwortlichen in der Bundesrepublik in moralisierender Art und Weise als Garant der Freiheit und unterstellen ihren Kritikern, die multikulturelle Freiheit der identitären Knechtschaft opfern zu wollen. Das ist so plump wie wirkungsvoll. Um diese Wirkung zu erschüttern, muß der schwierigste Schritt am Anfang gemacht werden. Es gilt, den falschen Freiheitsbegriff der Alternativlosigkeit, der nur eine bedingungslose »Freiheit wovon« kennt, wieder in eine gebundene »Freiheit wozu« umzuwandeln. Dann werden sich, so Ernst Jünger, nicht nur »Punkte wie auch Flächen« zeigen, »auf denen eine neue Freiheit bewußt wird«, sondern auch jene, »auf denen die Furcht geringer wird«. ■

Institut für Staatspolitik – Studien



Institut für Staatspolitik

Die Grünen

Deutschenfeinde auf der Regierungsbank

52 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 38

Die beeindruckende Reihe von grünen Wahlerfolgen hat eine metapolitische Ursache. Keine Partei hat die gegenwärtig in Deutschland herrschenden Auffassungen stärker geprägt als Bündnis 90 / Die Grünen. Die Themen, mit denen sie vor 40 Jahren angetreten sind, um die Bundesrepublik zu verändern, sind mittlerweile im Mainstream angekommen. Das gilt nicht nur für die Ökologie, das vermeintliche Thema der Grünen, sondern vor allem auch für Themen wie Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Homoehe und Pazifismus.

Aktualisierte und erweiterte Ausgabe!



Jan Moldenhauer
Japans Politik der
Null-Zuwanderung
Vorbild für Deutschland?

40 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 35



Thor v. Waldstein
Wer schützt die Verfassung
vor Karlsruhe?

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

Trianon, oder: Hundert Jahre Krieg in Osteuropa

Im Gespräch mit Mária Schmidt

SEZSSION: Werte Frau Schmidt, in Ihrem Essay über die Jahre 1918 bis 1923 und die »Geburt einer neuen Welt« (Budapest/Stuttgart 2019) bezeichnen Sie die Pariser Vorortverträge (uns Deutsche betraf der Versailler Vertrag) als »verfehltes Friedenswerk«. Sie rechnen weder Frankreich noch England recht eigentlich zu den Siegern. Diese Perspektive ist hochinteressant.

SCHMIDT: Im Ersten Weltkrieg entstand ähnlich wie später im Zweiten eine Pattsituation zwischen den Mittelmächten und den Mächten der Entente. Briten und Franzosen waren nicht einmal im Bündnis mit den Russen imstande, einen Sieg über die Deutschen und deren Verbündete zu erringen. Das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg – übrigens als Folge einer der erfolgreichsten deutschen Geheimdienstoperationen aller Zeiten – hätte sie eigentlich zu einem einvernehmlichen Friedensschluß drängen sollen. Hätten Engländer und Franzosen das begriffen, dann wäre ihnen nicht in den Sinn gekommen, dem Kontinent dieses »Friedenswerk« aufzuzwingen. Sie hätten nämlich leicht einsehen können, daß sie gar nicht in der Lage sind, der Einhaltung ihres Diktats Geltung zu verschaffen.

SEZSSION: Wir sollten entlang dieser Interpretationslinie gleich weit über den Ersten Weltkrieg hinausgehen. Sie sprechen von einem hundertjährigen Krieg und bezeichnen damit das »kurze Jahrhundert« zwischen 1914 und 1989. Warum ist dieser Zeitraum für Sie eine Epoche?

SCHMIDT: Wenn wir aus der heutigen Perspektive zurückschauen, sehen wir eindeutig, daß das 20. Jahrhundert in Europa die Epoche eines hundertjährigen Kriegs war. Am Ausgang des Ersten Weltbrands traten die Bolschewiken 1917 mit einem vollständig neuartigen Versprechen von der Weltrevolution an. Das war eine Herausforderung, welcher die Amerikaner erst 1990 Herr werden konnten. Alle drei miteinander zusammenhängenden Weltkriege wurden um die Entscheidung jener Frage geführt, wer der Herrscher über Europa sein wird. Sollte Großbritannien seinen Einfluß und das damit einhergehende Kräftegleichgewicht bewahren können oder würde der Kontinent unter die Fuchtel der

Deutschen geraten? So lautete die Frage im Ersten Weltkrieg, der noch keine Lösung brachte. Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die beiden Siegermächte Sowjetunion und USA Europa und die Welt untereinander auf. Die Amerikaner amerikanisierten, die Sowjets sowjetisierten die ihnen zugeschlagenen Gebiete. Die Entscheidung fiel erst am Ende des dritten, als »Kalter Krieg« bezeichneten Abschnitts. Die Vereinigten Staaten von Amerika besiegten die Sowjetunion, woraufhin sie auch die östliche Hälfte des europäischen Kontinents vereinen und amerikanisieren konnten.

SEZSSION: Ist das Ergebnis der amerikanischen Intervention für Europa eine Katastrophe?

SCHMIDT: Ich betrachte die Intervention der Amerikaner nicht als Katastrophe. Ganz im Gegenteil: Da ich die Sowjetisierung erleben mußte, habe ich eine ausgesprochen positive Meinung zur Amerikanisierung. Franzosen und Briten erhielten durch die amerikanischen Siege einen historischen Aufschub und gingen nicht in dem dramatischen Tempo unter, wie andere Großmächte, zum Beispiel die Habsburger, das Osmanische Reich oder nach 1990 die Sowjetunion. Das Gift aber hat ihre Organe längst erfaßt; spätestens ihr peinliches Ungeschick in der Suez-Krise von 1956 brachte es für alle Welt an den Tag, daß ihre eigenständige Rolle in der großen Politik ein Ende gefunden hat.

SEZSSION: Dennoch halten Sie die historischen Schnitte 1918 und 1945 für typisch westliche Verkürzungen: Weder im einen noch im anderen Jahr war für Mittel- und Osteuropa der Krieg vorbei. Sind diese aus westlicher Sicht irgendwie »ungeordneten« Nationen in der Lage, eine eigene Geschichte zu erzählen und als »Große Erzählung« durchzusetzen?

SCHMIDT: Auch diese Region hatte die Interpretation der Weltkriege aus Sicht der Sieger zu übernehmen, erst recht, weil der Westen seine Legitimation noch immer aus den Siegen in den beiden ersten Weltkriegen ableitet. Wir müssen aber schon allein deshalb weiter an unserem eigenen Geschichtsbild feilen, weil man an uns

gleich beide Weltanschauungen ausprobierte. Unsere Geschichtsbücher wurden zunächst nach dem Geschmack der Sowjets geschrieben, während die neuere Interpretation nach dem Geschmack des Westens ausfällt. Es ist an der Zeit, daß wir aus unserem eigenen Blickwinkel analysieren, was eigentlich mit uns im 20. Jahrhundert geschehen ist.

SEZESSION: Sie sprechen davon, daß für das östliche Europa der Erste Weltkrieg noch nicht vorbei sei. Wie ist das zu verstehen?

SCHMIDT: Der Erste Weltkrieg nahm Ungarn nicht nur zwei Drittel seines Territoriums und führte drei Millionen Ungarn in die Fremdherrschaft, obendrein wurden mit der Zerschlagung des Habsburgerreichs aus unserer multiethnischen Region homogene Nationalstaaten kreiert. (Mit Ausnahme der künstlich zusammengezwängerten Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien, die aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ebenfalls in ihre nationalstaatlichen Teile zerfielen.) Während die westliche Hälfte Europas vor dem Ersten Weltkrieg aus mehr oder weniger homogenen Nationalstaaten bestand, haben diese Länder in der Zwischenzeit einen multiethnischen Charakter angenommen, welchen sie im Zuge der Migrationskrise nun auch uns aufzwingen wollen. Denn obgleich wir uns längst im 21. Jahrhundert befinden, glauben sie noch immer, Osteuropa warte nur darauf, daß man ihm sagt, was zu tun sei. Gleichzeitig sollten wir die französisch-britische Aufteilung des Nahen Ostens von 1916 im Auge behalten, denn die damals gezogenen Grenzen teilten ethnologische, Stammes- und Glaubensgemeinschaften, was Konflikte heraufbeschwor, die bis zum heutigen Tage nicht zur Ruhe kommen. Ebenso erleben wir bis zum heutigen Tage die Folgen des Zerfalls des Osmanischen Reichs.

SEZESSION: Nochmals zu diesen drei Wellen der Implementierung US-demokratischer Ordnungen in Europa: Der Begriff der »Befreiung« trifft dabei für 1918 gar nicht, für 1945 teilweise zu, und ganz unterschiedlich von Nation zu Nation. Trifft er für 1989/1990 ganz und gar zu? Sie schreiben ja auch von oktroyierten Herrschafts- und Kulturformen.

SCHMIDT: In Ungarn sprach nach dem Ersten Weltkrieg niemand von einer Befreiung, erst nach dem Zweiten Weltkrieg war es Pflicht, von der Sowjetunion als »Befreier« zu sprechen. Mit dem Ende des Sowjetreichs ist diese Begriffszuordnung nur noch unter Kommunisten geläufig. Denn es ist schon richtig, daß die Sowjetarmee die Nazi-Besatzer aus Ungarn drängte, aber nur, um sich selbst für die nächsten 45 Jahre hier einzurichten. Im Verlauf der antikommunistischen Revolutionen von 1989/90 hat die ungarische Nation für sich gleichzeitig Freiheit und Unabhängigkeit erstritten. Wir brauchten dafür keine Helfer, haben uns vielmehr selbst aus jenem Rahmen befreit oder besser herauslöst, der uns aufgezungen worden war. Immerhin war die

Rolle der USA dieses Mal positiv für uns, denn wir sehnten uns nach dem, was uns die Amerikaner bieten konnten: Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie.

SEZESSION: Vielleicht müssen wir die militärische Intervention von der kulturellen Amerikanisierung scheiden. Sie kennen die steile These von Arthur Moeller van den Bruck: »Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde«, behauptete er. Ist das so, oder gibt es Organisationsformen des Liberalismus, die dafür sorgen, daß er die Substanz des Volkes und des Staates nicht angreift?



SCHMIDT: Ich halte die Kultur für wichtiger als militärische Erfolge. Der Frieden läßt sich schwerer gewinnen; damit das gelingt, ist die Kultur unabdingbar wichtig. Die Sowjets haben in einem knappen halben Jahrhundert auf diesem Terrain ein totales Fiasko erlitten. Dabei finden die Spitzenleistungen der russischen Kultur unsere größte Bewunderung. Wir aber wollten Jeans tragen und lange Haare, wir wollten amerikanische, also westliche Musik hören, vor allem aber amerikanische Filme sehen. Wir lernten Englisch, und das Russisch erlernten wir selbst ungeachtet der Tatsache nicht, daß es Pflicht gewesen wäre. Der Liberalismus verfügt wie jede Ideologie über großartige Seiten. Der wahrscheinlich als größte Blütezeit in der Geschichte Ungarns zu betrachtende zweite Teil des 19. Jahrhunderts ist mit dem klassischen Liberalismus verbunden. Aber nichts sollte überbewertet werden. Vor dem heutigen Neoliberalismus oder Postliberalismus sollte bewahrt bleiben, was sich über die Zeiten bewährt hat. Meinungsfreiheit, die Freiheit des Glaubens und des Gedankens, die Gleichheit vor dem Gesetz, etc. Alles andere sollten wir hinter uns lassen, weil es sich nicht bewährt hat. Entweder verfügen die Nationen und die Staaten über eine Widerstands- und Selbstreinigungskraft, die es ihnen erlaubt, sich neuerlich zu erschaffen, oder sie besitzen diese Kraft nicht, und dann kann ihnen nichts mehr helfen. Uns Ungarn ist es bislang immer wieder aufs neue geglückt – es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in Sachen Neuanfang Weltmeister sind. ■



UNITE TO
SAVE
THE PLANET



Extinction Rebellion – Täuschung und Offenbarung

von Caroline Sommerfeld

1. Verhaltensähnlichkeiten

Bald nach der konzertierten Aktionswoche der allem Anschein nach aus dem Nichts aufgetauchten Bewegung »Extinction Rebellion« (auf Deutsch: »Rebellion gegen das Aussterben«) vom 7. bis 12. Oktober 2019 sickerte durch, daß diese *people-power*-Bewegung ihre Aktivisten im Vergleich zu deren sonst durchaus prekären Einkünften ganz gut bezahlt. Das ist möglich und programmatisch auch so vorgesehen, insofern »Extinction Rebellion« Teil eines umfassenden Netzwerks ist, das auf der Seite sciencefiles.org fein säuberlich auseinandergezupft und in seine Spendenanteile zerlegt worden ist. Rising Up, der Mutterkonzern von XR, werde via Guerrilla Foundation mitfinanziert von Greenpeace und Attac, sowie über Zwischenorganisationen von der Open Society Foundation des George Soros.

Im als Gratisdownload erhältlichen XR-Manual steht, der »Klimanotstand ist also ein Notstand von unten: von oben ausgerufen, aber von unten eingefordert«. Es dürfte sich genau andersherum verhalten. Man gibt vor, etwas von unten einzufordern; dabei ist es längst beschlossene Sache auf sehr viel höherer und ökonomisch durchsetzungsstärkerer Ebene, als es die »Ortsgruppe Hannover« erkennen läßt. Der Begriff dafür lautet »Astroturfing«.

Um die Forderungen »von unten« breitenwirksam von oben unters Volk zu bringen, bedarf es wirkungsvoller Kampagnen. XR ist der »non violent action« verpflichtet. Der amerikanische Collegeprofessor Gene Sharp (zweimal für den Friedensnobelpreis nominiert) hat diese in seiner »Bibel« des *regime change* entworfen. Seitdem wurden die Handlungsanweisungen für den gewaltlosen Widerstand von zahllosen »Befreiungsbewegungen« angewandt: vom Kiewer Maidan, auf dem Tahrir-Platz in Kairo oder in Jugoslawien gegen Miloševićs. Die politische Macht zu unterminieren, bis sie in sich zusammenbricht ist das erklärte Ziel.

Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung, schrieb auf Twitter: »Ich sehe den ganzen Klimaaktivismus eher gelassen, finde @ExtinctionR_DE sogar interessant. Haben dieselben Bücher gelesen wie wir. Popovic, Sharp, Boyd, Smucker u.v.a. Sogar die berühmten ›3,5% people power‹ kommen bei ihnen vor.« Und im *Kontrakultur*-Handbuch der Identitären Bewegung gibt es ein Lemma »Regime Change«, das sich genau diesen Bezügen widmet: auch die IB will einen *regime change*.

Auf den ersten Blick liegt es ausgesprochen nahe, XR und die IB in Hinblick auf die Aktionsmittel zu vergleichen. Martin Lichtmesz überlegte anlässlich einer Kunstblutaktion von XR in London, wie es wohl wäre, hätte »eine identitäre Gruppe mit dem Namen ›Replacement Rebellion‹ das gemacht, um an die ›Rivers of Blood‹-Rede von Enoch Powell zu erinnern«. Was den einen also ihre Klimakatastrophe, ist den anderen ihr großer Austausch? Sind beide Bewegungen nicht strukturgleich und mit hin von Hufeisentheoretikern elegant gegeneinander auszuspielen?

»AstroTurf ist hingegen ein Markenname für Kunstrasen, wie er in manchen Sportstadien Verwendung findet. (...) Astroturfing kann als Übernahme der Methoden des *grassroots campaigning* beschrieben werden. Seine Akteure verfolgen keinen demokratischen *bottom-up*-Ansatz, sondern haben durch zentrale Koordination und Finanzierung eine *top-down*-Prägung, die sie jedoch zu verheimlichen versuchen.«

Wikipedia

◀ Melbourne, März 2019

Der entscheidende Unterschied ist, daß der große Austausch real stattfindet, während XR eine Fiktion (»das große Aussterben«) für die Realität hält. Der große Austausch findet statt, es wird aber behauptet, daß er nicht stattfindet. Das große Aussterben findet nicht statt, es wird aber behauptet, daß es stattfindet. Zwischen XR und der IB ist Strukturgleichheit nur auf der Ebene der politischen Instrumentalisierung zu erkennen, die damit betrieben wird oder betrieben werden kann. Nicht nur der Oberflächenvergleich der Aktionsmittel ist naheliegend, sondern auch der der ideologischen Herkunft, bis hin zu der Befürchtung, die IB könne ebenfalls durch »Astroturfing« instrumentalisiert werden oder worden sein. Der von Martin Sellner so geschätzte Gene Sharp und dessen Einstein Institution hängen, wie die französische Wikipedia ausführt, mit George Soros, der CIA und dem US-amerikanischen neoliberalen National Endowment for Democracy zusammen, Die Einstein Institution hat weltweit Massenerhebungen für »Demokratie« organisiert, und Srđa Popović »Otpor!« in Serbien erhielt Anweisungen vom Ex-CIA-Agenten James Woolsey.

Die IB will einfach nur die Schriften studieren, ähnlich wie sie in ihren Anfängen 2012 Lenins *Was tun?* las, ohne gleich eine kommunistische revolutionäre Zelle zu sein, oder Saul Alinskys *Rules for Radicals*, ohne linkem Anarchismus zu verfallen. Problematisch ist nicht, von Linken zu lernen, und schon gar nicht, den politischen Gegner gut zu kennen. Problematisch ist der unterstellte »Demokratie«-Begriff der *Regime-Change*-Ideologie, der sich auch auf die IB auswirkt. Martin Sellner kommt nach erster Faszination in einer Videoanalyse rasch darauf, daß XR doch alles andere als sauber sei: »Sie gehen hier vor nach dem klassischen Schema der CIA-gesteuerten Farbrevolutionen (...) wenn sie es nicht schaffen, dann wollen sie die Regierungen stürzen und Demokratien einrichten, die »zweckdienlicher« sind (»more fit to the purpose«).« Er zitiert auch den XR-Gründer Roger Hallam mit den inzwischen schon in den Sozialen Medien »viral« gewordenen Worten: »And yes, some may die in the process / Und ja, im Verlauf werden möglicherweise einige zu Tode kommen.«



Wenn Sellner die Kunstrasenbewegung XR als »antidemokratisch« kritisiert, hat er sowohl recht als auch unrecht. Selbstverständlich ist sie das, gemessen am formalen Begriff der Demokratie. Denn wenn er die Forderungen der IB im wesentlichen mit gleicher Teilhabe, Meinungs-, Versammlungs-, Redefreiheit und Mehrheitsprinzip umreißt, legt er eine Formaldemokratie zugrunde. Wir haben trotz »freiheitlich demokratischer Grundordnung« nie in einer Demokratie gelebt, wie sie Aristoteles in seiner klassischen Unterscheidung der Herrschaftsformen beschrieben hat. Programmdemokratie ist definierbar als Nutzung des formalen Demokratiebegriffs für inhaltliche politische Programme. Die real existierenden Gesellschaften soll nun bei XR in geradezu grotesk selbstoffenbarer Art und Weise in eine ganz bestimmte Programmdemokratie umgewandelt werden. XR spricht in ihren ebenfalls seltsamerweise geleakten internen Dokumenten von der »preparation for the coming structural collapse of the regimes of western »democracies« / Vorbereitung auf den kommenden strukturellen Zusammenbruch der Herrschaftsstrukturen westlicher »Demokratien««. Martin Sellners formaler Demokratiebegriff, den er normativ im Sinne des aktivistischen Eintretens für rechtsstaatliche Prinzipien

füllt, rechnet nicht mit der »Zuschauerdemokratie« (Walter Lippmann) oder der »Postdemokratie« (Colin Crouch, Karlheinz Weißmann), in der die Bürger im Theater mitzuspielen aufgefordert sind. Die schweigende Mehrheit, die hinter der IB stünde, und ihr zu demokratischer Mehrheit verhülfe, »wenn wir nicht solchen brutalen Repressionen ausgesetzt wären«, ist ihrerseits gelenkt und als Masse dazu prinzipiell außerstande.

Demokratischer Widerstand befindet sich letztlich in einer unentrinnbaren Zwickmühle: nur im normativen Beharren auf der Demokratie ist Totalitarismuskritik möglich. Demokratischer Widerstand muß dabei allerdings bestimmte Annahmen teilen, die nur liberal gedacht werden können. Beginnt man, diese in Zweifel zu ziehen, beraubt man sich als »Antidemokrat« der eigenen Argumentationsgrundlage. An exakt dieser Stelle ist demokratischer Widerstand instrumentalisierbar, weil er im Grunde schutzlos gegen *regime-change*-Ideologeme der Machart »Make the world safe for democracy« (Woodrow Wilson) ist.

Es gibt noch eine dritte Ebene, auf der XR und IB *prima facie* Ähnlichkeiten aufweisen, nämlich die Letzte-Generation-Rhetorik. Apokalyptik ist die Versuchung, die eigene historische Rolle libidinös zu besetzen: Wir sind die Letzten, die noch handeln können. Diese Versuchung zu hinterfragen heißt nun keineswegs, den Sachverhalt abzustreiten, daß es demographisch tatsächlich nur noch in dieser jungen Generation eine autochthone Mehrheitsbevölkerung Europas gibt. Wir müssen nur um unsere Verführbarkeit und unsere mögliche Autosuggestibilität wissen. Auf der politischen Rechten ist der apokalyptische Ton eine genauso gewohnte Stimmlage wie auf der Linken. Die Generation X kennt ihn schon seit früher Kindheit allzu gut (Atomtod! Waldsterben! AIDS! Ozonloch!), um noch empfänglich zu sein. Und doch reproduzieren wir ihn selber, besonders dann, wenn die liberale Dekadenz wieder einmal besonders grausige Sumpfb Blüten treibt, die Islamisierung ihren Lauf nimmt und der große Austausch unaufhaltsam fortschreitet. Wenn Sellner in seinem *Identitär!*-Buch (2017) die letzte Chance für eine echte rechte Jugendbewegung als Massenbewegung für vermutlich in den 1990er Jahren verpaßt hält, so ruft er doch die letzten Versprengten seiner Generation auf, eine »metapolitische Spezialeinheit« zu bilden. »Aber wir dürfen uns keine Fehler erlauben. Wenn wir es vergeigen, gibt es keine zweite Chance«.

Doch, es gibt sie. Aber vielleicht sieht sie ganz anders aus. Und deshalb kommt es auf den Versuchungswiderstand an. Dieser besteht hier erstens darin, besser zu erkennen, was tatsächlich abläuft und wer und vor allem: welche Kräfte und Prinzipien hinter der Oberfläche die Fäden ziehen, und zweitens darin, der Versuchung zu widerstehen, in einem von übergeordneter Stelle inszenierten Verblendungszusammenhang mitzuspielen.

2. Okkulte Symbole, Täuschung und Offenbarung

Die »Extinction Rebellion« ist ästhetisch und ideologisch anders als *Fridays for Future* (FFF) konzipiert. Daß XR unangenehm auffällt gehört zur Akzelerationsstrategie: Extremisten vorzuschicken, um auszuloten, wie weit der revolutionäre Umbau der Demokratie gehen kann und welche Geschwindigkeit gerade noch tolerabel ist. Dann: die Mainstreammedien bedenklich das Haupt wiegen lassen – und weitermachen mit dem nächsten Schritt der Eskalation, parallel dazu stetig die Grenze zwischen Politik (*regime change*), Kunst (okkulten Inszenierung) Religion (Apokalyptik) weiter verwischen.

Postmoderner (d.h. massenmedial abgelutschter, dafür aber um so hilflosere Wesen umgarnender) Okkultismus spielt an dieser Stelle eine große Rolle. Die Performance-Künstlerin Marina Abramovic verbindet Klimakatastrophenpanik, politische Kunst und zur Schau gestellten Satanismus. Zur Biennale des vergangenen Jahres schuf sie ein klimapanisches VR-Spiel mit dem Ziel, Bewußtsein und Energie der Spieler, besonders von Kindern, zu manipulieren. Das Auskosten von Angst und Schmerz anderer Menschen, wie es Abramovic in ihren *performances* unentwegt durchspielt, ist der psychologische Urgrund des Bösen.

Daß Kunst immer wieder mit okkulten Symbolen hantiert, ist alles andere als neu. Daß politische Bewegungen auf dieses Sinnarsenal zurückgreifen und daraus Energie ziehen, genausowenig. Gegenwärtig schießen aus den Weiten und Tiefen des Internets entsprechende Symboldeutungen

»Wir sind die letzte Generation, die noch etwas ändern kann.«

IB Deutschland

»Wir sind die letzte Generation, die die Krise nach abwenden kann.«

Carola Rackete,
XR Deutschland

politischer Phänomene wie die halluzinogenen Pilze aus dem Boden. Im Falle von XR lohnt sich allerdings ein genauerer Blick.

Warum werden okkulte Symbole überhaupt sichtbar gemacht? Verrät man sich dadurch nicht selber? Der interessierte Internetnutzer hat schnell heraus, daß FFF nicht nur gleich 666 ist, sondern auch weitere hobbykabbalistische Zahlenspiele ermöglicht. Daß das X grundsätzlich für Inversion, Umwertung aller Werte, das »fair is foul and foul is fair« der Shakespeareschen Hexen, steht, bedarf für einen im christlichen Abendland Sozialisierten keiner besonderen Deutungsmühe. Wenn der Schrecken aller Verschwörungsleugner, der unverbesserliche Oliver Janich, darauf kommt daß die X-Gebärde mit vor der Brust gekreuzten Armen der FFF-Demonstranten derjenigen in der Hollywood-Verfilmung von George Orwells 1984 entspricht, kann man das als »Voraussage« verstehen, oder aber einfach als Griff in den popkulturellen Selbstbedienungsladen der Symbole.

Pop-Symbole sind allerdings ihrerseits bis zum Anschlag aufgeladen mit okkulten Bedeutungen. Der Monarchfalter ist neben der Sanduhr (X im Kreis) und dem Totenkopf das wichtigste Symbol von XR. Die Monarchfalter sterben aus, ihr Abbild eignet sich also als Oberflächensymbol für den Kampf gegen das Artensterben, doch eine tiefere Symbolebene deutet auf ein berüchtigtes frühes Gedankenkontrolle-Programm der CIA – »Monarch Mind Control«.

Das soll nun nicht heißen, daß die Teilnehmer von XR allesamt Opfer eines systematischen Gedankenkontrollprogramms sind. Es kann viel offensichtlicher, viel simpler sein: sie sind fasziniert von einer dargebotenen Rebellionsmöglichkeit »gegen das System«, und indem dieses Faszination über uralte Machtsymbole läuft, läuft auch immer die gesamte Bedeutung dieser Symbole mit, egal, ob dies dem einzelnen Teilnehmer aus Wien, Wuppertal oder London klar ist. Die Schöpfer der XR-Bewegung jedenfalls wußten, wo sie nachschauen müssen im kulturellen schwarzmagischen Arsenal.

Wer älter als, sagen wir, 14 Jahre ist und gut gesättigt mit allem Popkulturbilderschrott, braucht mehr Thrill als Hüpfen für das Klima in der Regenbogenwelt bei FFF. Er ist angezogen vom Nimbus des Gefährlichen, inklusive Fragebogen, ob er bereit wäre, für XR ins Gefängnis zu gehen. Vor allem aber gibt es hier medial gut vorgekauften postmodernen Okkultismus: filmreife Prozessionen in blutroten Gewändern, Schnabelmasken, Nachstellen von Ritualmordszenen, Todeskultelemente, Schamanismus, Gehirnwäsche. Damit ist eine Jugend zu ködern, die so konsumgesättigt ist wie nie, so medienabgebrüht und so metaphysisch obdachlos ist wie nie, damit aber: so begehrt, bedürftig, schutzlos wie nie. Das Beste an der Jugend: ihre Fähigkeit zu gesteigertem Enthusiasmus und ihr Überlebens- und Freiheitstrieb, verdankt sich der nämlichen Macht wie das Übelste an der Jugend: ihre Triebhaftigkeit, Verführungssucht und ihr Hang zur Masse.

Okkulte Symbolik ist Ausdruck von Macht. Wer die Symbole offen herzeigt, spielt mit dieser Macht: jeder kann sie sehen, nicht jeder kann sie erkennen. Wer sie erkennt, erfährt sich entweder als Teil der von ihnen ausgehenden Macht oder als ihr Gegner, jedenfalls aber als diffus »Eingeweihter«. Die Frage, ob nicht XR mit derartig viel Symbolballast zuviel »verrät«, falls die genannten okkulten Bedeutungen denn wirklich auf die korrespondierenden Hintergründe verweisen, läßt sich beantworten: Nichts ist eine bessere Täuschung als die Offenbarung.

Dies gilt nicht nur für die »verborgenen« Symbole, sondern auf ganz ähnliche Weise für die beiden anderen Operationsebenen von XR: Die Demokratie wird am offenen Herzen umoperiert, die eliminatorische Konsequenz angekündigt, das Ende der Vorherrschaft des klimatoxischen weißen Menschen offen eingefordert. Die Karten liegen dank des Internets alle auf dem Tisch, keiner kann sagen, er hätte sie nicht gesehen. Doch genau diese Offenbarung der Forderungen und Methoden, selbst der »okkulten«, ist die geistige Hürde.

Das Ziel von XR ist, politisch das letzte Aufgebot zu beschwören und als vorausgeschickte außerparlamentarische Bewegung alternativlose globale Maßnahmen einzuleiten, und nicht, dem unausbleiblichen Weltuntergang schockstarr entgegenzusehen oder in ernsthafter Weise so zu leben, daß man auf den Tag des Herrn vorbereitet ist. Weltliche Apokalyptik wird zum Ersatz für die biblische Offenbarung und entkoppelt auf diese Weise die menschliche Existenz vom politischen Zukunftsplan, indem sie so tut, als ginge es um die menschliche Existenz.

3. Geschichtsmanagement

Von »Geschichtsmanagement« (Stephan Siber) kann man sprechen, wenn ein vorausgesagter geschichtlicher Ablauf durch eigenes Agieren vorangetrieben wird, damit dann die eigene Voraussage bestätigt werden kann. Es handelt sich also um die bewußte manipulative Form der selbsterfüllenden Prophezeiung. Da die Geschichtsmanager nun aber nicht allein über die rhetorische Überzeugungskraft der »schriftstellerischen Prophezie« verfügen, sondern auch in die öffentliche Meinung eingreifen bzw. diese überhaupt erst als veröffentlichte Meinung generieren, können sie in einem ersten Schritt Katastrophenszenarien heraufbeschwören, um diese dann im zweiten Schritt zum Wohle der Weltbevölkerung zu verhindern.

Apokalyptik ist Ersatz für die eigentliche Offenbarung. Im Griechischen heißt *apokálypsis* nichts anderes als: Offenbarung. Rüdiger Safranski begann kürzlich einen bemerkenswerten Vortrag in der Stuttgarter Philharmonie mit Novalis: »Wenn Gott verschwindet, regieren die Gespenster«, nämlich, fuhr Safranski fort, die Gespenster der Ersatzreligionen. Für Ersatzreligiöse werde alles mögliche mit religiöser Bedeutung aufgeladen. In der Wissensgesellschaft werde eben nicht besonders viel geußt, sondern besonders intensiv geglaubt: »Über die Klimakatastrophe reden wir wie einst über die Apokalypse«.

»Die Erhitzungskatastrophe ist für uns hierzulande (noch) keine reichend sinnlich greifbare Wirklichkeit«, droht der Theologe Jürgen Manemann, der vom Katholizismus zur »Extinction Rebellion« konvertiert zu sein scheint. In einer XR-Broschüre führt er aus: »Viele Menschen werden den Temperaturanstieg nicht überleben. Die eintretenden Katastrophen werden gesellschaftliche Eruptionen und die Gefahr des Aufkommens autoritärer Regime, Faschismen und Totalitarismen nach sich ziehen.«

Das ist Geschichtsmanagement pur. Die Warnung vor »autoritären Regimen, Faschismen und Totalitarismen« ist der Vorwand, mit dem von eigenen durchaus autoritären Tendenzen und der Errichtung totalitärer Weltrettungsstrukturen abgelenkt wird. Wie käme man denn darauf, XR für totalitär zu halten, warnten doch gerade sie so eindringlich vor dergleichen! Auf ihrer Internetseite fordern sie derweil: »Wir schaffen das nur gemeinsam. In der größten Gruppe, die wir vereinen können: uns alle. No shaming, no blaming einzelner Menschen, wir sind alle Teile dieses toxischen Systems, das wir gemeinsam überwinden müssen«.

Die Verfahrensträgheit der Demokratie ist nicht der einzige Grund, sie umzuschaffen. Der Grüne Robert Habeck folgert aus der Geschwindigkeit von Turbokapitalismus, Digitalisierung und Klimawandel, daß die Demokratie durch Steuerung gerettet werden müsse. China macht es vor. Annemarie Botzki, Mitgründerin von XR Deutschland, verlautebarte, XR wolle »die Demokratie erweitern«, um »die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden«. Die Bewegung beschreibt ihr Vorgehen ganz offen in einem vierschrittigen Manipulationsverfahren (Botzki: »die öffentliche Meinung bildet sich erst«), das fatal an das Phasenmodell von Kurt Lewin nach dem Zweiten Weltkrieg zur *re-education* der Deutschen erinnert. Lewins Phase 3 dient dem Verfestigen der »Umgewöhnung« der Gruppe, der neue Prozeß müsse sich vollständig einpassen und ganz natürlich »dazugehören«.

Bei XR heißt die vierte Phase »Handeln« und liest sich so: »Das Handeln: Die revolutionäre Wandlung beginnt. Alte normative Vorstellungen und ihre Träger*innen verlieren an Zustimmung. Neue Regelwerke werden von den Gesellschaften aufgezeigt und schließlich kommt es zu neuen Verhaltens- und Gefühlsmustern.«

Wenn es stimmt, was Solé und Chamberlain über Herrschaftsanspruch, Revolution und Apokalyptik geschrieben haben, haben wir es heute mit einer geradezu exemplarischen historischen Situation zu tun. Die Frage nach der Weltherrschaft, der Neuen Weltordnung, steht an. Ein paar exponierte »Klimaschutz«-Aktivisten, deren baldiges Erlahmen schon herbeigeschrieben wird, haben die Funktion, Absichten zu offenbaren, die dann auf höherer Ebene der Macht durchgesetzt werden können: Es kann ja gar nicht sein, daß das, was diese Extremisten da aufgeführt und angedroht haben, Realität wird. Eine zugleich soziale und religiöse Revolution wird vorbereitet. Um es zum Schluß apokalyptisch auszudrücken: es wird alles offenbar. ■

»Wenn Geschichtsdeterminismus ein Macht-, Propaganda- und Disziplinierungsmittel ist, dann ist es eine Frage des demokratischen Bürgersinns, ihm zu mißtrauen. Bereits die stereotypen Phrasen, in die die politischen Entscheidungsträger (und -vollstrecker) ihrer Botschaft kleiden, müssen den Verdacht wecken, hier werde gelogen. Tatsächlich wird aber gar nicht gelogen, jedenfalls nicht im strengen Sinne des Wortes. Im Gegenteil, unsere Regierenden sagen mit erstaunlicher Offenheit, wie die NWO aussehen soll. Aber man muß sie dechiffrieren können und dazu auf ungewöhnliche Weise hinhören.«

Manfred Kleine-Hartlage: *Neue Weltordnung. Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?*, Schnellroda 2012, S. 13

Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung

von Benedikt Kaiser

Rechte Binnentheorie erreicht kein breites Publikum. Wer sich mit ihr beschäftigt, stößt aber fast sicher auf den wenig bekannten, aber stark polarisierenden Dominique Venner, der sich am 21. Mai 2013 öffentlichkeitswirksam am Altar der mittlerweile ausgebrannten Kathedrale Notre-Dame in Paris erschoss. In Deutschland pflegt der Jungeuropa Verlag Venners Werk. Dort erschien 2017 die deutsche Erstveröffentlichung des Plädoyers *Für eine positive Kritik* aus der Feder Venners, ein Text aus dem Jahr 1962. Venners Leitlinien und Maximen für die Elitenbildung einer neuen Rechte scheinen im Widerspruch zu ihrem derzeitigen Zustand zu stehen: Vor allem in Deutschland konzentriert man sich seit einigen Jahren im Kielwasser der AfD auf quantitatives Wachstum. Ebenso widersprüchlich ist der Umstand, daß Venners Postulat der Notwendigkeit einer unverkennbaren »revolutionären politischen Doktrin« in Widerspruch zu ideologisch integrierenden »Mosaik«-Bemühungen der Neuen Rechten stünde (vgl. *Sezession* 77). Beide Einwände gegen die Vereinbarkeit von (theoretischer) Venner-Rezeption und (praktischem) Handeln müssen im Zuge einer Revision der mosaikrechten Theorie und Praxis geprüft werden.

Die Debatte um Venners Thesen muß vor dem Hintergrund des Jahres 2015 geführt werden. Die nicht erfolgte Grenzschießung durch die bundesdeutsche Regierung und die Krise in Permanenz haben die Resonanzräume der dissidenten Rechten erweitert. Das Ausgreifen einer grundsätzlich alternativen politischen Strömung auf bis dato apolitische oder bürgerlich-patriotische Kreise verlief indes primär auf quantitativer Ebene. Das zahlenmäßige Wachstum der Mosaik-Rechten beinhaltete oftmals keine qualitative Kategorie. Der »Kooperationsverbund kritischer Kräfte« (Hans-Jörg Urban), als welcher das arbeitsteilige heimatorientierte Mosaik aus Partei, Periodika, Jugendgruppen und anderen Außerparlamentariern personellen Zuwuchs erfuhr, blieb zu oft eine Ansammlung kritischer Kräfte ohne Ambitionen, über die Ablehnung der Merkel-Ära hinauszudeuten. Selbst der migrationskritische Grundkonsens, der sogar sehr unterschiedliche Akteure zusammenfügen kann, wurde wiederkehrend als »islamkritischer« oder gar neokonservativ-islamfeindlicher Grundkonsens – explizit auch durch mediale Multiplikatoren der Szene – fehlgedeutet (wobei noch nichts über andere schwerwiegende Differenzen gesagt ist!). Viele »Neuzugänge« und seit 2015 Politisierte sind vor allem empört über die Massenmigration, den »Refugees Welcome«-Wahn, die Gender-Ideologie, vernachlässigen aber inhaltliche Arbeit. Außerdem liegt die Notwendigkeit der breitestmöglichen Kräftenammlung des »patriotischen Lagers« auf der Hand.

Dominique Venner nun stellte 1962 die These auf, daß ohne die gründliche und mobilisierende Theorie einer selbstbewußten Elite eine spürbare Richtungsumkehr von Zeittendenz und gesellschaftlichem Zu-

»Sätze wie in Stein gemeißelt – das ist Dominique Venners *Für eine positive Kritik*. Der begnadete Geschichtsdenkler, der diese Schrift im Jahr 1962 unter dem Eindruck der gescheiterten Revolutionsversuche von rechts in Frankreich veröffentlichte, sah das Fehlen einer weltanschaulichen Durchdringung der »Nationalen« als Knackpunkt der eigenen Schwäche. Vielmehr bedürfte es einer Doktrin, »die überzeugend die Ursachen der westlichen Dekadenz« erkläre und so »den Aktivismus in überlegte Bahnen lenken könne.«

Sebastian Pella: »Geburtsstunde der Neuen Rechten« (Rezension), in: *Sezession* 79 (August 2017), S. 66.

stand unmöglich sei. Leiden deshalb jene, die sich auf Venners Frühwerk berufen *und zugleich* die vielfältige und mitunter »populistisch« operierende Mosaik-Rechte gestalten, an politischer Schizophrenie?

Die Beantwortung dieser Frage setzt voraus, daß die Dimensionen geklärt sind. Es gibt eine handlungsorientierte Ebene, welche Struktur, Formalitäten und Organisatorisches umfaßt. Diese Ebene ist die Primärebene der Mosaik-Rechten. In der *Sezession* führte ich 2017 – parallel zur Venner-Veröffentlichung – einiges zur Thematik aus, und spätestens mit dem eindringlichen Hinweis, daß es darum gehe, in Richtung »einer breiteren Bewegung zu wirken, die aufgrund ihrer Vielfalt (Denkfabriken, Periodika, Jugendbewegungen usw.) als ›Mosaik-Rechte‹ zu bezeichnen ist«, sollte deutlich werden, daß die Mosaik-Struktur als Teilchenstruktur vor allem anderen ein Netzwerk der effektiven, solidarischen Arbeitsteilung darstellen muß – und weniger eine einheitliche *inhaltliche* Stoßrichtung verkörpert. Mit der erstmaligen flächendeckenden parlamentarischen Präsenz einer Wahlpartei des rechten Lagers in der BRD wurde diese Klarstellung nötig, da das Verhalten aller Rechtsparteien im deutschsprachigen Raum – die FPÖ bietet das beste Beispiel – belegt, daß zu viele Parteileute parlamentsgläubig auftreten und ein außerparlamentarisches Umfeld und Vorfeld für überflüssig halten. War die Mosaik-Metapher also auch dafür gedacht, dem parteipolitischen Feld ein politiktheoretisches und -strategisches Update zu verpassen, so hatte sie *zusätzlich* eine inhaltliche Komponente. »Es gilt«, so schloß ich 2017, »eine Rechte zu schaffen, in der viele Rechte Platz haben«. Das war eine Chiffre für Arbeitsteilung – Wirkungsfeld I des Mosaiks – und inhaltliche Heterogenität – Feld II – zugleich.

Nun gibt es zweifellos Zeiten, in denen es notwendig ist, (inhaltliche) Widersprüche auszuhalten und über die einzelnen Fraktionen hinweg die Kräfte zu bündeln. Es spricht nichts dagegen, das Feld je nach Lage zu öffnen und zu erweitern. Venner schrieb in der *Positiven Kritik*, daß »aktivistische Minderheiten keine sterilen Sekten« darstellen, denn »sie stehen in direktem Kontakt zu der Bevölkerung«. In die Gegenwart projiziert sollte diese Absage an Sektenbildung samt Aufforderung zur Volksnähe bedeuten, die Nähe zu inhaltlich Aufgeschlossenen zu suchen. Mit »2015« ist erstmals seit Jahrzehnten die Situation eingetreten, daß bis dato apolitische Menschen Abneigung zu den herrschenden Verhältnissen verspüren. Deren Unbehagen entzündet sich an Einzelfragen (Migration, Medienlügen, Merkel etc.), wobei das Verständnis der Zusammenhänge und die Beschreibungsfähigkeit in »unserem« Sinne meist fehlen. Daher wirken nicht nur genuin neokonservative (erzliberale, prowestliche, antistaatliche und kaum erreichbare) »Wutbürger« weit entfernt von der Neuen Rechten, sondern auch die große Majorität jener nun anpolitisierten Menschen, die sich noch im Vokabular des falschen Ganzen bewegen. Eine »Einigelung« auf eine »aktivistische Minderheit« (Venner) würde nicht nur den Resonanzraum, der sich im zeitgenössischen »populistischen Augenblick« (Alain de Benoist) geöffnet hat, ungenutzt lassen. Es würde auch Venners Anspruch, »Unentschlossene zu absorbieren«, unmöglich machen. Es darf ohnehin nie darum gehen, die Theorie zu »erfüllen«: Sie würde dadurch zum lähmenden Dogma.

Die große, zeitbedingte Aufgabe des gesamten Mosaiks und seiner Einzelsteine, Unentschlossene und Anpolitisierte zu erreichen und einzubinden, macht es demnach erforderlich, inhaltliche Widersprüche zuzulassen und ideelle Vielfalt zu ermöglichen. Nur so können unterschiedliche Akteure unterschiedliche Zielgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunktlegungen, Begriffen und Inhalten erreichen. Aber zugleich, und das ist die Herausforderung, die das Politische ebenso wie die menschliche Geschichte mit sich bringt, darf keine weltanschauliche Beliebigkeit eintreten.

Das Problem, das Venner vor 60 Jahren beschrieb, wonach die »Aktivisten ihre gemeinsamen Vorfahren und Vordenker« nicht mehr kennen, wonach »ihre einzige Gemeinsamkeit negativer Natur« ist, wonach die »Wörter, die sie verwenden«, »unterschiedliche, teils gegensätzliche Bedeutung haben« – all das gilt heute, in einer Zeit der Auflösung aller Gewißheiten und der notorischen Pervertierung ganzer Begriffswelten (originäre Antifaschisten als »Linksfaschisten«, Muslime als »neue Nazis«, der Staat als »Moloch«, Linksradikale als »rote SA«, EU-Apparat als »EUdSSR«, kapitaltreue Christdemokraten als »Linksgüne« etc.), um so mehr. Es gibt nun zwei Optionen.

»Dieses Mosaik müßte getragen sein von der Überzeugung, daß parlamentarische und außerparlamentarische Akteure mit nicht hintergehbarem Bezug auf ein inhaltlich Einendes bausteinartig ein Gesamtmilieu abbildeten, bei dem jeder in seinem Beitrag mit den dort typischen Verhaltens- und Aktionsweisen agierte, die organisationskulturelle Autonomie des Bündnispartners aber akzeptierte. (...)«

Benedikt Kaiser: »Mosaik-Rechte und Jugendbewegung«, in: *Sezession* 77 (April 2017), S. 46f., hier 46.

»Dominique Venner war überzeugt, daß Europa eines Tages aus seinem »Winterschlaf« erwachen werde. Im Gegensatz zu vielen Leuten, die wir kennen, lehnte er den Pessimismus und mehr noch den Fatalismus ab. Er war gleichermaßen weit entfernt von der Ideologie des Fortschritts (Aufklärung) wie jener des Verfalls (Spengler oder Evola). Die große Lehre, die er aus seinen historischen Betrachtungen gezogen hatte: daß die Geschichte immer offen ist. Die Geschichte sei unvorhersehbar, wiederholte er oft. Um ihn zu necken, wies ich ihn darauf hin, daß, wenn die Geschichte unvorhersehbar sei, man auch nicht ausschließen könne, daß sie uns das denkbar schlechteste Ergebnis vorbehalten habe ...«

Alain de Benoist: »Dominique Venner – Erinnerungen anlässlich seines ersten Todestages«, in: *Sezession* 61 (August 2014), S. 34–36, hier 36.

Entweder man stößt die »2015er Gefallenen« pauschal ab, weil man deren von klein auf verinnerlichte »Sprache der BRD« (Manfred Kleine-Hartlage) für so folgenschwer hält, daß eine Korrektur nicht möglich erscheint. »Die wenigen wertvollen Elemente«, mahnte ja Venner, würden »gelähmt von den Verrückten, die sie umgeben«.

Diese erste Option korreliert mit dem Anspruch der Elitenbildung Venners, stößt sich aber an seinem ebenso formulierten Anspruch, breite Schichten eines Volkes durch arbeitsteilige Ansprache und Organisationsarbeit zu erreichen. Gerade heute ist, mit Venner formuliert, »nicht die passende Gelegenheit, um dem Purismus zu verfallen«. Überdies erscheint diese Option in ihrer Pauschalität unangemessen, weil 2015 nicht nur ins Neokonservative neigende »Boomer« und andere Verhaltenslibertäre politisiert wurden, sondern darüber hinaus auch zahlreiche Menschen mit Leistungsvermögen und erwiesenem Realitätssinn, die auf schrilles Auftreten verzichten und daher oftmals unter dem Radar bleiben.

Es empfiehlt sich folglich die zweite Option, namentlich der Versuch einer – gewiß weiterhin auf schmalen Grat verlaufenden – Synthese samt zeitgemäßer Weiterentwicklung beider Venner-Ansprüche: Elitenbildung (intern) und quantitatives Maximalwachstum (extern).

Bilanziert man die Standortbestimmung der Mosaik-Rechten im ausgehenden Jahr 2019, werden elf Eckpfeiler deutlich:

1. Der zeithistorisch notwendig gewordene Formierungsprozeß der Mosaik-Rechten seit 2015 folgt keiner linearen Entwicklung, sondern kennt neben Fortschritt und Erfolg auch Rückschläge. Interne Konflikte sind kaum zu vermeiden. Dabei darf nie vergessen werden, daß jedes politische Mosaik »den Bezug auf ein allen Gemeinsames, aus dem allein die Bindekraft des Mosaiks sich bilden kann«, benötigt (Peter Jehle). Die strömungsübergreifende identitätsstiftende Klammer unseres Mosaiks ist das Bekenntnis zum Eigenen, die Akzeptanz des Vorrangs eines »Wir« und die Gegnerschaft zu individualistischen Ideologien samt ihrer Praxisresultate.

2. Wer diesen kleinsten gemeinsamen Nenner der Mosaik-Rechten annimmt, bestätigt zugleich, daß eine gegenseitige Anerkennung als Schritt zur Politikfähigkeit vonnöten ist. Diese Anerkennung beinhaltet, daß auf einen übertriebenen (weil überambitionierten) »Vereinlichungsanspruch« (Hans-Jürgen Urban) verzichtet wird, obschon der Spagat gelingen muß, die Zentrifugal- und damit Spaltungskräfte nicht frei obwalten zu lassen. Ein »organisierendes und orientierendes Zentrum« (Wolfgang Fritz Haug) der Mosaik-Struktur ist zwingend erforderlich; nur darf es keine kritikresistente Schaltstelle sein.

3. Das Organisation vermittelnde und Orientierung spendende Zentrum kann im Zweifelsfall das Wachstum des Mosaiks einschränken. Nicht jeder Stein paßt ins Gefüge, nicht jede Farbe paßt ins Bild. Wenn die Kohäsion oder Bindekraft des gesamten Aufbaus in Gefahr ist, kann die Trennung von einem Mosaikstein unumgänglich werden. Es ist die Aufgabe des Zentrum, Vermittlungsschritte dort zu entwickeln, wo es sinnvoll ist, und eine Trennung zu beschleunigen, wo es unvermeidlich erscheint. Kraß abweichende Meinungen zum eingangs skizzierten kleinsten gemeinsamen Nenner sowie Lebensbilder, die Hedonismus und diverse Ich-Ideologien transportieren, gefährden den aufgespannten Aktivitätsrahmen und die mühsam erkämpften Handlungsfähigkeiten.

4. Die Mosaik-Rechte wird immer als Nukleus gedacht; weitere Allianzen ihrer Einzelteile mit externen Akteuren sind möglich, aber ergeben sich nicht automatisch, sondern situativ. Ein Bündnis der gesamten Mosaik-Struktur mit außenstehenden Akteuren, mit denen es eine thematische Schnittmenge geben mag, kann temporär oder örtlich begrenzt nach einer Kosten-Nutzen-Prüfung erfolgen, ohne daß zugleich deren jeweilige Szenerie ins Mosaik integriert würde. Jeder Autor, jeder Multiplikator, jeder Aktivist der Mosaik-Struktur trägt Verantwortung, der Erosion des Gesamtwerks durch voreilige und kontraproduktive Allianzversuche keinen Vorschub zu leisten.

5. Eine entscheidende Rolle spielen bei dieser steten Bildungs-, Vermittlungs- und Sortierungsarbeit »integrierende Bewegungsinтеллектуelle« (Hans-Jürgen Urban). Sie müssen Entwicklungen antizipieren, Debatten anstoßen und auf der Höhe der Zeit Aufklärungs- und Theoriearbeit leisten. Es ist davon auszugehen, daß Gruppen, Ideen und Projekte kommen und gehen, denn »geduldiges und systematisches Bestreben wird die unterschiedlichste Gestalt annehmen« (Venner). Die integrierenden Bewegungsinтеллектуellen wirken hier als Kitt und Korrektoren zugleich; das bereits Erreichte darf von den einzelnen Bausteinen nicht gefährdet werden, ein Rückschritt in die Zeit vor 2015 wäre Zeit- und Substanzverlust; doch derlei kann sich das alternative Lager nicht leisten.

»Offensichtlich wohnt der Mosaik-Metapher eine produktive Diskursdynamik inne. Sie vermag Impulse aus den realen Widerstandsbewegungen aufzunehmen und sie zugleich in die Bewegungen zurückzusenden.«

6. Vor ihrer Neujustierung im Rahmen des Mosaiks war die politische Rechte der Bundesrepublik Deutschland aus internen wie externen Gründen isoliert von relevanten politischen Prozessen. Die Mosaik-Rechte des frühen 21. Jahrhunderts ist nun angesichts der Lage, die neue Resonanzräume schuf, der ambitionierte Versuch, ein handlungsfähiges, arbeitsteiliges, weltanschaulich profiliertes und authentisches Milieu aufzubauen. Es ist, in den Worten Venners, »eine Arbeit des langen Atems – ohne Glanz und Gloria, ohne Ruhm. Doch einzig und allein diese Form des Aktivismus ist wirksam«. Das gilt 2019ff. um so mehr.

Hans-Jürgen Urban: »Vorlauf zu einem HKWM-Artikel ›Mosaik-Linke‹«, in: *Das Argument* 331 (1/2019), S. 19–32, hier 28.

7. Die Mosaik-Struktur ist weder ein rein theoretisches Projekt noch ein exklusiv praktisches. Was zählt, ist der fortwährende Versuch, Anstöße und Lehren aus der politischen Praxis in die eigene Theorie zu integrieren und – im stetigen Wechselspiel – der Praxis ein Fundament aus der politischen Theorie zur Verfügung zu stellen. Das schließt ein Weiterarbeiten an Begriffen und Inhalten, an Strategien und Taktiken ebenso ein wie die Akzeptanz der Möglichkeit des Scheiterns.

8. Bei allen grundsätzlichen Fragen nach der Mosaik-Rechten und entsprechenden Korrekturen an ihrer Gestalt wird dabei vorausgesetzt, daß ebendiese Mosaik-Rechte nicht am Reißbrett planbar ist. Alle Überlegungen können und werden durch die Realität – gewissermaßen: »organisch« – modifiziert. Dies ist eine Konstante.

9. Die mosaikrechte Struktur (und damit auch die Kritik an ihren Unzulänglichkeiten) ist ein Kind dieser Zeit, das man argwöhnisch beäugen darf. Doch angesichts der sozialen und politischen Zustände, die uns umgeben, wäre das Versäumen des Versuchs einer effektiven Mosaik-Rechten unterlassene Hilfeleistung und mindestens unverantwortlich. Es mangelt bis dato an praktikablen Gegenvorschlägen; eine *positive Kritik* unserer Tage wurde noch nicht verfaßt.

10. Hauptproblem und größte Chance zugleich ist einer ihrer Hauptakteure: Die Mosaik-Rechte verfügt mit der AfD nämlich über einen übergroßen Baustein, der in sich so heterogen ist, daß sich eine Generallinie noch nicht abgezeichnet hat (was die Arbeit mit und an ihm insofern erschwert, als daß man noch keine gemeinsame Sprache spricht). Parlamentarische Akteure müßten von nichtparlamentarischen Kräften lernen, wie man arbeitet, ohne permanent ein Getriebener der Gegner zu sein; wie man eine fruchtbringende Dialektik aus Stabilität (der eigenen Personen und Strukturen) und Freiheit (des eigenen Tätig-Seins und der eigenen Gestaltungshoheit) zustande bringt; wie man sich Ruhepunkte in Unruhesituationen aneignet; wie man das Zusammenspiel aus Vorfeld, Umfeld und Partei zu einer Erfolgsgeschichte verdichten kann.

11. Die entsprechende grüne Durchdringung der Gesellschaft ist eben, um ein aktuelles Beispiel anzuführen, kein Triumph einer Bundestagsfraktion oder einer Vielzahl von Landtagsfraktionen; die grüne Durchdringung ist das Resultat einer arbeitsteiligen Effektivität im metapolitischen Feld. Diese Lehre muß dem übergroß werdenden Baustein der Mosaik-Rechten vermittelt werden, damit eine spätere, allfällige Destruktion des außerparlamentarischen Netzwerks durch parlamentarische Akteure unmöglich wird – von der FPÖ und ihrem kolossalen Irrweg lernen, heiße in diesem Kontext siegen lernen, oder zumindest: Fehler vermeiden. ■



Wenn Liberale zur Rettung des liberalen Weltbildes zu Illiberalen werden

von Eva-Maria Michels

Kopftuchverbot, ja oder nein? Um diese Frage herum ist in der AfD und in AfD-nahen Kreisen eine heiße Diskussion entbrannt, seit der Aachener Ratsherr Markus Mohr den Beschluß des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen zu einem Kopftuchverbot auf seiner FB-Seite kritisierte. Insbesondere das bürgerlich-liberale Lager, das diese Maßnahme seit langem fordert, ist aufgebracht und sieht in Mohr einen Islam-Appeaser und -Apologeten. Für die Bürgerlichen ist die Bekämpfung des Islam im Namen von Demokratie, des Grundgesetzes, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit, Menschenrechten und individueller Freiheit, kurz den sogenannten westlichen Werten, die vorderste Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Die Realität ist für sie binär: hier der »gute«, das heißt fortschrittliche und liberale Westen, dort die »böse«, das heißt reaktionäre und rückständige islamische Welt.

Doch die bürgerliche Wahrnehmung verwechselt Ursache und Wirkung: Es ist nicht der Islam, der Europa in die Sackgasse geführt hat, sondern es sind die »westlichen Werte«. Nicht die islamische Zivilisation ist objektiv stark und deshalb eine Gefahr, sondern sie ist nur im Vergleich zur europäischen Schwäche stark. Europa ist schwach, seit die »westlichen Werte« das Gemeinwesen unterwandert und Europas kulturelle und zivilisatorische Basis, das Christentum, zerstört bzw. pervertiert haben. Selbstverwirklichung und Hedonismus sind an die Stelle von Verantwortung und Maßhalten getreten, billiger Konsum hat Kultur und Bildung abgelöst, der Wunsch nach absoluter Gleichheit verleugnet objektive Unterschiede, Wahrheit wird relativ und verhandelbar, das Festhalten an ihr gilt als diskriminierend und extremistisch, der Wohlfahrtsstaat verwandelt Nächstenliebe in Fernstenliebe, Menschenrechte und Demokratie sind als Zivilreligion an die Stelle des Christentums getreten. »Westliche Werte« sind ein emanzipatorisches, linkes Konzept, das das Wertegerüst der Gesellschaft auf den Kopf gestellt hat: Was einst »gut« war, ist nun »böse«, und was »böse« war, gilt nun als »gut«, oder zumindest als für jemanden anderes »gut« und somit gutzuheißen.

Jede Religion, die solch einen Werterelativismus ablehnt, muß zwangsläufig mit »westlichen Werten« in Konflikt geraten, um ihre Glaubensdogmen zu schützen.

Das Ziel hinter der Werteverkehrung durch »westliche Werte« ist die Emanzipation des Menschen von der natürlichen Ordnung, von seiner Natur und von Gott. Der Mensch soll nicht mehr das Geschöpf sein, dem der Schöpfer, Gott, einen Platz innerhalb der natürlichen Ordnung zugewiesen hat, sondern er soll durch die Verabsolutierung seiner individuellen Freiheit selbst zum Schöpfer werden. Dieser sich selbst vergötzende neue Schöpfer-Mensch duldet keine Schranken mehr und setzt sich über etablierte moralisch-sittliche Grenzen hinweg. Die Folge ist die Auflösung der natürlichen Ordnung und aller ihr untergeordneten Ord-

Westliche Werte:

»Die moderne Welt ist voll von christlichen Tugenden, die verrückt geworden sind, weil sie voneinander getrennt wurden und nun alleine umherschweifen«

G.K. Chesterton: *Orthodoxie. Eine Handreichung für die Ungläubigen*, Frankfurt a.M. 2000.

◀ *Straßenszene in Sarajevo 1940.*

nungssysteme. Eine Abwärtsspirale mit revolutionärer Zerstörungskraft setzt sich dadurch in einer Gesellschaft, die den »westlichen Werten« huldigt, in Bewegung:

- ◆ Die Emanzipation der Frau führt zu sinkenden Geburtenzahlen und zur Familienauflösung, weil die Frau nicht mehr ihre biologische Rolle als Mutter annehmen will. Die Kinder sind auf sich selbst gestellt, in ihrer emotionalen Entwicklung beeinträchtigt, als Erwachsene haben sie Bindungsschwierigkeiten, was die Familie als Institution weiter schwächt und die Geburtenrate weiter senkt;
- ◆ durch den Kampf der Feministinnen werden die Männer in ihrer männlichen Identität verunsichert. Auch dadurch wird die Familie geschwächt und die Geburtenrate reduziert.
- ◆ LGBT und Gender dekonstruieren biologische Realitäten und verhindern die Herausbildung einer gesunden Geschlechteridentität, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Die Institution Familie wird geschwächt, die Geburtenrate reduziert.
- ◆ Spaß und Vergnügen werden zu Lebenszielen erhoben und machen aus dem Menschen zugleich einen Konsumnomaden und ein austauschbares Konsumprodukt. Übermäßiger sexueller und Güterkonsum und Kurzzeitbefriedigungen überlagern den Wunsch nach Familie und Kindern, wodurch wiederum die Familie geschwächt und die Geburtenrate reduziert wird.
- ◆ Das Bildungssystem wird im Namen von Demokratie und Selbstbestimmung regelrecht massakriert. Dadurch wird die historische Kontinuität zwischen den Generationen und der Geschichte eines Volkes unterbrochen. Es gibt keine positiven Identifikationsmöglichkeiten mehr, der Mensch wird dekulturnalisiert und entwurzelt. Er ist allein.
- ◆ Der Wohlfahrtsstaat übernimmt die Rolle des Erziehers und propagiert »westliche Werte«. Geschwächte Familien haben dem keinen Widerstand entgegenzusetzen. Dadurch wird der familiäre Einfluß weiter zurückgedrängt, die vom Staat propagierten »westlichen Werte« booten familiäre Tradition, Religion, Bildung aus. Der Mensch kann der Dekulturnalisierung und Entwurzelung nicht entfliehen und ist allein.

Westeuropas und Deutschlands Gesellschaft befindet sich aktuell in dieser destruktiven Abwärtsspirale, in die sie sich freiwillig und ohne Zwang hineinmanövriert hat. Alle Institutionen, die als gesellschaftlicher Kitt fungierten wie die Nation, die Kirchen und die sozialen Stände, sind ein Trümmerhaufen, die Masse der Menschen ist familiär und kulturell entwurzelt und stolpert kinderlos vergreisend und ziellos durchs Leben. Diese moralische Schwäche der westlichen Gesellschaft wird immer stärker auch von einer demographischen überschattet. Linke und Liberale sehen jedoch diese Problematik nicht. Für sie ist die Zerstörung der alten Strukturen und Bande ein Zeichen von Fortschritt und Freiheit.

In der Beurteilung des Islam unterscheiden sich Linke und Liberale jedoch. Während für Linke der Islam in allen seinen Schattierungen multikulturelle Folklore ist, deren unangenehme Folgen mit der Lösung der »sozialen Frage« von selbst verschwinden werden, stören sich Liberale daran, daß sich die Muslime nicht den »westlichen Werten« unterwerfen wollen. An die Universalität dieser »westlichen Werte« glauben beide mit dem religiösen Eifer von Missionaren. Sie stehen damit in der Tradition der antiklerikalen Linken des 19. Jahrhunderts, die einerseits als Imperialisten den »Wilden« Afrikas und Asiens die Zivilisation bringen wollten und andererseits zu Hause gegen Katholizismus und traditionelle Volksfrömmigkeit einen gnadenlosen Kulturkampf führten. Den Beginn der zivilisierten Menschheitsgeschichte datieren sowohl Liberale wie auch Linke auf 1789. Mit Ausnahme der griechisch-römischen Antike ist alles andere Finsternis und kulturelle Wüste. Sie selbst aber fühlen sie dazu berufen, Licht in die dunkle Welt aus Ignoranz und Unwissen zu bringen und im Sinne ihrer Ideologie zu herrschen. Liberale und Linke haben damit ein sehr elitäres Weltbild und sind religiöse Fanatiker ohne Gott. An dessen Platz setzen sie den menschlichen Verstand und die »Weisheit« ih-

»Der Mensch ist das Maß der Wirtschaft, das Maß des Menschen aber ist sein Verhältnis zu Gott. Wo diese Letztverankerung schwindet, entsteht die geistig-moralische Zwergwuchsrasse, die sich willig, ja freudig, weil erlöst, zum Rohstoff des modernen kollektivistisch-totalitären Massenstaates gebrauchen läßt.«

Wilhelm Röpke, 1958.

res laizistischen Staates, dessen Gesetze die oberste moralische und gesetzliche Instanz für alle Menschen sein müssen. Für Religion ist grundsätzlich kein Platz in ihrem Weltbild. Religiöse Dogmen und Traditionen sind in ihren Augen etwas für geistig minderbemittelte Hinterweltler, die noch nicht in den Genuß der Aufklärung gekommen sind. Diese Art von radikalem Laizismus halten Liberale und Linke für wertneutral und tolerant. Sie wollen nicht wahrhaben, daß die Negation des Glaubens ebenfalls ein Glaubensbekenntnis ist und daß sie dem Staat totalitäre Befugnisse über den Menschen einräumen.

Dieses totalitäre Staatsverständnis steht dem traditioneller Rechter diametral entgegen. Rechte erkennen eine natürliche Ordnung an, in der es eine vertikale Hierarchie gibt. Sie verweigern sich jeder Gottspielerei und sehen den Sinn von Herrschaft in der Bewahrung der natürlichen Ordnung, damit sich jeder Mensch entsprechend seiner Fähigkeiten entfalten kann. Für Rechte ist es nicht Aufgabe des Staates, das Wertesystem der Menschen zu beeinflussen, darüber zu herrschen oder durch gestalterische Eingriffe eine andere Ordnung als die sich natürlich ergebende zu schaffen. Seine Aufgabe besteht einzig darin sicherzustellen, daß die individuelle Freiheit eines Menschen dort aufhört, wo die eines anderen Menschen anfängt. Indem sich der liberale Ordnungsstaat (auf die historische Monarchie gehe ich nicht ein) auf die Durchsetzung dieses elementaren Rechts beschränkt, ist er im Gegensatz zum liberal-laizistischen Staat neutral. Er konkurriert nicht mit Religionen und überläßt die Regelung zivilrechtlicher Angelegenheiten weitestgehend den einzelnen Konfessionen und ihren Gesetzen. Auf diese Weise entspannt er Konflikte, die der liberal-laizistische Staat überhaupt erst schafft.

Liberale Laizisten und das Gros der Deutschen verstehen nicht, was Glaube für einen religiösen Menschen bedeutet. Weil Gesellschaft und Staatskirchen die »westlichen Werte« umarmt haben, herrscht ein im großen und ganzen störungsfreier Waffenstillstand zwischen Christentum und »westlichen Werten«. Es gibt nur noch sehr vereinzelt Christen, die die moralische Überlegenheit der »westlichen Werte« in Frage stellen und die moralische Legitimität des Staates insbesondere in ethischen Fragen anzweifeln. Doch sie werden, wie im Falle von Abtreibungsgegnern, als religiöse Spinner und Extremisten aus der Gemeinschaft der »Guten« ausgesperrt oder wie im Falle der christlich-mennonitischen Familien, die ihre Kinder durch Homeschooling vor staatlicher (Sexualaufklärungs-)Propaganda schützen wollen, mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft. Es ist bezeichnend, daß in diesem Fall nicht der Angriff auf die im Grundgesetz garantierte elterliche Erziehungs- und Glaubensfreiheit die Liberalen erzürnt, sondern der ethische Nonkonformismus der Eltern, die religiös-ethische Gebote höher schätzen als staatliche.

Es sind die Muslime, die den liberalen Gesinnungsstaat wirklich herausfordern, denn sie sind mehrheitlich nicht bereit, Kompromisse mit den »westlichen Werten« zu Lasten ihrer religiösen Dogmen und Traditionen einzugehen. Aufgrund ihres religiösen Analphabetentums interpretieren Liberale dies als Böswilligkeit, als Wunsch nach einer »Extrawurst«, als Integrationsverweigerung, Machtdemonstration oder als Unterdrückung von Frauen. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß westliche Gesetze und Gewohnheiten Muslime in einen existentiellen Konflikt um ihr Seelenheil bringen oder daß muslimische Eltern um das Seelenheil ihrer Töchter fürchten, wenn diese sich dem westlichen Lebensstil anpassen. Für die meisten Muslime wiederum ist der Atheismus des liberalen Lebensstils etwas Unvorstellbares, das in ihrem theozentrischen Weltbild so nicht vorgesehen ist. Und so interpretieren sie den Atheismus und die weitverbreitete Blasphemie vieler Europäer als Beweis für die Schlechtigkeit der Christen, vor der sie der Koran warnt. So wie die Muslime mit diesen »bösen« Menschen nichts zu tun haben wollen, so reagieren die Liberalen immer kompromißloser auf den muslimischen Rückzug in eine Parallelgesellschaft.

Das Kopftuchverbot ist dafür ein Beispiel. Es heizt unnötig den Konflikt an für ein Glaubensbekenntnis, das kein Sicherheitsproblem für Staat und Gesellschaft darstellt. (Burka und Nikab sind etwas anderes als der Hidschab. Doch die Verbreitung dieser Kleidungsstücke ist ebenso Folge der Globalisierung wie die der Jeans. Traditionell sind Burka und Nikab nur auf der Arabischen Halbinsel bei Wahhabiten verbreitet. Wenn sie

woanders getragen werden, ist dies ein politischer Akt.) Ob Eltern wünschen, daß sich ihre Tochter das Haar verhüllt, oder ob das ein junges Mädchen wünscht, geht den Staat genausowenig etwas an, wie das familiäre Fasten im Ramadan oder die Weigerung, Schweinefleisch zu essen. Es sind religiöse Traditionen und Gebote. Über ihre Richtigkeit können nur die Gläubigen entscheiden. Selbst wenn manche Traditionen auf Druck der Eltern durchgesetzt werden, ist dies ihr gutes Recht, denn die Erziehung obliegt ihnen und nicht dem Staat. Doch im Falle des Kopftuchs sind es häufig, insbesondere ab der Pubertät, muslimische Mädchen selbst, die durch das Tragen sowohl ihren Glauben als auch ihre Opposition zur westlichen Werte-Gemeinschaft ausdrücken wollen.

Es waren die sozialliberalen Koalitionen und die bürgerlich-liberale Koalition seit Anfang der 70er Jahre, die für die heutigen Probleme zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Einwanderern verantwortlich sind. Anstatt die Gastarbeiter aus der Türkei nach dem Anwerbestop 1973 in ihre Heimat zurückzuschicken, erlaubten sie ihnen ab 1974, Ehefrau und Kinder nachzuholen. Damit begann die Massenimmigration. Im Weltbild der areligiösen Linken und Liberalen stellte der Islam der Türken kein Assimilationsproblem dar. Sie glaubten, daß sich die Muslime, wenn sie sich erst einmal eingelebt hätten, genauso verhalten würden wie die südeuropäischen Einwanderer und daß sie über den Konsum mit den Deutschen verschmelzen würden. Realismus hätte sie etwas Besseres lehren müssen, denn Assimilation geschieht primär nicht über Konsum, sondern über Heirat, die jedoch bei unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten normalerweise nicht möglich ist. Doch solche Einwände wurden vom Tisch gefegt. Eine Remigration der hier lebenden Immigranten wäre sicherlich um des Friedens willen auf die Dauer sowohl für die Deutschen als auch für die Immigranten das Beste. Doch selbst wenn man das Rechtssystem umkrempeln würde, hätte Deutschland heute weder genügend Polizisten und Soldaten, um eine solche Aussiedlung im großen Umfang durchzuführen, noch wäre die Bevölkerung moralisch bereit, häßliche Fernsehbilder, die so etwas zwangsläufig mit sich brächte, zu ertragen.

Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit, mit deren Hilfe die bürgerlich-liberalen Islamkritiker heute Deutschland vor dem Islam retten möchten, waren ironischerweise die Instrumente, mit denen der Islam in Deutschland eingebürgert wurde. Der Familiennachzug geschah über das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Namen des grundgesetzlich verankerten Schutzes von Ehe und Familie. Dieses Prinzip, das die persönlichen Rechte höher bewertet als die Rechte des Staates, diese im öffentlichen Interesse zu beschneiden, hatte möglicherweise eine gewisse Berechtigung in der Anfangszeit der Bundesrepublik, als Deutschland noch ein ethnisch homogener Staat auf der kulturellen Basis des Christentums war. Damals wurde Vergleichbares mit Vergleichbarem ins Verhältnis gesetzt. Doch seit das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Sinne des liberalen Gleichheitsprinzips Ungleiches gleich behandelt, ist die Justiz in eine Schiefelage geraten, die sich immer stärker von Naturrecht und Gerechtigkeit entfernt und den Staat in einen zahnlosen Tiger verwandelt.

Durch die Umwandlung der Armenhilfe in die Prozeßkostenhilfe 1981 legte die linksliberale Koalition unter Schmidt schließlich den Grundstein der Asylindustrie. Dank der liberalen Auslegung des Gleichheitsprinzips können sich seither nicht nur Inländer, sondern auch Ausländer auf Kosten des Steuerzahlers durch sämtliche Rechtsinstanzen klagen – für Anwälte auf der Suche nach Einkommensmöglichkeiten ein Manna. Die permanente Überlastung der Gerichte führt zu langwierigen Prozessen, wodurch Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern praktisch nicht mehr möglich sind. Die gesetzliche Schaffung von verschiedenen legalen Aufenthaltsstatuten seit den 80er Jahren tut ein übriges, Abschiebungen zu verunmöglichen.

Die seit den 70er Jahren parallel dazu stattfindende Ausdehnung des egalitären Wohlfahrtsstaats, ebenfalls ein sozialdemokratisch-liberal-bürgerliches Konstrukt, auf Personengruppen, die niemals einen Beitrag dazu geleistet haben, sorgt dafür, daß der Ansturm von Glücksrittern aus dem Süden stetig zunimmt. Es ist die Kombination der »westlichen Werte« Gleichheit, Verhältnismäßigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit, kurz der soziale Rechtsstaat, der der Totengräber des deutschen Staatswesens ist. Frau Merkels Einwanderungspolitik seit 2015 treibt die Prinzipien des sozialen

Rechtsstaates lediglich auf die Spitze. Wenn liberale Islamkritiker nun die Achtung des Grundgesetzes und des Rechtsstaates zur Lösung des Einwanderungsproblems fordern, dann treiben sie den Teufel mit dem Beelzebub aus. Nicht die Einhaltung des Grundgesetzes und sozialer rechtsstaatlicher Prinzipien ist erstrebenswert, sondern eine Anpassung der Gesetze an die Realität, damit Ungleiches ungleich behandelt wird. Dazu müßte es eine radikale Justizreform geben, um den Juristen die Möglichkeit zu nehmen, politische Entscheidungen zu konterkarieren oder durch ihre Rechtsprechung vollendete Tatsachen zu Lasten der Bürger zu schaffen.

Fazit: Die vorderste Aufgabe zur Rettung Deutschlands und Westeuropas im allgemeinen besteht im Zurückdrängen des Einflusses der »westlichen Werte« und in der Verhinderung eines Kulturkampfes mit dem Islam. In seinem aktuellen moralischen Zustand kann der Westen diesen Kampf nämlich nur verlieren. Die Geschichte lehrt kultur- und religionsunabhängig, daß Zivilisationen immer ausschließlich dank der religiösen Praxis überleben. Verschwindet sie, verschwindet die Zivilisation. Die »westlichen Werte«-Anhänger werden sich, wie es Houellebecq in *Unterwerfung* voraussagt, den neuen Herren ergeben, sobald eine materialistische Kosten-Nutzen-Rechnung dies nahelegt. Will Europa überleben, muß es zu seinen christlichen Wurzeln zurückfinden. Nur daraus wird es die Kraft schöpfen können, einem expandierenden Islam die Stirn zu bieten. Es ist illusorisch zu glauben, daß der Staat einen Reformislam schaffen könne. Grundsätzlich hat der Staat in religiösen Angelegenheiten keine Autorität, weil Staat und Religion unterschiedliche Domänen sind. Wenn der Staat nun liberale muslimische Theologen fördern will, bleibt das für den realen Islam folgenlos, da diese Reformtheologen nur für sich selbst sprechen und innerhalb der Umma keinerlei Autorität haben. Doch zugleich setzt der Staat dadurch völlig falsche Akzente, weil er sich der Möglichkeit beraubt, den echten Islam in geregelte Bahnen zu kanalisieren und den Kulturkampf zu vermeiden.

Eine Entideologisierung der Lehrpläne in den Schulen sollte ein erster Schritt sein, um sowohl den destruktiven Einfluß der »westlichen Werte« zurückzudrängen als auch das Verhältnis zu »normalen« Muslimen zu entspannen. Parallel dazu sollte der Staat in religiösen Fragen den Muslimen Freiheit lassen, aber den politischen Islam kompromißlos bekämpfen. Der Staat sollte muslimische Gebetsräume, die für die kultische Handlung notwendig sind, großzügig zulassen und versuchen, die Freitagspredigten zu kontrollieren, wie das in zahlreichen muslimischen Staaten die Regierungen auch tun. Predigern aus dem Ausland sollte er die Einreise verweigern. Der Bau von Moscheen müßte er grundsätzlich verbieten. Moscheen sind nämlich im Gegensatz zu Gebetsräumen politische Institutionen, mit denen der politische Teil des Islam auf alle Zeiten eine Landnahme markiert. Die Verhinderung von Moscheeneubauten könnte eine weitere symbolische Landnahme stoppen, ohne die Gläubigen in ihrer religiösen Praxis zu beeinträchtigen.

Es ist liberale Naivität zu glauben, daß ein Muslim, nur weil er sich westlich kleidet oder benimmt, für die Staatssicherheit ungefährlich ist, und eine Muslima aufgrund ihres Kopftuchs eine Terroristin ist. Die Realität dürfte eher das Gegenteil sein. Es ist Strategie der Muslimbrüder, sich äußerlich anzupassen und so den Staat zu unterwandern. Genau dies muß verhindert werden. Dazu ist eine Reform des Staatsbürgergesetzes unabkömmlich. Nur »ur«deutsche Staatsbürger sollten mit sensiblen Daten in Kontakt kommen können oder in der Bundeswehr dienen dürfen. Israel praktiziert diese vernünftige »Sicherheitsapartheit«.

Ebenfalls unabkömmlich ist es, die Geldflüsse aus dem Ausland an NGOs zu unterbinden. Dies sollte sowohl für die Geldflüsse von Soros und Konsorten an »westliche Werte«-NGOs gelten, als auch für wahhabitische Wohltätigkeitsorganisationen wie Qatar Charity, die versuchen, über Finanzspritzen an Moscheevereine in Europa die ideologische Kontrolle zu erlangen. Es muß sehr empfindliche Strafen geben für diejenigen, die solche Gelder akzeptieren. Anders kann der Staat seine Autorität nicht zurückgewinnen.

Der dritte Punkt betrifft den Wohlfahrtsstaat. Er muß schrittweise zurückgebaut werden, um die Menschen zu zwingen, wieder Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen. Eine Abkehr von Hedonismus und westlichen Werten wäre mittel- bis langfristig eine logische Folge. ■

»Die Krise des Westens ist die Krise der Kirche, und die Krise der Kirche ist die Krise des Westens.«

Robert Kardinal Sarah

Identität – eine Konferenz in Lissabon

von Martin Lichtmesz

»Meine Frage ist: Was können wir tun gegen den Aufstieg des Rechtspopulismus, und wie können wir die rechtsextremen Narrative dekonstruieren?« Wen die vermutlich amerikanische Studentin mit »wir« meint, ist nicht ganz ersichtlich. Allerdings scheint sie es für selbstverständlich zu halten, daß das zuvor Gehörte verdient, umgehend widerlegt und bekämpft zu werden. Geradezu physische Pein erleidet Astrid Hauge Rambøl von der Universität Oslo. Die Doktorandin, die sich der Erforschung von Extremismus, Populismus und »anti-islamischem Aktivismus« widmet, sieht sich bemüßigt, sich klar zu positionieren: »Ich finde es irritierend, was für ein Narrativ hier gerade verbreitet wird. Migration ist eine Massentragödie für die Migranten, und nicht für Europa.« Sofort kommt Widerspruch aus dem Publikum. »Würden Sie denn sagen, daß das, was die Kinder von Rotherham erlebt haben, keine Tragödie ist?« Der Fragesteller ist ebenfalls Skandinavier und trägt einen Thorshammer um den Hals. Später wird er sich als politischer Aktivist zu erkennen geben.

Eine portugiesische Studentin wendet sich an José Pedro Zúquete, den Initiator der Konferenz »From America to Europe: Identity, Mass Migration and White Backlash«, die am 5. und 6. November 2019 in englischer Sprache an der Universität Lissabon abgehalten wird: Migration sei doch vor allem Folge von Kolonialismus und Ausbeutung, die »wir« verschuldet haben. Das große und eigentliche Problem sei der Rassismus der Europäer, und auch Portugal müsse sich der Einwanderung öffnen und mehr Flüchtlinge aufnehmen. Ihr wird von einem österreichischen Besucher widersprochen: Er fände es als Ausländer erschreckend, daß es auch hier Menschen gebe, die sich freiwillig die gleichen Probleme wie Frankreich, Deutschland oder Schweden aufhalsen wollen, und er hoffe, daß Portugal Portugal bleibe. Daraufhin verließen nicht weniger als sechs Leute empört den Saal ...

Mir, dem österreichischen Besucher, war rasch aufgefallen, daß in Lissabon so gut wie keine Muslime zu sehen waren, was vielleicht auch ein Grund ist, warum »Rechtspopulismus« in Portugal – im Gegensatz zum Nachbarland Spanien – kein großes Thema ist. Auch die Antifa-Aktivität ist in Portugal sehr gering, und so durfte ich eine Konferenz erleben, die in Deutschland, wo selbst ein Bernd Lucke ins Visier der Linksextremisten gerät, wohl schon im Vorfeld abgeblockt worden wäre.

Rambøl, die einen Stoffbeutel mit dem Aufdruck »Klassekampen« mit sich trug (nach einem kommunistischen Magazin, für das sie tätig ist), referierte am folgenden Tag über »The far-right in Scandinavia«, ein Begriff, der sowohl gewaltbereite Gruppen als auch »Rechtspopulisten« wie die »Schwedendemokraten« umfaßt. Ihr Vortrag war deutlich wertender und parteiischer als die anderen Beiträge; so empfand sie es als »schokkierend«, daß in Dänemark sogar die Sozialdemokraten eine restriktive

Einwanderungspolitik verfolgen. Als sie zur Frage nach den Gründen des wachsenden Zulaufs zu den Rechtspopulisten kam, vermutete sie psychologische Dispositionen und sprach über globale wirtschaftliche Dynamiken, die eher Flucht- und Migrationsursachen betreffen.

Der »Gorilla auf der Hollywoodschaukel« (Michael Klonovsky) blieb während ihres gesamten Vortrags hartnäckig unerwähnt, und in der anschließenden Diskussionsrunde fragte ein Zuhörer listig: »Gibt es in Skandinavien eigentlich so etwas wie Ausländerkriminalität und islamischen Extremismus und Terrorismus, und wie könnte dies zu der Entwicklung beigetragen haben, die Sie eben geschildert haben?« Rambøl war durch diese Frage, die in ihrer akademischen Blase offenbar nicht einmal gestellt wird, sichtlich aus der Bahn geworfen. Ja, es gäbe islamischen Terrorismus, gestand sie schließlich ein, aber er sei »nicht signifikant« und Breivik habe doch im Alleingang viel mehr Menschen umgebracht.

Nach ihr war der österreichische Historiker Lothar Höbelt an der Reihe, der als FPÖ- und AfD-nahestehend gilt. Auch sein Vortrag bereitete Rambøl sichtlich Unbehagen, wobei Höbelt, als Historiker ein Mann des Konkreten, nichts anderes tat, als ein detailliertes und sachliches Bild des Aufstiegs der FPÖ unter Haider zu zeichnen. Dabei betonte er mehrfach, daß das Migrationsthema besonders in der Arbeiterklasse auf erhebliche Resonanz gestoßen sei, was der Sozialdemokratie nachhaltig geschadet habe.

Linke und rechte Referenten auf einem gemeinsamen Podium, linke und rechte Fragesteller im Publikum, offene Debatte, keine Randalen durch Antifaschisten – dies war für einen Besucher aus einem deutschsprachigen Land ebenso verblüffend wie stimulierend. Dabei ging es dem an der Universität Lissabon tätigen Sozialwissenschaftler Zúquete vor allem um ein klares Verständnis seines Themas »Identität, Masseneinwanderung und weiße Gegenreaktion« jenseits von Ideologieproduktion und politisch einseitigem »Framing«.

Die Konferenz begann mit einem Vortrag, der die Diskussionsgrundlage für alle weiteren Beiträge absteckte. Der 1970 geborene und an der Universität London tätige Kanadier Eric Kaufmann ist der Autor eines sehr nüchternen, sehr dicken, sehr hilfreichen und faktengeprägten Buches, das man mit Fug und Recht als Meilenstein betrachten kann: *Whiteshift. Populism, Immigration and the Future of White Majorities* (London, 2018) ist vergleichbaren Versuchen, die »populistische« Welle zu erklären (wie *Identität* von Francis Fukuyama oder *Der Zerfall der Demokratie* von Yascha Mounk) schon allein durch die Tatsache weit überlegen, daß Kaufmann den größten Elefanten im Raum frontal ins Visier nimmt und in den Mittelpunkt seiner Analyse stellt. Was Kaufmann »Whiteshift« nennt, ist nichts anderes als »der große Austausch«, nämlich der epochale demographische Wandel der westlichen, »weißen« Nationen durch Einwanderung und Rassenvermischung. Ohne einen »Rassenrealismus« à la Jared Taylor oder Charles Murray zu bemühen, erkennt Kaufmann an, daß auch »rassische« Identität ein wirkungsmächtiger gesellschaftlicher Faktor ist, mit dem man rechnen muß. Er bestätigt nicht nur, daß dieser fortschreitende, »beispiellose« Prozeß des Bevölkerungsaustausches eine unleugbare Realität ist, er sieht in ihm auch den entscheidenden Motor für die Hinwendung großer Bevölkerungsgruppen zum »Populismus«: »It's NOT the economy, stupid!«, betonte er mehrfach.

Zentral sind also nicht wirtschaftliche Gründe, sondern in der Tat die Frage nach dem Erhalt und Schutz der eigenen, auch ethnisch und »rassisch« konnotierten Identität, ein Eigeninteresse, das Kaufmann für nachvollziehbar und legitim erklärt. Demographische Verschiebungen bedeuten Macht-, Identitäts-, und Traditionsverlust, und das Gefühl der Bedrängnis innerhalb der schrumpfenden Noch-Mehrheit wird verschärft durch die aggressive, oft unverhohlenen anti-weiße Multikulturalisierungspolitik der Linken, die die Identitäten der Einwanderer und Nicht-Weißen gegen die weißen Autochthonen aufmunitionieren.

Dabei sind es oft kleine Details, die mit Identität, kultureller Tradition und »persönlichen Werten« zu tun haben, die sich summieren und auf das große Ganze auswirken: Wer etwa für die Beibehaltung der traditionellen Kleiderordnung bei den Tennisturnieren von Wimbledon ist, neigt eher dazu, für den Brexit zu stimmen als dagegen. Dasselbe gilt für Menschen, die Ordnung am Schreibtisch und das Landleben schätzen oder Fa-

»Wir müssen über weiße Identität sprechen. Nicht als eine Fabrikation, die der Machthabe dient, sondern als ein Set von Mythen und Symbolen, mit denen sich Menschen verbunden fühlen: als eine ethnische Identität wie jede andere.«

Eric Kaufmann: *Whiteshift*, London 2018.

»Diese Form des staatsbürgerlichen Nationalismus hat kaum ein Ohr für die Klagen der konservativen weißen Mehrheiten, in deren Augen die Nation unauflöslich an ihre eigene Gruppe gebunden ist. Obwohl nur wenige sagen, man müsse weiß sein, um Mitglied der Nation zu sein, so denkt doch ungefähr die Hälfte der Westeuropäer, daß es zumindest einigermaßen wichtig sei, Vorfahren aus dem Land zu haben, in dem man lebt, um ein »echter« Landsmann zu sein.«

Eric Kaufmann: »How to Compromise with Populism«, foreignpolicy.com, 26. Oktober 2018.

»Wenn die nationalen Rechte innenpolitisch gesichert und ernsthafte ausländische Bedrohungen praktisch verschwunden sind, ist es kaum überraschend, daß nationale Gefühle in den westlichen liberalen Demokratien auf die leichte Schulter genommen oder gar abfällig betrachtet werden. Es ist wie mit unserer Gesundheit: Daß man etwas braucht, merkt man erst, wenn es einem fehlt. Nationale Identitäten und Gefühle sind heute liberal, über weite Strecken implizit und überwiegend defensiv. Dennoch sind sie alles andere als nicht-existent. Die Herausforderung durch assimilierungsresistente Einwanderer in Europa hat offenbart, daß ethno-nationale Bruchlinien sehr leicht eine größere, oft überwältigende politische Bedeutung bekommen können.«

Azar Gat, Vortrag in Lissabon.

milienwerte hochhalten. Kaufmann bestätigt, daß die »progressive Linke« an dieser Stelle tatsächlich an einem unhaltbaren Doppelstandard festhält, der unweigerlich zu Gegenreaktionen führen wird. »Konservative Weiße« haben heute nur die Wahl zu »kämpfen« – indem sie sich etwa rechten Bewegungen und Parteien anschließen – oder zu »fliehen«, mithin sich auf die »white flight« in lokale und soziale Rückzugsgebiete zu begeben, eine Praxis, die auch unter weißen Linken und Liberalen nicht selten ist.

Kaufmann nun hält den Widerstand gegen den demographisch-ethnischen Wandel (also den »großen Austausch«) für ebenso aussichtslos, wie den Versuch, den rechtspopulistischen Widerstand durch »antirassistische« Repression zu brechen. Stattdessen betont er, daß man den »weißen Mehrheiten« in den westlichen Ländern eine positive Identität und eine Zukunft als Gruppe in Aussicht stellen müsse. Allein das unterscheidet sich wohlthuend vom Hohn linker Akademiker und Meinungsmacher besonders im anglophonen Raum über die »Auslöschungssängste« und den »Rassismus« der »abgehängten« Weißen. Dabei plädiert Kaufmann für eine »offene Form der weißen Identität«, die Rassenmischungen bis zu einem gewissen Grad zuläßt und als unvermeidlich akzeptiert.

Das »Weißsein« wird nicht verschwinden, aber womöglich in eine phänotypisch und kulturell neue Form umgegossen werden. Mit diesem und anderen Kompromissen hofft Kaufmann, dem Populismus seinen Stachel zu ziehen und die wachsenden ethnischen Spannungen, die Folge der Ersetzungsmigration sind, zu entkräften – diese »Verwerfungen« also, wie der Politikwissenschaftler Yascha Mounk die Folgen des »historisch einzigartigen Experiments« unserer Zeit nennt. Dies mag ein zwiespältiges und unbefriedigendes Angebot sein, es bricht allerdings mit dem Ächtungstabu, mit dem heute jede Form von pro-weißer Identitätspolitik behaftet ist.

Kaufmann selbst erscheint als eine Art Eliten-Prototyp dieses »neuen« weißen Mannes der Zukunft: Geboren in Hongkong mit Wohnsitz Wimbledon, hat er chinesische, jüdische, lateinamerikanische und tschechische Vorfahren. Stärker noch als Fukuyama betont er, daß ethnische, abstammungsbedingte Gruppenidentität nicht aus der Welt zu schaffen sei. Darum kann ein bloßer »civic nationalism«, ein »staatsbürgerlicher Nationalismus« auf der dünnen Basis von »universellen Werten« allein nicht genügen, um die westliche Welt vor dem Absturz in einen »endlosen Kulturkampf« zu bewahren. Kaufmanns Modell der »Vielstimmigkeit« (»Multivocalism«) will die »nationale Identität von Populisten und Progressiven, Mehrheiten und Minderheiten« unter einem pluralistisch-nationalen Dach versammeln – man stelle sich etwa ein Deutschland vor, in dem das Deutschsein von Ferda Ataman als ebenso legitim angesehen wird wie das Deutschsein von Björn Höcke (ich kann es nicht).

Ein dezidiert Kritiker des Konzepts der »Staatsbürgernation«, mit praktisch denselben Argumenten wie Kaufmann, ist auch der 1959 geborene israelische Militärgeschichtler Azar Gat von der Universität Tel Aviv, Autor des Buches *Nations: The Long History and Deep Roots of Political Ethnicity and Nationalism* (Cambridge 2013) und ein weiterer hochkarätiger Gast der Konferenz. Für Gat ist eine Nation wie alle sozialen Phänomene beides: einerseits ein bewußtes kulturelles »Konstrukt«, andererseits tief in der menschlichen Natur verwurzelt. Das eine schließe das andere keineswegs aus, das eine baue vielmehr auf dem Material des anderen auf. Sein Buch kritisiert die »modernistische« Vorstellung, Nationen seien historisch neuartige, oberflächliche und artifizielle Phänomene ohne Verwurzelung in der menschlichen Psyche. Demgegenüber hält er fest, daß ethnische und nationale Sentiments eine evolutionäre Basis haben und die Grundlage für Solidarität und Kooperation jenseits der unmittelbaren Familienbande bilden. So lehnt er es auch ab, den »staatsbürgerlichen Nationalismus« (»civic nationalism«) gegen den »ethnischen Nationalismus« (»ethnic nationalism«) auszuspielen, denn jeder Nationalstaat trage beide Komponenten in sich.

Die Vorstellung, eine Nation könne ihren Zusammenhalt allein durch rechtsstaatliche Institutionen und geteilte Staatsbürgerschaft ungeachtet des ethnisch-kulturellen Hintergrunds der Bürger gewährleisten, nennt Gat »bestenfalls ein ideologisches Streben nach Toleranz, schlimmstenfalls einen gravierenden Fall von »falschem Bewußtsein«. In der Tat gebe es nur sehr wenige Nationen, die nicht auf einer Art von fragloser und selbstverständlicher »Verwandtschaftskultur« basierten. Dies gelte nicht



Theoretischer Hintergrund – Portugal 2019.

minder für den komplizierten Fall des »Schmelztiegels« USA, der immer wieder als Beispiel par excellence für eine reine »Staatsbürgernation« erhalten muß: Auch »Amerikanersein« sei nicht in erster Linie eine Frage von bloßer Staatsbürgerschaft, sondern werde durch die Assimilation an fundamentalere Realitäten vollzogen. Dazu gehören Dinge wie die gemeinsame Sprache, Sitten, Symbole, soziale Praktiken und Rituale, populäre Geschmäcker, Bilder und Nationalhelden, Musik, Sport, Essen und Feiertage.

Aus den USA kam der junge Politikwissenschaftler George Hawley von der Universität Alabama, Autor des bislang wohl besten akademischen Buches über die nordamerikanische »alternative Rechte«: *Making Sense of the Alt-Right* (New York, 2017). Penibel recherchiert, in einem trocken-distanzierten Tonfall gehalten, ohne faktische Fehler und inhaltliche Verzerrungen, bemüht sich Hawley als eine Art Anti-Volker-Weiß um eine sachliche Darstellung der politischen Ideen der »weißen Nationalisten« und ihre Entwicklung seit der Gründung der (inzwischen eingestellten) Netzseite *Alternative Right* im Jahr 2010 durch Richard Spencer. Als entscheidenden Impetus nennt auch er den Kampf gegen den demographischen Niedergang der weißen Bevölkerung in den USA, wobei die Alt-Right über diesen Punkt und das anti-globalistische, anti-interventionistische »America First« weit hinausgeht, indem sie die Utopie eines homogenen Ethno-Staates verfolgt, der auf amerikanischem Boden wohl kaum zu verwirklichen ist. Absagen mußte die angekündigte linke Autorin Angela Nagle, die sich in dem Buch *Kill All Normies* (Zero Books, 2017) ebenfalls mit der Alt-Right im Spiegel der Internetsubkulturen auseinandergesetzt hat, nicht ohne die Rolle der Linken an der politischen Polarisierung und Eskalation außer acht zu lassen.

Vorbildliche Recherche bietet auch das 500 Seiten starke Buch von José Pedro Zúquete *The Identitarians. The Movement against Globalism and Islam in Europe*, (Notre-Dame, Indiana 2018), das auf seinem Titelbild eine Demonstration der österreichischen Identitären zeigt. Wie Hawley hat auch Zúquete mit seinen Forschungsobjekten lange Interviews geführt, unter anderem mit mir. Die Darstellung der europäischen »Identitären« (mit Seitenblick auf die USA) beschränkt sich hier nicht auf die »offizielle«, ursprünglich aus Frankreich stammende Bewegung, sondern umfaßt ein breites Spektrum rechter Köpfe, Organisationen, Zeitschriften und Strömungen. Es gäbe viele Arten, ein Identitärer zu sein: »Man kann ein zurückgezogener Intellektueller sein oder ein Agitator von Ideen, ein Kulturkämpfer oder ein Netzwerker, ein Influencer in den sozialen Medien, ein Aktivist auf der Straße und im Internet oder sogar aktives Mitglied einer politischen Partei.«

Als primäre Säule des »Identitarismus« nannte Zúquete den »Anti-Globalismus«. Zu diesem Thema hat er bereits 2010 ein lesenswertes Buch veröffentlicht: *The Struggle for the World* (Stanford, Kalifornien) untersucht die »anti-globalistischen« Strategien von so unterschiedlichen Phänomenen wie lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen, Atac und dem Weltsozialforum, der europäischen Neuen Rechten und dem islamischen Dschihad gegen die westlich-amerikanische Welt.

Zúquetés Vortrag kam erfrischerweise ohne die üblichen Begriffsschubladen aus. Die allen identitären Strömungen gemeinsame Frage sei:

»Dieses Buch ist die Chronik einer Rebellion. Der Kern dieser intellektuellen und aktivistischen Rebellion ist ein Mythos der Identität: Ein Mythos, nicht im Sinne von Wahrheit oder Unwahrheit, sondern als Aufruf zur Tat, als mobilisierende Vision, die dem Willen, ein Herrschaftssystem gegen jede Chance zu bekämpfen und zu stürzen, Brennstoff gibt. Er bedeutet eine Identität, die nicht als Abstraktion oder simple soziale Konstruktion gedacht, sondern als etwas Tieferes, Ursprünglicheres empfunden wird, das an Raum, Boden, Erinnerung und Ethnizität gebunden ist, und revitalisiert werden muß.«

José Pedro Zúquete: *The Identitarians*, Notre Dame 2018.

»Was bedeutet es, ein Europäer zu sein? Kann jedermann, der von überall her, aus Asien, Afrika, Lateinamerika nach Europa kommt, von sich behaupten, er wäre Europäer? Oder Europäer werden? Die einfache Antwort ist: Nein. Nicht jeder kann Europäer sein.« Wesentlich sei, daß es hier nicht bloß um nationale Identitäten als Deutsche, Italiener, Ungarn oder Schweden gehe, sondern daß aus identitärer Sicht das Schicksal der *gesamten* europäischen Zivilisation auf dem Spiel steht. Der Identitäre betrachtet die Europäer als die Indigenen Europas, womit eine »ganze Vielfalt an Ethnien gemeint ist – basierend auf geographischer Herkunft, Geschichte, Sitten, Traditionen, kollektiver Erinnerung, Genealogie, genetischer Vererbung. Europäer sind keine körperlosen Wesen, sondern Abkömmlinge und zugleich Verkörperungen einer Identität, die biologisch wie kulturell ist. Für Identitäre fällt die Kultur nicht vom Himmel. Sie ist ein Produkt unverwechselbarer Völker, mit ihren eigenen spezifischen Merkmalen.« Sich zu dieser Identität als Europäer zu bekennen, gleiche heute einem Akt der Rebellion.

Zúquete zitierte David Engels: »Europäisch zu bleiben ist zu einem Akt des Widerstands geworden.« Dieser Satz summiere trefflich die identitäre Psychologie und Moral. Der Gegenspieler »Globalismus« wird als »expansive Macht« gesehen, die Völker und Kulturen in die Uniformität zwingt und sie damit zerstört. Darum findet sich im identitären Denken auch eine grundlegende Kritik der Moderne, insbesondere des Liberalismus, der »das Individuum« aus seiner gewachsenen, überlieferten, sozialen Einbettung abstrahiert und damit den Weg für eine Welt der »Post-Identität« bereitet hat, die keine Achtung vor Grenzen und Beschränkungen mehr hat.

Die Masseneinwanderung nach Europa wird als eine Form der Kolonisation aufgefaßt. Im identitären Narrativ ist Europa vom Geist der Abdankung und Kapitulation befallen, hat anscheinend seinen Lebenswillen verloren. Das »perfekte Symbol dieses Übels ist der demographische Kollaps«, wodurch die Situation entsteht, daß eine alternde europäische Zivilisation auf der nördlichen Hemisphäre jungen, expandierenden Gesellschaften im Süden gegenübersteht, die Richtung Norden strömen.

Als Zúquete auf Renaud Camus, dessen Konterfei groß an die Wand projiziert wurde, und den Begriff des »großen Austauschs« zu sprechen kam, zückte er ein Messer, um Camus' von Lichtenberg angeregte Metapher des »Austauschs« zu veranschaulichen: Ist ein Messer, dessen Klinge und dessen Stiel man auswechselt, immer noch dasselbe Messer? Camus' Antwort ist bekanntlich »Nein«, und hier sei die große Lüge zu suchen, die von den herrschenden Eliten und den Medien verbreitet wird: Die Lüge, man könne ein Volk gegen ein anderes austauschen, und immer noch dieselbe Geschichte, Kultur, Zivilisation und Identität, also dasselbe Europa haben. In Wahrheit fände hier ein beispielloser Kultur- und Zivilisationsbruch statt. Eine multikulturelle Gesellschaft werde aus identitärer Sicht unweigerlich zu einer multi-konflikträchtigen Gesellschaft, und eine multirassische Gesellschaft zu einer multirassistischen.

Die künftigen Kriege und blutigen Auseinandersetzungen zeichnen sich bereits jetzt ab: In der Bildung von No-Go-Zonen, religiös-ethnischen Ghettos und ethnisch konnotierten Gangs, im Anstieg der Ausländer- und Einwandererkriminalität, in immer wieder ausbrechenden Rassenunruhen und in der wachsenden Zahl sexueller Übergriffe auf europäische Frauen. All dies seien bereits Manifestationen einer Form des ethnischen Krieges, der sich verschlimmern wird, wenn der »große Austausch« voranschreitet.

Zúquete gab diese Grundzüge der identitären Weltanschauung präzise, ohne Verzerrung und ohne wertenden Kommentar wieder. Im Anschluß an Eric Kaufmanns Vortrag entfalteten sie eine Plausibilität, die wie eingangs geschildert, unter einigen Anwesenden zu erheblichen Irritationen führte.

Kaufmann selbst zeigte sich im Nachhinein aufgrund der »Bandbreite an Meinungen« und dem »hohen Niveau der Auseinandersetzung« begeistert von der »einzigartigen« Konferenz. Einige linke Studenten waren nicht dieser Ansicht und schrieben einen offenen Brief, in dem beteuert wurde, daß man zwar für Meinungsfreiheit sei, diese aber für Leute wie Kaufmann und Höbelt eingeschränkt werden müsse, »die dafür bekannt sind, weißen Suprematismus zu fördern«. ■

Autoren dieses Heftes

John Hoewer, 1987, studierte Politik- und Sozialwissenschaften im Schwerpunkt Europa in Bonn, Magdeburg und Rom. Er arbeitet als Büroleiter der AfD-Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Deutschen Bundestag.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Blick nach links oder: Die konformistische Rebellion, Schnellroda 2019

Andreas Karsten, 1992, studiert im Master Soziologie in Halle/Saale.

Till Kinzel, 1968, ist habilitierter Literatur- und Kulturwissenschaftler. Verschiedene Lehraufträge, darunter TU Berlin, TU Braunschweig und Universität Paderborn. Arbeitet ferner als Übersetzer aus dem Spanischen und Englischen. 1995 erhielt er den Preis des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

Johann Georg Hamann. Zu Werk und Leben, Wien 2019

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Vorlesen, Schnellroda 2019

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg.): *Deutsche Daten*, Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2017

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Eva-Maria Michels, 1976, nach Ausbildung zur Europasekretärin Studium der Politikwissenschaften, Moderne Chinastudien und Geschichte in Trier und Taipeh. Freie Journalistin und Autorin in *Cato*, *PAZ*, *ef*, *JF*, Buchbeiträge.

Florian Sander, 1984, ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er ist Doktorand im Fach Soziologie an der Universität Bielefeld. Schreibt vor allem auf seinem Webblog konservative-revolution.blogspot.com.

Jonas Schick, 1989, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialforschung in Mannheim und Bremen. Er arbeitet als freier Publizist und Lektor.

Prof. Dr. Mária Schmidt, 1953, ist eine ungarische Historikerin. Sie leitet die Stiftung und das Museum »Terror Háza« in Budapest und ist die Chefkuratorin der maßgeblichen geschichtspolitischen Ausstellungen »Geburt einer neuen Welt 1914–1922«.

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.
Vorlesen, Schnellroda 2019

Uwe Tellkamp, 1968, studierte Medizin, praktizierte als Arzt und konzentriert sich seit 2004 auf sein Wirken als Schriftsteller. Er lebt in seiner Heimatstadt Dresden. Für *Der Turm* erhielt er den 2008 den Deutschen Buchpreis.
Die Carus-Sachen, Eckernförde 2017

Interessen – Souveränität – Identität

von Florian Sander

Speziell in der Außenpolitik ist die Frage, was denn nun eine *konservative* Positionierung präzise ausmacht, schwer zu beantworten. Insbesondere die verschiedenen »Schulen« der US-amerikanischen, stets durch Zulieferungsdienste politikwissenschaftlicher Denkfabriken unterfütterten Außenpolitik zeigen diese Schwierigkeiten plastisch auf. So verläuft allein innerhalb der Republikanischen Partei der USA seit langem bereits ein tiefer Graben zwischen den sogenannten klassischen Realisten einerseits, die auf eine wenig ideologisch geprägte Interessenpolitik setzen und sich vor diesem Hintergrund auch mit US-hörigen Diktaturen arrangieren, und den interventionistischen Neokonservativen (»NeoCons«) andererseits, die den erstgenannten bisweilen Isolationismus vorwerfen, unter George W. Bush ihre Hochphase hatten und US-amerikanische Großmachtansprüche mit militantem Regime-Change-Liberalismus koppeln – im Sinne einer angestrebten Wechselwirkung aus Demokratieverbreitung, freier Marktwirtschaft und US-Hegemonie im globalen Maßstab.

Noch komplexer wird es innerhalb des deutschen Konservatismus, insbesondere innerhalb der konservativen Sammlungspartei AfD, die nicht nur wirtschafts- und sozialpolitisch, sondern eben auch außenpolitisch ein zutiefst heterogenes Spektrum in sich vereint, welches bei den Altparteien zuweilen von Linkspartei bis FDP reicht. Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen NATO-freundlichen »Realpolitikern« einerseits und einer eher »nationalrevolutionären« Stoßrichtung andererseits, die man, in linker Terminologie ausgedrückt, als »antiimperialistisch« oder, ideologiefreier, als »ostorientiert« beschreiben könnte. Im folgenden soll für die letztere Perspektive Stellung bezogen werden.

Das Positive zuerst: Auch die realpolitische Perspektive, die viele klassische Konservative, *grosso modo* von Bismarck inspiriert, verfolgen, hebt sich angenehm vom militant-moralistischen NeoCon-Liberalismus ab, der die »transatlantische Partnerschaft« – die freilich keine Partnerschaft, sondern ein hegemoniales Abhängigkeitsverhältnis abbildet – primär aus einem westlichen Blockdenken heraus favorisiert; gelegentlich wird dies forciert aus einem Zustand der unsouveränen Unterwürfigkeit heraus, manchmal auch der Naivität. Bismarcksche Realisten sind in ihrem Denken und ihrer Herangehensweise zumeist »kühler«: Sie betrachten das transatlantische Verhältnis, im speziellen die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, eher als außen- und sicherheitspolitischen Handlungsrahmen zur Verwirklichung deutscher Interessen. Und doch: Auch diese Haltung scheint auf einer Fehleinschätzung zu basieren.

Das banale »Narrativ«, die NATO »verteidige Europa«, grassiert in konservativen Kreisen noch immer wie eine gleichsam mitlaufende Selbstverständlichkeit. Die USA sind demnach nie nur die USA, sondern stets »unsere amerikanischen Freunde«. Wer die internationalen Beziehungen einem realistischen Blick unterzieht, weiß jedoch, daß es in diesen keine »Freunde« gibt, sondern: Interessen. Die Supermacht USA betreibt späte-

»Die Demokratie drückt sich national aus in dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. (...) Wir tun unsere Pflicht der nationalen Selbstbehauptung auf jedem Gebiet gegenüber jedermann.«

Kurt Schumacher, in einer Rede vor Mitgliedern der FDJ in West-Berlin am 17. August 1951, zit. n. Brandt/Eichberg (Hrsg.): *Die Linke und die nationale Frage*, S. 100.

stens seit Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts globale Geopolitik – die Bundesrepublik diente in diesem Rahmen während des Kalten Krieges als ihr ökonomisch und militärisch eng verzahnter Vorposten, der aber im Atomkriegsfall das erste Gebiet gewesen wäre, das sich in eine radioaktive Wüste verwandelt hätte. Und in diesem Kontext ist auch die NATO zu kritisieren: Selbstverständlich diente und dient diese niemals primär dem »Schutz Europas«, sondern der militärischen Flankierung der globalen politischen und wirtschaftlichen Interessenpolitik der USA, welche sich bei der NATO-Führung niemals das Zepter aus der Hand nehmen lassen würden – auch wenn die Bundesrepublik oder andere Mitgliedsstaaten, wie dann und wann unter einiger medialer Aufmerksamkeit gefordert, noch so sehr ihren Rüstungsetat erhöhen.

Über Einfluß in der NATO verfügt, wer möglichst viele logistische, technische und menschliche Ressourcen für »westliche«, d.h. US-amerikanisch intendierte Interventionskriege hergibt: Am Ende reduziert es sich stets auf US-Interessenpolitik. Auch das deutsch-russische Verhältnis, zu dem die AfD eine klare – und begrüßenswerte – Positionierung hat, hat in den letzten Jahren dank der Einmischung der »amerikanischen Freunde« sowie der mindestens umstrittenen Osterweiterung und der Präsenz der NATO an Orten, an denen sie als Bedrohung wahrgenommen wird, gelitten. Dem Schutz deutscher Interessen diene dies nicht für eine Sekunde – im Gegenteil. Die NATO und der US-Einfluß haben in den letzten Jahren stetig dazu beigetragen, die Kriegsgefahr in Europa wieder zu erhöhen. Wer angesichts dieser Umstände äußert, Europa werde durch die NATO geschützt, macht sich zum Diener US-amerikanischer, nicht aber deutscher Interessen, und verfolgt damit eine Haltung, die Union und FDP sowie seit dem Tod Kurt Schumachers auch die SPD seit jeher vertreten haben und die Grünen sowie weite Teile der kosmopolitisch gewendeten Linkspartei mittlerweile vertreten. Für diese konsensbasierte »deutsche Außenpolitik« im deutschen Parteienspektrum bräuchte es ganz offensichtlich keine AfD.

Sicherheitspolitische Pragmatiker kontern an dieser Stelle mit der Frage, welches Militärbündnis denn sonst den Schutz Deutschlands gewährleisten solle. Ein solches Argument läuft jedoch auf eine Haltung hinaus, die dem phantasielosen Merkel-Paradigma der Alternativlosigkeit des Bestehenden entspricht: Möglich ist das, was es bereits gibt; alles darüber Hinausgehende sei nicht denkbar. Eine solche Haltung jedoch hätte wenig mit dem visionären Anspruch zu tun, den die AfD in anderen Politikfeldern durchaus mutig zu verfolgen imstande ist: Warum eigentlich nicht eine ganz neue Sicherheitsarchitektur schaffen wollen? Was hindert eine junge, im positiven Sinne grundsätzlich denkende Oppositionspartei daran, die Dinge einmal ganz neu zu begreifen? Was hindert sie daran, sich für ein eigenes europäisches Militärbündnis einzusetzen, das sowohl ohne US-amerikanische Großmachtspolitik als auch ohne übergriffigen EU-Superstaat auskommt?

Für so manchen deutschen Konservativen ist es durchaus verlockend, in Zeiten eines US-Präsidenten Donald Trump wieder zum »Transatlantiker« zu werden und sich für eine starke weltpolitische Rolle der USA einzusetzen. Scheinbar hat man ja mit »dem Islamismus« auch denselben Gegner, der – ganz im Sinne Samuel P. Huntingtons, also des Mannes, der seinerzeit den »Kampf der Kulturen« prophezeit hatte – der »westlichen Kultur« entgegensteht. Aus dieser Sichtweise sind Deutsche und Amerikaner dann gewissermaßen »im selben Verein«, auch wenn sie vielleicht unterschiedliche Methoden bevorzugen, mit dem Gegner umzugehen.

Nun steht diese unterkomplexe Sichtweise – »westliche Welt versus Islam« – dem Grundgedanken der nationalen Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie ihn die AfD vertritt und wie ihn auch andere europäische Rechtsparteien vertreten, grundlegend entgegen. Die US-Großmachtspolitik, die, wenn auch in unterschiedlichen Akzentuierungen, sowohl bei Republikanern als auch bei Demokraten ein festes regierungspolitisches Grundprinzip darstellt, ist der natürliche Gegner einer jeden nationalen Souveränität und eines jeden Selbstbestimmungsrechts der Völker. Vielmehr geht es dieser um die Ausbreitung der US-amerikanischen (im Neusprech: »westlichen«) Einflußsphäre.

Unumstößliche Tatsache ist: Ohne die dortige US-Intervention ab dem Jahre 2003 hätte es eine Destabilisierung des Irak, aus der heraus sich der Islamische Staat (IS) entwickelt hat, so nicht gegeben. Die ausgedehnt-

»Wir stoßen erst dann zum Kern unserer Selbstvergewisserung durch, wenn wir Schluß machen mit der Fremdbestimmung, der wir seit Jahrzehnten unterworfen sind. Gewöhnen wir uns das betretene Schielen nach Ost und West ab, bevor wir es wagen, ein Urteil in eigener Zuständigkeit zu fällen.«

Hellmut Diwald, in: Wolfgang Venohr (Hrsg.): *Die deutsche Einheit kommt bestimmt*, S. 34.

ten pseudostaatlichen Strukturen des IS rekrutierten sich in weiten Teilen aus arbeitslos gewordenen Funktionären und Beamten der zerschlagenen irakischen Baath-Partei Saddam Husseins; der Unmut, der zur flächendeckenden Radikalisierung von sunnitischen Irakern führte, ergab sich aus dem Irakkrieg der USA ab 2003, dem neuen instabilen und notorisch korrupten Machtkonstrukt sowie dessen katastrophalen Folgen.

Ähnlich in Syrien: Ohne US-amerikanische Unterstützung der dortigen (mehrheitlich sunnitisch-islamistisch oder neofundamentalistisch gesinnten) Rebellen ab dem »Arabischen Frühling« 2011 gegen den legitimen Präsidenten des souveränen Nationalstaats Syrien, Baschar al-Assad, wäre der dortige Bürgerkrieg nicht in dieser Dimension ausgeartet. Die aktuellen Beispiele ließen sich fortführen. Die deutschen Rüstungslieferungen an de facto islamistische Regimes wie Saudi-Arabien wirken dabei wie Öl im Feuer und sollten von der AfD politisch scharf verurteilt werden.



»Das ist es, was die Studentenbewegung (neu) entdeckt hat: Wir wollen nicht mehr haben, sondern sein. Anders leben, uns unserer selbst vergewissern gegen die Entfremdung, bei uns selbst zu Hause sein, identisch sein – das war und ist die revolutionäre Alternative gegen die Gesellschaft des Hastewas – Bistewas. (...) Bei der nationalen Frage geht es also nicht primär um Interessen, sondern um die nationale Identität. Sind wir Deutsche oder ›BRD-Bürger‹ amerikanisierter Sprache und mit IIT-Bewußtsein? Identität oder Entfremdung, das ist der neue Hauptwiderspruch, Imperialismus oder unser Volk.«

Henning Eichberg, in: *das da-Avanti*, Nr. 11, November 1978. Zit. n. Brandt/Eichberg (Hrsg.): *Die Linke und die nationale Frage*, S. 35ff.

Deutlich wird hierbei, wie relevant die hier thematisierten Fragen letztlich auch für die Kernpositionen der AfD sind: Denkt man die eingetretenen Folgen allein der oben beschriebenen Entwicklungen logisch weiter, so wird eben auch deutlich, daß die USA im Zuge ihrer Destabilisierungspolitik eine massive Mitverantwortung nicht nur für die Stärkung des islamistischen Terrorismus, sondern auch für eingetretene Flüchtlingswellen tragen – also direkt und indirekt mitverantwortlich sind für Entwicklungen, die die AfD doch vorgeblich bekämpfen will. Daß derlei Entwicklungen, die durch die unheilvolle Institution des transatlantischen Bündnisses bestärkt und forciert werden, deutschen Interessen dienlich sind, mag bezweifelt werden.

Es besteht ein grundlegender Unterschied zwischen »westlichem Blockdenken« einerseits, welches in den US-amerikanischen Parteien sowie in den bürgerlichen Parteien der Bundesrepublik und bei SPD und Grünen verfolgt wird, und dem – ur-konservativen – Ziel der Bewahrung nationaler Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker andererseits. Auch wenn man manchmal – situativ, temporär – denselben Gegner zu haben scheint (Stichwort »Islamismus«), so ist doch die weltanschauliche Ursache für diese Gegnerschaft eine grundlegend andere, ebenso wie der Umgang damit ein anderer ist.

Diese Erkenntnis muß auch mit einer gründlichen Neubewertung der deutschen Nahostpolitik einhergehen: Eine einseitige Bevorzugung Israels (im Sinne einer moralisch-historisch hergeleiteten bundesrepublikanischen »Staatsräson«, wie sie bislang die deutsche Nahostpolitik prägt) ist aus der hier skizzierten Perspektive heraus nicht weiter akzeptabel. Es gilt das Primat des Selbstbestimmungsrechts der Völker, und das bedeutet: Das palästinensische Volk hat das Recht auf einen eigenen, souveränen Staat Palästina. Im Rahmen deutscher Außenpolitik gilt es aus dieser Sicht, auch der regionalen, hypermoralisch ummantelten Hegemonialpolitik Israels im Nahen und Mittleren Osten entgegenzuwirken.

Die AfD wird sich entscheiden müssen, was sie darstellen will: Ein willfähiges deutsches NATO-Anhängsel der Supermacht USA, die weltweit Kriege führt, (in Nahost mit Unterstützung Israels) Weltregionen destabilisiert und Globalisierung, Turbokapitalismus, freie Migration und offene Grenzen forciert – oder eine (eben sowohl innerhalb Europas als auch gegenüber den USA) souveräne deutsche Nation und ein selbstbestimmtes deutsches Volk, das in Frieden mit anderen Völkern lebt und sich nicht an Kriegseinsätzen beteiligt, die nur den geostrategischen und ökonomischen Interessen anderer Staaten dienen.

All dies gilt um so mehr, da wirklich tiefgründige außenpolitische Erörterungen nicht losgelöst von gesellschaftspolitischen Entwicklungen erfolgen können. Genau dies unterscheidet den ganzheitlichen nationalrevolutionären Ansatz vom pragmatisch-realpolitischen: Ersterer sieht die Felder des Politischen in ihren Interdependenzen und Wechselwirkungen und nicht als einzelne, voneinander entkoppelte Baustellen politischen Handelns. Konkret bedeutet das an dieser Stelle vor allem eine soziologische Erkenntnis, für die im realpolitischen Denken kein Platz ist: Es geht nicht nur um Souveränität und Interessen – es geht auch (und vor allem) um Identität.

Insbesondere Henning Eichberg hat sich um das Verhältnis von Identität und Entfremdung im Rahmen seiner politischen und wissenschaftlichen Publikationen verdient gemacht. Im Zuge einer ideengeschichtlich spannenden Fruchtbarmachung der Kulturkritik der 68er Studentenbewegung, die u. a. auf den entsprechenden Diagnosen Adornos und Horkheimers fußte, und einer Verbindung derselben mit dem sozial- und nationalrevolutionären Ansatz, hat er kollektive Entfremdungsprozesse verschiedenster Art aufgezeigt, die allesamt in einem engen Kausalzusammenhang zum sich globalisierenden Kapitalismus stehen, der kollektive Identitäten und Gemeinschaftlichkeit atomisiert und Gesellschaften individualisiert, ihnen dadurch Zusammenhalt und Solidarität raubt. Die USA als globale Führungsmacht des Spätkapitalismus spiel(t)en hierbei eine Schlüsselrolle, speziell für Deutschland auch mit Blick auf Umerziehung (»Reeducation«) und militärische Besatzung.

Die deutsche Identitätsvergessenheit ist eben nicht so sehr das Produkt »der« 68er – deren harter Kern um Personen wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl durchaus auch patriotisch gesinnte Personen umfaßte –, sondern eher die Folge liberaler Entpolitisierung (Carl Schmitt) und Individualisierung, die ohne die US-amerikanische Rolle in der bundesrepublikanischen Geschichte so nicht denkbar gewesen wären. Was wir heute erleben und beklagen – EU-Superstaat, Grenzöffnung, Political Correctness, »sanfter« neo- und linksliberaler Totalitarismus – ist letztlich das verstiegene Resultat enthemmter »westlicher Werte«. Das eine folgt aus dem anderen. Beides voneinander losgelöst zu betrachten hieße, entscheidende gesellschaftliche Kausalketten auszublenden.

Will die AfD zur gesamtdeutschen (!) Volkspartei werden, so muß sie überdies ein Lebensgefühl transportieren. Es wird nicht ausreichen, sich auf die Rolle eines parlamentarischen »Korrektivs« zu den Altparteien oder auch auf eine Rolle als fundamental-oppositionelle, aber programmatisch und personell heterogene Protestpartei zu beschränken. Nötig wird es sein, ein konsistentes, in sich logisches, d. h. aus auseinander ableitbaren Thesen und Modellen bestehendes Weltbild zu vertreten und zu kommunizieren, das – im positiven Sinne des Wortes – ideologietauglich ist und dessen Grundthesen sich in verschiedensten Politikfeldern wiederfinden lassen und beim politischen Rezipienten Aha-Momente auslösen, indem sie die Logik ihrer Herleitung erkennbar werden lassen.

Ein zentrales Feld, in dem sich eine solche weltanschauliche Konsequenz dringend stärker niederschlagen muß, ist die Außenpolitik. Die – richtige – realpolitische Einsicht, daß Staaten (und damit auch Nationen und Völker) *Interessen* haben und *souverän* sein müssen, um diese selbstbestimmt verfolgen zu können, muß ergänzt werden um die soziologische Erkenntnis, daß genau dadurch – und nur dadurch – auch das Fortbestehen bzw. die Wiederkehr ihrer kollektiven, nationalen *Identität* gewährleistet werden kann. Es gibt das eine nicht ohne das andere. Wer eine Rückkehr deutscher Identität will, wer ein Ende der Entfremdung, eine »Selbstbefreundung« (Björn Höcke) der Deutschen will, der muß sich vom westlichen Blockdenken verabschieden – und damit auch von jenen Institutionen und Ideologiebausteinen, die dieses politisch und militärisch tragen. ■

»Der Weg, der Deutschland nach Westen führte, endet in dem Verlust seiner selbständigen Existenz, in dem Schicksal, vom Westen ebenso politisch verschluckt zu werden, wie es von ihm zuvor schon geistig verschluckt worden ist.«

Ernst Niekisch: *Widerstand*, S. 42.

Literaturhinweise:

Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.): *Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945*, Reinbek bei Hamburg 1981;

Henning Eichberg: *Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft*, München/Wien 1978;

Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 2002;

Ernst Niekisch: *Widerstand*, Krefeld 1982;

Wolfgang Venohr (Hrsg.): *Die deutsche Einheit kommt bestimmt*, Bergisch Gladbach 1982.

Salvini. Strategie im Wandel

von John Hoewer

Erleichterung in den Kommentarspalten, als Matteo Salvini durch die Konstituierung des Kabinetts Conte II sein Amt als Innenminister verlor. Was war geschehen und, vor allem, was geschieht nun weiter in Italien, dem Laboratorium Europas, der polit-seismographischen Meßstation für populistische Erdbeben? Diese Meßstation ist ja von so eminenter Bedeutung, daß es dortige Regionalwahlen – in Regionen, die weniger als zwei Prozent der italienischen Gesamtbevölkerung abbilden – bis auf die Titelseiten der bundesdeutschen Presse schaffen.

Das Wahlergebnis im mittelitalienischen Umbrien war nun die erste quantifizierbare Erinnerung, daß der Ansturm der Lega auf das Amt des Ministerpräsidenten durch die Ereignisse des Spätsommers lediglich einen Dämpfer erhalten hatte. Die Wahl – sie war ein kurzes Temperaturfühlen im politischen Kessel der Halbinsel, ein Gradmesser für das aus der Not errichtete Kabinett Conte II, dessen tragende Fraktionen sich bis vor kurzem noch als Antagonisten gegenüberstanden, aber auch für das im Oktober konstituierte Mitte-Rechts-Bündnis Squadra Italia. Das Ergebnis spricht Bände: ein gesamtreicher Sieg mit über 57 Prozent Stimmenanteil.

Im progressiven Sekttaumel über das Ende der Amtszeit Salvinis ging ohnehin unter, daß der Abschied von der Regierungsbank weniger das Ende, als vielmehr den Startschuß zu einem substantiellen Sieg bedeuten könnte. Dabei hatten sich auch sympathisierende Beobachter im Sommer enttäuscht gezeigt. »Verzockt« habe sich Salvini, leichtfertig vieles verspielt. Doch blendete diese verkürzte Ansicht aus, daß der Regierungsbruch keineswegs monokausal auf einen kurzschlußähnlichen Machtrausch Salvinis zurückzuführen war. Von Anfang an war die Koalition der Populisten keine Liebesheirat. Dies zeigte sich zunächst in der Installation diverser technischer Minister sowie der Inthronisierung von Premier Conte, der als eine Art Knautschzone zwischen den von Beginn an in Scheidung lebenden Eheleuten fungieren sollte. Der Schein der Harmonie verdeckte zunächst das Geschacher um politische Prestigeprojekte der beiden ungleichen Partner. Rügten die sich zunehmend dem Establishment hingebenden Fünf Sterne den ihrer Ansicht nach zu heftigen Rechtskurs der Lega, bezichtigte Salvini seinen Koalitionspartner der Dauerblockade, sei es im Senat, in der Abgeordnetenversammlung oder im Ministerrat.

Für den Abbruch der Koalition sollten derlei inhaltliche Spannungen jedoch ein Vorwand bleiben – und ein Symptom. Denn es zeigte sich, daß die inneren Kräfteverhältnisse der Koalition äußerst ungleich verteilt waren. Daß die Fünf-Sterne-Bewegung innerhalb nur knapp eines Jahres die Hälfte ihrer Umfragewerte einbüßte, während die Lega sich verdoppeln konnte, lag freilich nicht nur an der Strahlkraft des omnipräsenten Matteo Salvini. Zwar verwunderte es nicht, daß die Lega auch dank ihres scharfen Kurses den weltanschaulich diffus aufgestellten Koalitionspartner schnell an die Wand drückte. Gleichwohl ist diese Schlagkraft auf einen wesentli-

»Die Wahlen in Umbrien sind eine regionale Wahl. Wer weiterhin behauptet, sie seien ein Test von nationalem Rang, der mißbraucht sie für Wahlkampfpropaganda.«
Ministerpräsident Conte, kurz vor der Wahl.

»Geht raus und zeigt ihnen, ob Umbrien wirklich nicht zählt!«

Matteo Salvini, ebenfalls kurz vor der Wahl.

chen strukturellen Vorteil zurückzuführen, den die Lega u ihren Gunsten auszuspielen mußte. Nicht nur mit Conte, sondern insbesondere mit Luigi di Maio (Jg. 1986) bestellten die Fünf Sterne einen Amtswalter, der keine nennenswerte Erfahrung in politischen Spitzenämtern mit sich brachte: Eine parteiinterne Online-Umfrage hatte ihn 2017 zum Spitzenkandidaten befördert. Sein Gegenüber, Salvini, kann hingegen als klassischer Parteikader auf ein Vierteljahrhundert Erfahrung auf allen politischen Ebenen zurückgreifen.

Analog zu ihrem Spitzenpersonal verfügt die Fünf-Sterne-Bewegung auch in der Breite über keine personellen Rekrutierungsebenen und nicht einmal über feste Parteistrukturen. Zwar verlagerten sich gewisse Einflußsphären von Beppe Grillo – dem TV-Komiker und Gründungsvater der Bewegung – auf die Riege der Parlamentarier. Strukturell blieb man indes lose organisiert; das hierzulande längst in Vergessenheit geratene Nichtkonzept der »Liquid democracy« hielt man aufrecht. Demgegenüber verfügt die Lega trotz ihrer intern föderativen Grundhaltung über straffe Parteistrukturen und geschulte Kader. Dank jahrzehntelanger Regierungsdominanz in den nördlichen Regionen und Provinzen sowie nach fünf Regierungsbeteiligungen auf nationaler Ebene seit 1994 verfügt man zudem über Regierungserfahrung und über Personal- und Kompetenzreserven, die über Parlamente und Gebietskörperschaften weit hinaus reichen.

Der Niedergang der Fünf Sterne in solch einer Regierungskoalition war gewissermaßen vorprogrammiert. Und er böte auch manch hiesigen Parteifunktionären reichhaltiges Anschauungsmaterial, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß ein im polit-strukturellen Blindflug angemischtes Gebräu aus Empörungszirkus und Basisdemokratie im Endstadium zwar ab und an laut brodeln mag, indes dauerhaft jede Gerüstidee einer möglichen Regierungsarbeit zu einem notorisch auf den eigenen Fall wartenden Kartenhaus im Tropensturm degradieren muß.

Innerhalb der Lega befeuerten dieser Koalitionszustand und der Niedergang der Fünf Sterne derweil konsequent jene Stimmen, die von Anfang an gegen das Bündnis plädierten, spätestens aber seit der Europawahl vehement für einen unmittelbaren Abbruch der Koalition trommelten. Der Koalitionsbruch erlöste Salvini letztlich aus diesem permanenten Spannungsverhältnis. Überhaupt überraschte der Koalitionsbruch an sich: niemanden. Für merkwürdig befand man eher dessen Zeitpunkt mitten im August, dem Höhepunkt der italienischen Sommerferien. Beobachter hatten bereits die Europawahlen im Mai als Stichtag dieses Schrittes antizipiert. Jedoch läßt sich ohne entsprechende Koalitionspartner auch innerhalb des komplizierten italienischen Wahlrechts mit 35 Prozent Stimmanteil keine Regierungsmehrheit bewerkstelligen. Ein Koalitionsbruch unmittelbar nach der Wahl und ohne notwendige Vorbereitung im Hintergrund wäre somit zum unkalkulierbaren Risiko geworden. Knapp drei Monate später lag sodann die Gewißheit vor, daß es zu einer Regierungsumbildung unter Führung der Lega nicht kommen würde, sondern nur mehr zwei Optionen denkbar waren, um sich der Ketten der Regierungskoalition zu entledigen: zeitnahe Neuwahlen oder ein Zusammenrücken von Fünf-Sterne-Bewegung und der klassischen Altpartei der Sozialdemokratie in einer linksgerichteten Koalition.

Hinsichtlich der Perspektive einer von der Lega erhofften Neuwahl dürften weitere gewichtige Überlegungen ursächlich dafür gewesen sein, die Regierung platzen zu lassen. Zunächst hätte das angedachte Referendum über eine Verkleinerung des Parlaments eine Neuwahl ins Ungewisse nach hinten verschoben, da dieses im Erfolgsfalle langwierige Arbeiten am Wahlrecht erforderlich gemacht hätte. Auch die damit einhergehende quantitative Verringerung der parlamentarischen Repräsentanz des Wahlsiegers dürfte Teil dieser Überlegung gewesen sein. Ferner eine Rolle gespielt hat das Kalkül, das diffizile Haushaltsgesetz für das Jahr 2020 in den Verantwortungsbereich des politischen Gegners zu heben, um dieses als weitere Munition in einem mindestens mittelfristig erwartbaren Wahlkampf nutzen zu können.

Sollten die derzeit auch in Italien gehypten Klimaideen in konkrete Ideen für Ökosondersteuern münden, dann dürfte die Haushaltsdebatte der nun oppositionellen Lega vermutlich die nächste Regierungskrise pünktlich zur Weihnachtszeit vor die Tür legen, sähen sich die ohnehin unter Druck stehenden und reihenweise ins Lager der Rechtsparteien

überlaufenden kleinen und mittleren Unternehmer etwa mit einer massiven Besteuerung von Nutzfahrzeugen konfrontiert. All das vollzöge sich, während mit dem Stahlwerk ILVA Süditaliens größter Arbeitgeber vor der Pleite steht und Matteo Renzi mit seiner neuen Linksformation (»Italia Viva«) ständige Störfeuer legt.

Ohnehin: Nach der empfindlichen Niederlage in Umbrien dürften die taumelnden Fünf Sterne und das *centro-sinistra* bei zukünftigen Wahlen wieder getrennte Wege gehen. Dies ist ein weiterer Vorteil für Salvini bei den insgesamt acht anstehenden Regionalwahlen allein in der ersten Jahreshälfte 2020. Für diese zeigt man sich im rechten Lager gut vorbereitet: Noch vor Regierungsbruch im August entstanden im Umfeld der Lega mehrere Strategien zur Wiedererlangung der Macht im Staate. Diesmal sollte sie stabiler und nachhaltiger sein – und sie sollte das bisweilen überlagerte Primärziel der Partei wieder in den Fokus rücken: die Autonomie. Denn so sehr sie die Partei zu völlig neuen Wahlerfolgen führt: Die territoriale Ausweitung der Lega bedeutete, und das wird in Deutschland von Freund und Feind Salvinis übersehen, das Ende der Lega Nord, der Ursprungs-Lega, deren vorrangiges weltanschauliches Fundament der Radikalföderalismus und die daraus abgeleiteten Autonomierechte der Regionen ist, insbesondere jene der wirtschaftlich potenten nördlichen Regionen der Po-Ebene. Keineswegs bedeutete das Verschwinden des Namenszusatzes »Nord« aus dem Wappen des Wahlangebotes, daß aus einer Lega Nord nun die Lega Nazionale geworden wäre. Der Koalitionsbruch verdeutlichte dies nachträglich, denn er öffnete einem neuen Anlauf die Tore, der nach den Vorstellungen der Mailänder Denkfabrik *Il Talebano* (»Der Taliban«) aus dem identitätsstiftenden »alten« Autonomiestreben gar die Grundlage einer dezidiert neuen Strategie machen sollte. Noch wenige Wochen vor Ende der Koalition verrannten sich die damaligen Partner in wüste Debatten um die Umsetzung einer Autonomiereform, die insbesondere einigen prosperierenden Regionen des Nordens weitere Finanzkompetenzen übertragen sollte. Dies wäre mit massiven Einbußen zulasten der Steuereinnahmen des Bundes in Rom einhergegangen, welche die Fünf Sterne gerne weiterhin in teure Prestigeprojekte zugunsten ihrer wählerstarken Bastionen im Süden umgeleitet (gewußt) hätten. Doch die Vordenker der Lega scheuten einen neuerlichen Nord-Süd-Konflikt, der die manifesten Erfolge der territorialen Ausbreitung zurückgeworfen hätte. Sie entwickelten daher einen neuen Plan.

Seit jeher argumentieren die Gegner der Autonomie, jede weitere Föderalisierung zerstöre den italienischen Süden, hänge diesen noch weiter ab von Wohlstand und Entwicklung. Im Norden sah man dies freilich stets anders. Vielmehr sei dies die Schuld einer unfähigen und korrupten Kaste der alten Parteien, deren Versagen mit den aus dem fleißigeren Norden abgepreßten Milliarden – so das Ur-Narrativ der Lega Nord – kaschiert und deren Herrschaft artifiziell am Leben gehalten worden sei. Genügend Mittel für den Süden habe es schließlich immer gegeben: Die Schuld am Elend des *Mezzogiorno* trage das zentralistische System Roms, dem immanent sei, daß dessen Funktionselite egoistische Parteiinteressen über das Wohl der Regionen und ihrer jeweiligen Landsleute gestellt habe. Fortan, so der Plan der erneuerten Lega, solle die Autonomie südlich des Tibers nicht mehr als Drohung wahrgenommen werden, sondern als Chance für den Süden, der sich so zu einem Protagonisten aufwerten könne, der seine Identität, seine Geschichte, seine Kultur und seinen Genius den Händen der *partitocrazia*, der Parteienherrschaft, entreiße, die ihn jahrzehntlang klein gehalten habe.

Helfen würde dem Süden demnach der Kompetenzexport just jener politischen Kraft, die den Norden des Landes als Regierungskraft seit Jahrzehnten auf Erfolgskurs halte und deren Kernland, die Lombardei, traditionell zu den stärksten Wirtschaftsregionen Europas gehört.

Diese dialektisch-ironische Strategie kann der Lega womöglich im doppelten Sinne zu ihren Zielen verhelfen. Zunächst setzt sie über eine Serie von Erdbebensiegen in den Regionen zum Neuanlauf auf den Palazzo Chigi an, von dem aus sie dank ihrer alsdann formierten Basen auch in den südlichen Regionen ihr originäres Ziel mit neuer Machtfülle verfolgen kann: den massiven Ausbau des gesamtitalienischen Föderalismus.

Aber: Mit wem regieren? Die Lega steht künftig vor einem Dilemma zwischen der Bildung eines dezidiert rechten und souveränistischen Blocks

»Italien ist eine Nation, deren zahlreiche Völker von einem gemeinsamen Fernsehprogramm zusammengehalten werden.«

Untertitel einer italienischen Karikatur.

»Nachdem der Souveränismus bewiesen hat, daß er sich vom System nicht zerquetschen läßt, kann er nun den Beweis erbringen, daß er in der Lage ist, das System zu regieren.«

Fabrizio Fratus und Vincenzo Sofo, Autoren des *Talebano*.

sowie der Hinwendung zu moderaten Kräften, also: einem liberaleren und breiteren Bündnis. Radikalere Positionen, etwa die Forderung nach dem Ausstieg Italiens aus der Eurozone oder der EU, wurden bereits im alten Regierungsbündnis verworfen, die quasi-revolutionäre Rhetorik wurde abgelöst durch den »bürgerlichen« *Normalismo*. Auch Salvini weiß: Ein Bündnis allein mit den »postfaschistischen« Fratelli d'Italia wird für eine stabile Regierung auf Dauer nicht ausreichen, und zwar weniger aufgrund fehlender Stimmanteile als vielmehr aus systemischen Gründen. Bei der Lega meint man gelernt zu haben, daß *an der Regierung sein* das eine ist, tatsächliches *Regieren* jedoch etwas anderes. Man fürchtet, eine klassische Rechtsregierung würde nur allzu leicht zum Opfer der internationalen



Märkte sowie von deren Handlangern innerhalb der EU-Bürokratie und würde durch diese recht bald ökonomisch und politisch aus dem Spiel genommen. Daher plant man in der Mailänder Parteizentrale langfristiger – und fährt seine Strategien mehrgleisig. Stützpfeiler für zukünftige Regierungen sollen her, in Form neuer einflußreicher Partner aus einer politischen Landschaft, die in den nächsten Jahren weitere massive Einschnitte wird zu verkraften haben: Man liebäugelt damit, aus der Europäischen Volkspartei (EVP) Mosaiksteine herauszubrechen. Kein Prophet muß derjenige sein, der die Vorausschau wagt, daß die dortige deutsche Dominanz spätestens mit dem Ende der Ära Merkel – jener skurril bundesdeutschen Art technokratischen Machterhalts – weiter schrumpfen wird, die politischen Hausmächte vieler traditioneller EVP-Mitglieder bröckeln oder bereits pulverisiert sind. Italien ist hierfür schlechterdings das Musterbeispiel. Zwar hatten Verhandlungen rund um die Europawahl offenbart, daß die außenpolitischen Hürden noch zu hoch waren, um in den Machtbereich der EVP einzudringen und ihr gewichtige Partner zu entreißen; bald aber wird die Lega mit anderen Pfunden wuchern können als noch in der Rolle des Juniorpartners einer Experimentalregierung. Erst recht gilt diese Annahme dann, wenn in zwei Jahren Lega-dominierte Parlamentsmehrheiten aufgerufen sein werden, zur Nominierung und Wahl des italienischen Staatspräsidenten zu schreiten. Was also, wenn man zukünftig selbst dieser Partner sein könnte? Salvini wird auf den ureigenen Opportunismus christdemokratischer und (struktur)konservativer »Partner« bauen können. Dieses Gesetz ist ein genuin europäisches. ■

»Wenn man regieren will, dann bedarf es eines Systems starker und stabiler internationaler Beziehungen. Und die befinden sich im Entstehen.«

Giancarlo Giorgetto, Lega, Salvini-Intimus und ehemaliger Staatssekretär im Ministerrat.

Ökologische Beleuchtungen (2) – Mogelpackung Elektroauto

von Jonas Schick

Zwei Kenndaten machen den Erfolg oder Mißerfolg – je nachdem, wie man es wendet – der deutschen Energiewende sichtbar: Das ist zum einen der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch (bezeichnet die gesamte Strommenge, die hierzulande verbraucht wird; auch Transportverluste) im Jahr 2018, der bei 37,8 Prozent lag, und zum anderen der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch (Summe aller im Inland gewonnenen Energieträger zuzüglich des Saldos der importierten/exportierten Mengen sowie der Bestandsveränderungen abzüglich der auf Hochsee gebunkerten Vorräte) im Jahr 2018 von 13,8 Prozent.

Diese notwendigen Erklärungen samt Einschüben verdeutlichen, daß die Energiewende zuvorderst eine Stromwende ist. Der Verkehr und Wärmesektor blieben bisher weitestgehend unberührt vom subventionierten Vormarsch der Erneuerbaren. Daher liegt der Erneuerbarenanteil am Bruttostromverbrauch relativ hoch, aber rangiert beim Primärenergieverbrauch auf vergleichsweise marginalem Niveau. Das soll sich nun ändern; speziell im Verkehrssektor forciert man staatlicherseits seit geraumer Zeit Technologien, die eine vollständige Umsetzung der Energiewende realisieren sollen.

Der Träger der »Wende«, auf den gesetzt wird, ist die Elektromobilität. Letztlich bedeutet ein Gelingen dieses Vorhabens eine Integration des Verkehrssektors in die Stromwende, insofern als der Sekundärenergieträger »Benzin« durch die Endenergie »Elektrizität« substituiert wird. Vermarktet wird dieser ökonomische und infrastrukturelle Kraftakt als eine Lösung für die ökologischen Problemstellungen, die mit dem Fortbewegungsmittel »Auto« verknüpft sind. Insbesondere die Emissionsbilanz der Stromer soll besser als die der Verbrenner ausfallen. Die »Klimafreundlichkeit« einer Technologie ist in Zeiten der »Klimanotstände« das zentrale Charakteristikum ihrer Wertigkeit.

Gleichwohl sind die ökologischen Auswirkungen des Automobils in zwei Kategorien aufzutrennen: seine Emissionen auf der einen sowie sein Ressourcenverbrauch und die daran gekoppelten Umweltfolgen (Abraum, Wasserverschmutzung etc.) auf der anderen Seite. Wir ha-

ben es hierbei mit reziproken Größen zu tun – je nach Menge und verwendeter Ressource steigen oder sinken die Emissionen, die bei der Herstellung, Betrieb und Entsorgung/Wiederverwertung eines Fahrzeugs entstehen.

Das grundsätzliche ökologische Defizit moderner Mobilität wird am Leergewicht deutlich: Wog der VW Golf 1 (Baujahr 1974–1983) zwischen 750 und 805 Kilogramm, so bewegt sich das Gewicht der aktuellen Baureihe, Golf 7, je nach Ausstattung im Rahmen von 1200 bis 1600 Kilogramm. Zugespitzt: Komfort wiegt. Vergleicht man die materialintensivsten Versionen der jeweiligen Baureihen, ist eine Verdoppelung des Leergewichts und damit ein erheblicher Anstieg des Ressourcenbedarfs zu konstatieren. Der leistungsstärkste VW ID.3, ein Elektromobilitätsnachfolger des Golfs, der mit einer akzeptablen Reichweite von 550 Kilometer auf dem Papier aufwarten kann, wiegt mit 1900 Kilogramm noch einmal wesentlich mehr. Die Gewichtszunahme ist unter anderem auf die große verbaute Batterie (500 Kilogramm) zurückzuführen, die für die Reichweite unerlässlich ist. Demzufolge verzehrt die Herstellung von Elektroautos unter derzeitigen Gesichtspunkten noch mehr Ressourcen als die vergleichbaren Kraftwagen auf Verbrennungsmotorenbasis.

Es findet indes nicht lediglich eine reine Steigerung des Gewichts statt, sondern auch ein Wechsel der verwendeten Materialien. Elektroautos benötigen im Gegensatz zu ihren verbrennenden Vorgängern hohe Mengen an Lithium, Kobalt, Nickel, Seltene Erden und Kupfer. Sowohl die Lithium-Ionen-Akkus als auch die für die Elektromotoren notwendigen Permanentmagnete können ohne diese Rohstoffe nicht produziert werden.

Der ernüchternde Befund: Sie sind als kritisch einzustufen, wie eine im Juli dieses Jahres veröffentlichte Materialstudie der Landesagentur für neue Mobilitätslösungen und Automotive Baden-Württemberg (»Innovationsagentur und Kompetenzstelle des Landes Baden-Württemberg«) wieder einmal unter Beweis stellte. Bezüglich des essentiellen Rohstoffs Kobalt kam die Studie beispielweise zu der Einschätzung, daß die statische Reichweite (die Zeitspanne, für die bei aktuellem Verbrauch die



Minenarbeiter im Kongo.

weltweit bekannten und wirtschaftlich förderbaren Vorkommen eines nicht-erneuerbaren Rohstoffs noch reichen werden) seiner Ressourcen lediglich 170 Jahre betrage.

Zeitgleich wird die technische Folgeschwere eines Versiegens der Kobalt-Vorkommen als enorm hoch eingestuft. Konträr zu dem von grüner Seite kolportierten Bild, daß qua Elektromobilität eine Lösung der mit Öl verbundenen Knappheitsproblematik gefunden sei, wird statt dessen die Substitution eines knappen Rohstoffs mit einem anderen knappen Rohstoff vollzogen. Darüber hinaus stellt sich kein autarker Zustand der Produktion und des Verbrauchs von Energie durch »grüne« Technologie ein, sondern die Abhängigkeitsverhältnisse verschieben sich – im Fall Kobalt im übrigen hin zur Demokratischen Republik Kongo.

Ferner geht mit dem Kobaltabbau im Kongo eine signifikante Rodung des Regenwaldes einher, welche die Biodiversität eklatant verringert und die Lebensgrundlage der Einheimischen gefährdet. Außerdem werden die lokalen Gewässer durch Bergbauabwässer verunreinigt.

Die negativen Umweltauswirkungen der Förderung betreffen jedoch nicht nur das Kobalt: Keiner der aufgeführten Rohstoffe kann in ökologisch unbedenklicher Weise gefördert werden. Derweil müssen bei der Verarbeitung der Rohstoffe und der Produktion der Batterie erhebliche Mengen an Primärenergie aufgewendet werden. Das führt dazu, daß Elektroautos im Vergleich zu Benzinern mit einem großen »Treibhausgas-Rucksack« ihr Produktleben beginnen und aufgrund des deutschen Strommixes mit relativ hohem Kohlestromanteil diese »Geburtslast« erst nach Tausenden Kilometern abgearbeitet haben.

Eine vom ADAC in Auftrag gegebene und Ende Oktober veröffentlichte Lebenszyklus-Analyse kam diesbezüglich zu folgendem Ergebnis: »Das Elektroauto kann seine Vorteile im Vergleich zu Benzin und Diesel erst nach ca. 127 500 Kilometer oder 8,5 Betriebsjahren [Benzin] bzw. ca. 219 000 Kilometer oder 14,6 Betriebsjahren [Diesel] ausspielen.« Erst wenn

der deutsche Strommix fast ausschließlich von Erneuerbaren bereitgestellt wird, »erfolgt die Amortisation der hohen Treibhausgas-Emissionen aus der Produktion bereits nach ca. 37 500 Kilometer gegenüber dem Benzinern bzw. ca. 40 500 Kilometer gegenüber dem Diesel«. Jedoch befindet sich das Ziel einer vollumfänglich erfolgten Stromwende in weiter Ferne und hat mit schwerwiegenden technischen Imponderabilitäten zu kämpfen, die durch eine Anbindung eines bisher nicht vom Stromnetz versorgten Energiekonsumptionsektors ins System kollabierende katalysiert werden würden.

Legt man nun die oben besprochenen ökologischen Negativfaktoren an die Projektion der OECD, daß die weltweite Anzahl der PKW bis 2050 auf rund 2,4 Milliarden ansteigen könnte, und verbindet das mit der in diesem Kontext von der Initiative Agora Verkehrswende geforderten Elektrifizierung des Verkehrs zur Einhaltung der Klimaschutzziele, gelangt man zum aberwitzigen Ergebnis, daß bei einer derartigen PKW-Explosion die Emissionen trotz vollständiger Elektrifizierung weit höher lägen als zum aktuellen Zeitpunkt mit einer Dominanz von Verbrennungsmotoren. Das drängende Problem der automobilen Fortbewegung ist demnach ihre fortschreitende Verdichtung und der daran gekoppelte Flächen- und Ressourcenverbrauch und nicht ihr »klimafreundlicher« Ersatz.

In Anbetracht der hier – freilich in gebotener Kürze – skizzierten Gegebenheiten bestünde eine ökologisch verantwortliche Verkehrspolitik zunächst darin, die bereits auf den Straßen befindliche Kraftfahrzeugsflotte so lange wie möglich in Betrieb zu halten und nicht durch Neukonsum frühzeitig zu ersetzen oder sogar weiter zu verdichten. Das unlängst von der Bundesregierung verabschiedete milliarden schwere Subventionspaket zum Ankurbeln der Mobilitätswende unterminiert einen derartigen Ansatz nachhaltig. Vier Milliarden Euro Kaufprämien, die in den nächsten sechs Jahren bis zu 700 000 neue Elektroautos auf Deutschlands Straßen bringen sollen, helfen in erster Linie der Autoindustrie – der Natur indessen am allerwenigsten. ■

Migration und Krise – neue Bücher

von Andreas Karsten

Das Thema Migration ist nach wie vor Dauerbrenner in der europäischen Medienlandschaft. Teilaspekte wurden mit erregten Gemütern diskutiert, darunter Ursachen der Migration, Lebensumstände von Migranten, Umgang der EU-Staaten mit irregulären Neuankömmlingen sowie Folgen für den Sozialstaat und die autochthonen Völker Europas. Inzwischen liegt der erste Schock der Migrationskrise des Jahres 2015 bereits vier Jahre zurück, wobei der Erkenntniswert der diesbezüglich publizierten Untersuchungen erwartungsgemäß unterschiedlich ausfällt.

Der erste zu vermerkende Band ist die Dissertation des Münchner Historikers Philip Zölls *Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken*, die im Allitera Verlag erschien (München 2019, 232 S., 36 €). Zölls liefert eine detaillierte Beschreibung der bundesdeutschen Migrationspolitik. Er beginnt in den 1950er Jahren und leitet über zu den Auswüchsen in den 1970er Jahren.

Der Autor verweist bezüglich des theoretisch-ideengeschichtlichen Hintergrundes seines Werkes auf Theorien Michel Foucaults, kommt aber dann in seinen hauptsächlich deskriptiven Analysen der Migrationspolitik in der Nachkriegszeit kaum auf diese theoriegeleiteten Betrachtungen zurück. Neben der Entwicklung eines migrationspolitischen Zeitstrahls liegt die analytische Leistung Zölls' vielmehr darin, mit einigen historischen und aktuellen Mythen der politischen Debatte um das Thema Migration nach Deutschland und zur Perspektive der BRD als Einwanderungsland aufzuräumen. Die Vorstellung, die politischen Weichen für die Masseneinwanderung und den problematischen Umgang mit der Integration oder der Ausweisung von Migranten seien erst 2015 durch Angela Merkels »Grenzöffnung« gestellt worden, wird durch die hier dargelegten Fakten entkräftet.

Zölls' Darstellung der ordoliberalen Wirtschaftspolitik und ihrer Gier nach günstigen wie flexiblen Arbeitskräften einerseits und den repressiven Bedingungen der Unterbringung und Lebensgestaltung von Arbeitsmigranten in der Ära Ludwig Ehrhards andererseits zeigt die Ambivalenz der Migrationspolitik der 1960er Jahre. Die Schilderung der Restriktionen bei der Einreise von Migranten in Form strenger Kontrol-

len der Herkunft, medizinischer Sicherheitsüberprüfungen und einer zentralisiert-reglementierten Unterbringung beweisen, daß die Bundesrepublik nicht immer so wehrlos-passiv gegenüber dem Zustrom von Migranten war, wie es dem Bürger heute erscheint. Aus Perspektive des Autors sind diese Maßnahmen freilich durchweg negativ konnotiert. Das Ende des Zeitstrahls bildet ein Bericht des damals frisch ernannten Bundesbeauftragten für Ausländerfragen aus dem Jahr 1978, der eine Zäsur im Umgang mit Migranten aus bundesdeutscher Regierungsperspektive darstellt. Der Bericht bezeichnete die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland als »unumkehrbar«, forderte eine »vorbehaltlose und dauerhafte Integration« und stellte ein kommunales Wahlrecht für Migranten in Aussicht. Das alles wurde 37 Jahre vor »Wir schaffen das!« Regierungsansinnen, weshalb es als ein Indiz für die migrationspolitische Kontinuität des herrschenden Kartells über die variierenden Regierungskonstellationen hinaus zu gelten hat.

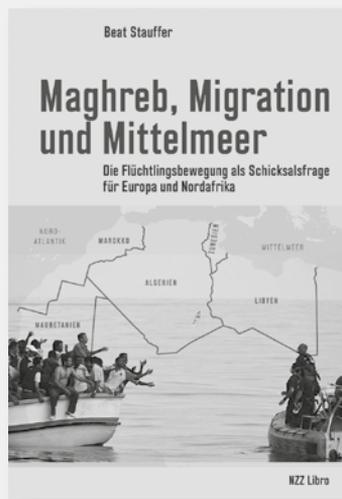
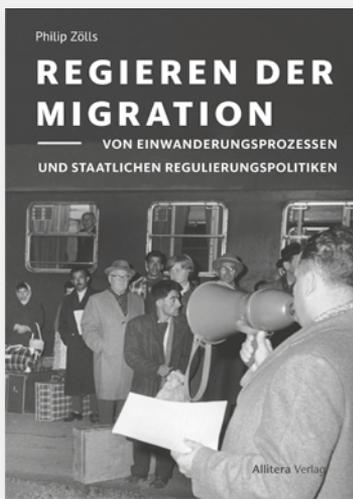
Zölls' veröffentlichte Dissertation ist dabei ein nüchtern verfaßter, jedoch pointierter Bericht, der keine Antworten auf die heutige Situation geben kann, aber eine gute Argumentationsgrundlage darstellt und überdies einen Eindruck davon vermittelt, wie es konsequent zum Ist-Zustand kommen konnte.

Eine andere Perspektive nimmt der schweizerische Journalist Beat Stauffer ein. In seinem Werk *Maghreb, Migration und Mittelmeer*, das im Verlag NZZ Libro erschien (Zürich 2019, 320 S., 38 €), beschreibt der erwiesene Nordafrika-Kenner die Migration nach Europa aus Sicht der afrikanischen Staaten am Mittelmeer und ihrer Bevölkerung. Sein Buch, so Stauffer forsch, sei eine »Nachhilfe gegen jede Art von Realitätsverweigerung in Sachen Migration und Asylpolitik«. Was folgt, ist eine detaillierte und differenzierte ethnographische Studie, deren Protagonisten über weite Strecken die Harraga sind – junge Männer aus den Maghreb-Staaten, die ihre Heimat auf der Suche nach ihrem persönlichen Glück, einem Abenteuer oder auf der Flucht vor dem Gesetz verlassen. Der Autor gibt ihnen, in Form zahlreicher Photographien, ein Gesicht und läßt sie zu Wort kommen. Er zeichnet ihren Leidensweg nach, hinterfragt

aber ihre Motive und Praktiken. Er kritisiert das idealisierte Bild, welches die Presse zeichnet und macht deutlich, daß die meisten Harraga nicht aufgrund von Hunger, Krieg und Vertreibung nach Europa gelangen. Es sind kräftige Männer, die auf ihren Smartphones Bilder ihrer Freunde sehen, die es nach Europa geschafft haben und sich scheinbar spielerisch mit Markenklamotten, Unterhaltungselektronik und Mädchen eindecken. Diese Verheißungen tragen zu ihrer Entscheidung bei, lieber »ihr Land zu verlassen, als sich am Aufbau einer neuen, demokratischeren und gerechteren Gesellschaft zu beteiligen«.

Stauffer benennt zudem die Profiteure des Migrationsdrucks in der Maghreb-Region. Ohne hochkriminelle Schleppnetzwerke würde die

Abriß besteht aus einer Aneinanderreihung von Anekdoten von und über Personen der Zeitgeschichte oder aus dem persönlichen Umfeld des Autors. Von der deutschen Auswanderung nach Amerika im 19. Jahrhundert geht es zur Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten und ihre Ansiedlung in den verschiedenen Besatzungszonen der heutigen BRD. Danach springt er zu den in Westdeutschland angeworbenen Gastarbeitern und den Vertragsarbeitern der DDR. Kurz darauf geht es um Rußlanddeutsche und jüdische Kontingentflüchtlinge, bevor der Sprung ins Jahr 2015 erfolgt. Plamper stellt die Geschichte der Migration von und nach Deutschland als Erfolgsgeschichte dar, und das, obwohl selbst er fast nur problematische Bei-



Alle vorgestellten Titel sind erhältlich bei antiaos.de

massenhafte Migration nicht funktionieren. Der Autor zeigt die Tristesse der Kleinstädte, die krassen Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Touristenorten und den Abgehängten auf dem Land. Er kritisiert den Umstand, daß sich viele Autoren gerade nicht mehr auf Recherchen vor Ort einlassen, wodurch es mehr und mehr zu Zitierkartellen kommt. Bei Stauffer sind es neben den detaillierten Vor-Ort-Studien im Maghreb vor allem die luziden Einschätzungen von Sinn und Widersinn europäischer Migrationspolitik und die pragmatischen Lösungsansätze in einer scheinbar ausweglosen Situation, die sein Werk lesenswert machen. Stauffer bietet Journalismus mit wissenschaftlicher Präzision und ohne den drohenden Zeigefinger linker Gesinnungsethik.

Diese analytische Schärfe sucht der Leser von Jan Plampers Monographie *Das neue Wir* (Frankfurt a.M. 2019, 400 S., 20 €) vergeblich. Der Kosmopolit Plamper, der, in Deutschland geboren, unter anderem in Rußland und den USA lebte und mittlerweile an der University of London lehrt, versucht Massenmigration als einen deutschen Normalzustand darzustellen. Dafür bemüht er eine Fülle von historischen Beispielen, die weder logisch noch chronologisch aneinander anschließen. Sein geschichtlicher

spiele aufzählt, in denen Migrationsbewegungen soziale Spannungen hervorriefen, Menschen ihrer Heimat beraubt oder entwurzelt wurden. Der Autor verkennt grundlegende soziologische Kausalitäten über das Zusammenleben etablierter, gewachsener Gemeinschaften und ihr Verhältnis zu Außenseitern. Proteste des deutschen Volkes gegen den massenhaften Zustrom an Migranten erscheinen als rechtsradikale Anomalien; kritische Punkte wie Ausländerkriminalität werden nicht thematisiert. Migranten sollten nicht zur Integration oder Orientierung an einer Leitkultur gezwungen werden, da man dadurch den lokal gewachsenen Sitten und Gebräuchen einen höheren Stellenwert zuschriebe als den neu hinzugekommenen. Immer wieder drängt sich die Frage auf, wo die versprochene Erfolgsgeschichte der Migration zu finden sei. Stattdessen wartet der Autor vor allem gegen Anfang und Ende seines Werkes mit linken Klischees auf (»Jeder ist Migrant, fast überall, fast immer – besonders die Deutschen«). Eine globale Politik der offenen Grenzen ist ihm am Ende ausweglos und alternativlos. Schuld daran ist vor allem der Westen, durch seinen Kolonialismus, den Klimawandel etc. Die vorliegende Studie ist letztlich keine – dafür aber enthält sie die Quintessenz multikulturalistischer Ideologiebildung. ■

Leben auf dünnstem Eis

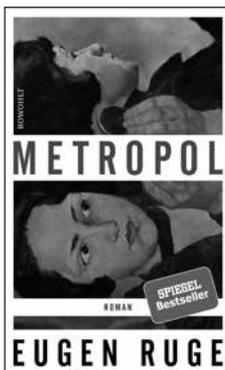
Eugen Ruge: *Metropol, Roman*, Hamburg: Rowohlt 2019. 432 S., 24 €

Der Autor Eugen Ruge wurde im Juni 1954 geboren, also ein gutes Jahr nach Stalins Tod. Sein Vater war ein an den Ural deportierter deutscher Kommunist, seine Mutter eine Russin. 1956 konnte die Familie in die DDR aussiedeln. 2011 legte Ruge den mehrfach ausgezeichneten Familienroman *In Zeiten des abnehmenden Lichts* vor, einen DDR- und Wenderoman. Mit *Metropol* hat er nun die damals ausgeklammerte Lebensgeschichte seiner Großmutter Charlotte nachgereicht, verdichtet auf jene 477 Tage, die sie gemeinsam mit ihrem Mann im Hotel Metropol, Moskau, verbringen mußte, festgehalten wie Forellen im Aquarium eines Restaurants, von denen eine nach der anderen abgefischt wird.

Im Metropol werden nach und nach unter Verdacht geratene Mitglieder der Kommunistischen Internationalen (Komintern) einquartiert.

In den Jahren 1936 bis 1938, der Zeit der stalinistischen »Säuberungen«, wurde auch der Nachrichtendienst der Komintern, die sogenannte OMS, liquidiert. Im Epilog, einem editorischen Bericht Ruges über seine Recherchen und den unglaublichen Zufall, der seine Großmutter überleben ließ, sind die realen Personen hinter den Romanfiguren aufgelistet: Jeder Absatz schließt mit dem Datum der Erschießung oder des Todes im Gulag.

Man kennt diese dünnen Auflistungen (»erschossen«, »zu Tode gefoltert«, »verhungert«, »erfroren«) aus wissenschaftlichen Arbeiten und Fallprotokollen. Aber den Weg dorthin, den Weg bis zu dem Moment, in dem es morgens um halb vier an der Tür klopft und man abgeholt wird, während man in den Wochen und Monaten zuvor die ehemaligen Kollegen verschwinden sah: Diesen Weg hat Ruge nun so beklemmend beschrieben wie selten jemand zuvor. Wie gelingt das? Ruge nimmt nie eine vorgehende oder allwissende Perspektive ein, auch nicht indirekt dadurch, daß eine seiner Figuren (seine Großmutter beispielsweise) den willkürlichen, brutalen, rechtsfreien, auf Machtsicherung abzielenden Terror Stalins durchschaute, mit den bedrohten Kollegen offene Worte darüber spräche oder Fluchtpläne schmiedete. Vielmehr vermutet jeder allenthalben klare, also in der Ratio der Partei und den kommunistischen Bewegungsgesetzen liegende Indizien dafür, warum wohl der eine verhaftet, der andere liquidiert, der dritte abgesetzt worden sei.



Diese Gläubigkeit in die Unfehlbarkeit von Partei und Führung, die Empörung über Verräter und Hintertreiber (»Trotzkisten«) und die Überzeugung, daß Säuberungen notwendig seien, wird konterkariert von einem Verhaltensmißtrauen in die Klarheit der Kriterien: Kaum ist einer verhaftet, bricht Panik bei denen aus, die sich einer »Verstrickung« bewußt sind, und seien es der Verkauf eines gebrauchten (oder doch neuen?) Grammophons an den Überführten, gemeinsame Bekannte oder Erinnerungen an eine Kampfzeit, die weit zurückliegt, aber plötzlich so wirkt wie heute ein Google-Treffer auf eine Jugendsünde aus dem Jahr 1997. Wenn es doch gerechte, eindeutige Maßstäbe für die Bewertung einer Tat, einer Parteibiographie gibt, mag die Offenlegung der Kontaktschuld zum Verbrecher das gebotene Mittel sein – aber warum nicht frei heraus damit? Warum feilt Charlottes Mann wochenlang an jeder Formulierung? Ist das alles so leicht mißzuverstehen? Ist die Bekanntschaft mit einem, der im Schauprozess geständig war, bereits ein Schuldgrund? Sind solche Maßstäbe gerecht? Oder weiß die Partei einfach mehr, und man selbst verbrämt sich den unaufmerksamen Umgang mit dem »Element« aufgrund bürgerlicher Verhaltens- und Bewertungsrückstände?

Dieses Leben auf dünnstem Eis wird endlich ausgesprochen, als am Abend vor der Verhaftung ein Ehepaar Bekannte und ehemalige Kollegen zu einer Geburtstagsfeier einlädt. Die Hälfte kommt nicht (Kontaktangst), ein paar können gar nicht mehr kommen (bereits verhaftet) und der Rest? Sitzt zusammen, tastet ein wenig – dann brechen die Zweifel auf: »Inge, als spräche sie zu niemandem: Als ich in die Partei eintrat, da waren sieben Leute im Politbüro. Von den sieben ist einer heute der unumstrittene Führer, und fünf sind Volksfeinde. – Paul sagt: Du willst doch nicht ernsthaft bezweifeln, dass das objektiv Volksfeinde sind. – Ich bezweifle gar nichts, sagt Inge. Aber wenn du morgen verhaftet wirst, bist du dann auch ein Volksfeind?«

»Intelligenz schützt nicht vor Ideologisierung«, sagt Ruge. Sein Zeitroman *Metropol* ist das literarische Mahnmal für die zeitlose Gültigkeit dieser These. Das Folterbesteck rostet nicht: Verdacht, Denunziation, Unsicherheit, Vereinzelung, Stigmatisierung, Ratlosigkeit – oder weiß jemand Rat? »Schreib an Stalin, sagt Hilde.« Eine halbe Seite weiter: »Es dauert lange, bis sie begreift, dass es an ihre Tür pocht.«

GÖTZ KUBITSCHKE ■

Verlorene Völker

Jean Raspail: *Die Axt aus der Steppe*, Wien: Karolinger 2019, 245 S., 24 €

Die Axt aus der Steppe erschien erstmalig 1974, ein Jahr nach dem apokalyptischen Alptraum *Das Heerlager der Heiligen*, ein Werk, das den damals 48jährigen Jean Raspail im Laufe von »fünfzehn Monaten schöpferischer Erregung« an die Grenzen seiner Kräfte gebracht hatte. *Die Axt aus der Steppe* ist gewissermaßen das Resultat einer Genesung und einer Rückbesinnung des Autors auf die Quellen seiner Inspiration, wenn nicht auf »das Wesentliche« des Lebens selbst: »Das Fortleben des Menschen, wenn er dafür ein Bewußtsein hat, so erbärmlich und in grotesker Weise nutzlos er sich selbst in Stunden der Mutlosigkeit vorkommen kann.« Für Raspail schöpft der Mensch »die Kraft, fortzubestehen« aus dem Bewußtsein, lebendiges Glied einer Kette von Ahnen und Träger einer Tradition zu sein. Wahre Menschen existieren nur dort, wo der Faden nicht abgerissen und die Kette nicht zerbrochen ist; und dennoch ist die Geschichte eine »Leichenkammer« voller Risse und Brüche, voller Auf- und Untergänge von Völkern, Nationen, Sprachen und Rassen. Als mythisches Symbol dieser Ahnenkette gilt dem Autor ein Familienerbstück, das er wie einen Kultgegenstand ehrfürchtig auf seinem Schreibtisch aufbewahrt: Eine antike Axt aus schwarzem Stein, »den vor dreitausend Jahren jemand poliert hat, der mir womöglich ähnelte.« Diese Axt wird zum Ausgangspunkt einer melancholisch-romantischen Reise, in der sich Dichtung und Wahrheit auf sehr persönliche Weise vermischen.

Das große Thema sind die »verlorenen Völker«, »vergessenen Minderheiten« oder »Zeugen-Völker«, denen Raspail im Laufe seines Lebens begegnet ist und von deren »unschätzbarem Weiterleben bis in unsere Tage« er berichten will. Seine Reisen führen ihn in die Karibik, zur »Halbgötterdämmerung« der Urus in den Anden, nach Rußland zu den Nachkommen der napoleonischen Truppen, nach Japan zu den Resten der Ainu, die das Land beherrschten, »als Cäsar noch nicht geboren war«, und den Katakomben-Katholiken, die Jahrhunderten grausamer Verfolgung standhielten, auf die Katalaunischen Felder, wo sich einst Römer, Hunnen und Westgoten schlugen, in das Languedoc, Heimat seiner Familie, und natürlich in sein geliebtes Patagonien.

Wie manche Maler immer dasselbe Motiv in unendlichen Variationen malen, so hat Raspail im Grunde immer wieder dasselbe Buch geschrieben. Nicht anders *Die Axt aus der Steppe*: Man begegnet hier der Quintessenz des Stoffes, aus dem der Autor sein Lebenswerk geschöpft hat. Ob sich die Szene wirklich abgespielt hat oder von Raspail nur erträumt oder zumindest beträchtlich ausgeschmückt wurde – in sei-

ner Huldigungsrede an den mit kurzärmeligem Hemd, geflickter Hose und improvisierter Kommandeurschärpe bekleideten Karibenkönig der antillischen Insel Dominica, die großteils von riesenhaften schwarzen Sklavenabkömmlingen bevölkert ist, erkennt man unschwer die Könige ohne Reich und Traditionalisten auf verlorenem Posten wieder, die sein Werk bevölkern: »Überall werden Sie besiegt. Außer auf Dominica, wo einige blutüberströmte Überlebende es schaffen, sich zum letzten Gefecht zu versammeln. Und da, Sire, haben Sie zum ersten Mal die Gelegenheit, Ihr Volk zu zählen. Kaum Tausend an der Zahl! Ein Schattenvolk. Aber diese Schatten sind noch immer furchteinflößend, und das ist das Wunder, das Sie retten wird.« Unweigerlich endet das Buch bei den erschütternden Urszenen, deren Anblick den jungen Weltreisenden für immer geprägt hat: Im patagonischen Sturmweather erblickte Raspail die letzten »Alakaluf-Phantome«, die sterbenden Seenomaden, Männer, Frauen und Kinder, von denen ihn »eine Kluft von zehntausend Jahren« zu trennen scheint.

Am Ende seiner Schilderungen beschleicht den Autor der Verdacht, die schwarze Axt sei vielleicht doch nicht das Symbol der ununterbrochenen Kette, sondern ein »Unglücksbote«, der »all jene mit dem Siegel des Todes zeichnet, die dem Lauf der Jahrhunderte getrotzt haben«. Wird auch »der letzte Franzose« eines Tages in die ewige Nacht gehen, die schon die Alakalufs, die Urus, die Kariben verschlungen hat?

Trotz des düsteren Ausblicks erfüllt das Buch ein ebenso heiterer wie tragischer, ironischer wie ernster Glanz, der ähnlich veranlagte Seelen eher erheben als betrüben wird. Zugleich ist es eine Klage über den Verlust der Vielfalt und des Verborgenen, Unentdeckten, Seltenen, Wunderbaren, ein Lobgesang auf Unterschiede und Grenzen, in einer Welt, in der jeder Fleck des Erdballs ausgeleuchtet worden ist und die Mühlen der Moderne unerbittlich ihr nivellierendes Werk vollziehen. »Ich bin ein glühender Verfechter von Grenzen, solange man diese ohne unnötige Schikanen passieren kann. Aber ich wünschte, man würde jeden Reisenden mit einem Detektor durchleuchten lassen, der Dummheit und Vulgarität unbarmherzig zurückweist und nur wenige passieren läßt, damit sie die Unterschiede genießen und sich daran satt trinken können. Ich sehne von ganzem Herzen eine Vervielfachung der Grenzen ad infinitum herbei, in deren Schutz die so kostbaren Unterschiede aufhören könnten, zu schwinden und sich bis zu einer neuen Blüte sogar eifrig weiter entwickeln würden.«

Mit anderen Worten: Wer die »romantische« Variante des ethnopluralistischen Fühlens und Denkens erfassen will, versenke sich in dieses herrliche Buch. Pflichtlektüre für jeden Raspail-Fan, makellos und flüssig übersetzt von Konrad Weiß!

MARTIN LICHTMESZ ■



»Was kümmert uns Wischegrad?«

Michael Martens: *Im Brand der Welten. Ivo Andrić – Ein europäisches Leben*, Wien: Paul Zsolnay 2019. 494 S., 28 €

Als ich das erste Mal nach Montenegro reiste, war es unabdingbar, als ersten Bestimmungsort die Villa Andrić in Herceg Novi anzuvisieren. Benannt nach seinem langjährigen Besitzer Ivo Andrić (1892–1975) ist das Haus samt großzügigem Garten heute eine Art Kreuzung aus Parkcafé und Museum. Man kann dort einen *domaća kafa* trinken und sich einfühlend in das Ambiente dieser nach wie vor serbisch geprägten Stadt, in der nicht zuletzt ein osmanischer Uhrturm historische Assoziationen weckt. Dabei war der Namensgeber der Villa, die er nach dem Tod seiner Frau im März 1968 nie mehr betreten hat, weder (orthodoxer) Montenegriner noch Serbe, sondern in Bosnien geborener (katholischer) Kroat, der den virulenten Chauvinismus aller Volks- und Religionsgruppen im südslawischen Raum als Feind jeder »ehrlichen Gemeinschaft« brandmarkte, der einem »Schauer, der nicht aufhört«, gleiche. In allen Teilen des alten Jugoslawiens hatte Andrić leidenschaftliche Leser – aber heute hat er ebendort auch leidenschaftliche Gegner.

Michael Martens, dem eine in jeder Hinsicht herausragende Biographie gelungen ist, zitiert einen ironischen Spruch, wonach die Serben Andrić hassen würden, weil er zwar als Serbe starb, aber doch als Kroat geboren wurde, wohingegen die Kroaten ihn hassen, weil er als Serbe starb, während die muslimischen Bosnier ihn hassen, weil er schlichtweg geboren worden sei. Martens selbst trifft noch präziser den Kern, wenn er schreibt: »Von den Kroaten trennte ihn viel, mit den Serben verband ihn längst nicht alles. Der Jugoslawismus war die einzige politische Idee, der er ein Leben lang verbunden blieb.«

Die südslawische Einheit von Slowenien bis Mazedonien war Andrićs Lebenstraum, und diesen träumte und lebte er so bedingungslos wie systemunabhängig. Konsequenterweise diente er sowohl der Monarchie vor dem Zweiten Weltkrieg wie dem sozialistischen Versuch unter Josip Broz »Tito« nach 1945 ohne ausdrückliche Abweichungen von der Generallinie des jeweiligen Regimes, was ihn pragmatisch bis opportunistisch erscheinen läßt. Die weichenstellende Entscheidung für Jugoslawien fiel dabei früh. Zunächst als junger Kroat aktiv in der serbisch geprägten, aber bereits panjugoslawisch orientierten Anti-Habsburg-Bewegung »Junges Bosnien«, absolvierte er sein Abitur. Er war zeitweise, nach dem in seinem Sehnsuchtsort Krakau erlebten Kriegsausbruch 1914, als forscher Gegner des k.u.k.-Imperiums inhaftiert und erklomm ab 1918 – dem Jahr, in dem sein Debüt *Ex Ponto* erschien – dank cleverer Netzwerkgestaltung und seiner polyglotten Sprachvirtuosi-

tät die Karriereleiter der jungen jugoslawischen Diplomatie: Das »Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben« wurde 1918 aus der Taufe gehoben und elf Jahre später zum Königreich Jugoslawien, dessen außerordentlicher Gesandter in Berlin er 1939 wurde. Knapp zwei Jahre später, nach dem Bruch zwischen Belgrad und Berlin, wurde er ausgewiesen. In den Kriegsjahren widmete er seine Schaffenskraft der Literatur und verfaßte seine heute als Hauptwerke geltenden Romane. Er verwandelte, so sein Biograph, »Bosnien in Worte«, setzte aber letztlich dem ganzen Balkan, dieser »Grenzscheide zweier Welten« (Andrić), ein Denkmal.

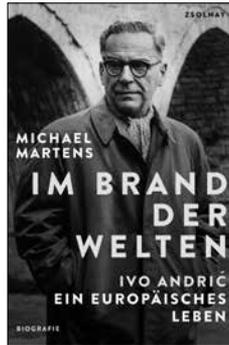
Andrić, der überwiegend in Višegrad an der Drina aufwuchs, schilderte in seinem bekanntesten Werk *Die Brücke über die Drina* (1945) das Leben an diesem schicksalsschweren Ort in der »Türkenzeit«. Die »Višegrader Chronik« stellt den konkreten Alltag einzelner Individuen genauso plastisch (und empathisch) dar wie die größeren Entwicklungslinien der vor Ort aktiven Großmächte. Daß nicht zuletzt in Višegrad gleichermaßen einheimische slawische Muslime (bzw. islamisierte Slawen) und slawische Serbisch-Orthodoxe die Konfrontation zwischen Morgen- und Abendland auslebten – mal unter

Auspizien der Osmanen, mal der Österreicher – war ein lebenslang bearbeitetes Sujet Andrićs. Die balkanischen Verhältnisse schilderte er luzide, anschaulich, schonungslos, ohne moralistische Beimengungen.

Für sein Œuvre erhielt Andrić 1961 den Literatur-Nobelpreis und ist bis heute der populärste jugoslawische Schriftsteller weltweit – aber schon Jahre vorher konnte er prominente Leser für sich einnehmen. Mit Carl Schmitt, der Andrić 1941 eine deutsche Bibel als Abschiedsgeschenk zukommen ließ, verband ihn das gemeinsame Interesse an Léon Bloy, mit Ernst Jünger traf er auf Vermittlung Schmitts ebenfalls zusammen, in Friedrich Sieburg fand Andrić einen Verehrer. Gleichwohl wollte er nach dem Weltkrieg die deutschen Kontakte nicht mehr aufleben lassen. Und doch: Andrićs Bewunderer in Deutschland fanden sich auch nach 1945 mitunter im konservativen Spektrum: Die umsichtigste Schau zu Biographie und Werkgenese Andrićs samt internationaler Bibliographie erschien 1992 im *Session-Vorläufer Criticón*. Ebenso aufschlußreich ist die parallele Ablehnung Andrićs durch Vertreter des Juste Milieu der BRD. Marcel Reich-Ranicki überschrieb 1960 seinen Andrić-Totalverriß in der *Welt*: »Was kümmert uns Wischegrad?«

Nun, Andrić ist, wie Michael Martens schreibt, tatsächlich »ein Dichter von europäischem Rang«, und wer sein Werk in sich aufgesogen hat, sieht in Višegrad nicht länger mehr ein Kaff mit alter Brücke an der heutigen bosnisch-serbischen Grenze, sondern ein symbolisches Zentrum des Weltgeistes.

BENEDIKT KAISER ■



Wer haßt wen warum?

Carl Friedrich Gethmann, Friedrich Wilhelm Graf: *Identität – Hass – Kultur*, Göttingen: Wallstein 2019. 260 S., 18 €

Kulturwissenschaftliche Sammelbände gibt es wie Sand am Meer, einer spezialistischer und jargonbeflissener als der andere. Meist sind sie eifrig dabei, »in die letzte noch unerforschte Grabkammer einzusteigen, die Geschichte des Magenbitters aufzublättern und den Sammlern alter Straßenbahnbillets unter die Arme zu greifen«, wie Caspar von Schrenck-Notzing (»Wir Proktoratskinder«, 1983, in: *Konservative Publizistik. Texte aus den Jahren 1961 bis 2008*. Herausgegeben von Patrick Neuhaus, Berlin 2011) seinerzeit über diejenige Hälfte der Buchmessenexponate in Frankfurt 1983 urteilte, die nicht der anderen Hälfte, den »linken Gedankenwirbler und Meinungseinpeitscher«, zuzuschlagen waren. Auch solche gibt es in den Kulturwissenschaften in zum Teil horrendem Ausmaß: Dekonstruktion, Gender- und »postkoloniale« Studien.

Schrenck-Notzing sah zwei Modelle der deutschen Nachkriegsordnung widergespiegelt: eine »Belehrungsfront« und eine »Konsumfront«, resultierend jeweils aus rooseveltscher Umerziehung oder hayekscher Mästung der Deutschen.

Legt man diese Schablone auf die Kulturwissenschaften, die sich seit den 90er Jahren aus den Fächern der ehemals als Geisteswissenschaften berühmten Disziplinen entwickelt haben, sieht man etwas Interessantes: Kulturwissenschaften sind oft hochideologisch und gleichzeitig aufs profane Konsummaterial fixiert.

Im vorliegenden Sammelband nutzen die herausgebenden Großen ihrer Disziplin samt namhaften Beiträgern wie Aleida Assmann und Jürgen Fohrmann zwei aktuelle Kampfbegriffe, nämlich »Identität« und »Haß«, um sie kulturwissenschaftlich zurückzuverfolgen und aufschlußreich zu deuten.

Diese historischen Rekonstruktionen sind allesamt instruktiv und – das ist wohl der einzige Lesevorteil von Sammelbänden – auf den Punkt zusammengefaßt. Bei Assmann erfährt der Leser, wie der Begriff der »Kultur« (hier folgt sie Reinhard Kosellecks Beobachtung, in der von ihm so bezeichneten »Sattelzeit« Ende des 18. Jahrhunderts seien Begriffe wie »Völker«, »Revolutionen« oder »Künste« in den Singular versetzt worden), durch Herder ganz gegenläufig pluralisiert worden ist: »Kulturen« gab es ab da nur mehr im Plural. Kann man heute mit dieser Pluralität noch etwas anfangen, oder macht man sich womöglich des Ethnopluralismus verdächtig? Assmann gibt »Kultur« am Ende eine Mediatorfunktion: Auseinandergetrete gesellschaftliche Teilsysteme lassen sich durch den Kulturbegriff wieder in Beziehung bringen, wie sie es am Beispiel der Diskussion um »Nachhal-

tigkeit« zeigt. Der Vorteil der »Kultur« gegenüber seinem Konkurrenzbegriff »Volk« ist, daß man sich an ersterem nicht die Finger schmutzig macht. Kultur hat keine »Gene«, so Assmann, sondern reproduziert sich über Sprache und identitätsstiftende Groß Erzählungen.

Jürgen Fohrmann ruft in kulturwissenschaftlichem Jargon in den Wald hinein, daß das neuzeitliche Subjekt, statt sich mit Volk, Heimat und deutscher Kultur zu identifizieren, »reflexiv« seine eigene Kontingenz aushalten müsse. Daß es ganz so einfach nicht ist mit der simplifizierenden »Komplexitätsreduktion« durch »Identität« wie Fohrmann meint, zeigt eine seinem Beitrag folgende Replik von Lars Friedrich, der schon bei Hölderlin eine ungeahnte Portion Reflexivität vorfindet, wenn dieser davon ausgeht, »das Eigene muß so gut gelernt sein wie das Fremde«.

Friedrich Wilhelm Graf's Beitrag über den Haß Gottes ist (ähnlich wie Aleida Assmann's Ausführungen) so lange lehrreich, wie er die Geschichte des Haßbegriffes rekonstruiert. Graf sammelt Belegstellen aus der Bibel, in der von Gottes oder Jesu' Haß die Rede ist und streift traditionelle

Fragen wie die nach einer Differenzierung zwischen dem Haß auf das Böse und demjenigen auf den »Bösewicht«. Schon Augustinus warnt davor, den göttlichen Haß als tobende Leidenschaft Gottes mißzuverstehen. Graf's letzter Satz ist daran gemessen unerklärlich: »Man sollte im theologischen Diskurs so konsequent sein zu bestreiten, daß Haß eine Eigenschaft Gottes ist.« Klarer Fall von: *non sequitur*. Aus dem menschlichen Mißverständnis des göttlichen Hasses folgt nicht dessen Nichtexistenz.

Bei Dan Diner wird es umerzieherisch, die »Belehrungsfront« bricht durch. An die Stelle des Begriffs »Identität«, den er als »Schwundbegriff« charakterisiert, soll der Begriff der »Zugehörigkeit« (*belonging*) treten. Der Grund liegt für ihn nicht etwa darin – hier könnte man Diner ja rechtgeben –, daß bestimmte Begriffe, eben »Schwundbegriffe«, exakt dann inflationär beschworen werden, wenn ihr Gegenstand schmerzhaft abhandenkommt, sondern darin, daß das Judentum keine Identität habe. Und weil das so ist, darf das auch kein anderes Volk mehr: Die »Auflösung traditionell gestifteter Bindungen« tritt typisch in der »jüdischen Existenz erfahrung« auf, wodurch Juden als »Pioniere der Hochmoderne« ausgezeichnet sind. Wenn Kulturwissenschaften historisch ausholen, sind sie unglaublich nützlich und öffnen unbekanntes Archive. Wenn sie aber das Gefundene zur moralischen Erziehung zurichten und das Langzeitgedächtnis einer Kultur demokratisieren wollen (so Aleida Assmann am Schluß ihres Beitrags Seyla Benhabib zitierend), werden sie problematisch. Ihre Selbstreflexion hat erst begonnen – Schrenck-Notzings Gedanken könnten sich dafür lohnen.

CAROLINE SOMMERFELD ■



Ideologieproduktion für Anywheres

Kwame Anthony Appiah: *Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit*, Berlin: Hanser Berlin 2019. 336 S., 24 €

Haben Identitäten per se etwas Fluides und Willkürliches an sich? Der konstruktivistische Nationalismus-Forscher Ernest Gellner (1925–1995) vertrat – zugespitzt zusammengefaßt – die Theorie, wonach Befürworter eines nationalen Gedankens sich ihre Nation von oben herab schufen, eine Nation »erfanden«, während es dafür kaum faktische objektive Erfordernisse – Abstammung, Sprache, Geschichte usw. – gab. Dieser Ausdruck eines verkehrten Bewußtseins, das heute im liberalen wie linken kosmopolitischen Milieu hegemonial ist, erfährt nun Unterstützung von einem Philosophen. Kwame Anthony Appiah (Jg. 1954) macht sich in seiner Schrift *Identitäten* daran, die Fiktionen der Zugehörigkeit darzulegen. Nur: Das gelingt ihm nicht.

Seine Hauptthese verspricht zunächst Spannendes: »Unsere« Denkweisen stammen oftmals aus dem 19. Jahrhundert bzw. verwenden dessen Kategorien. Im 21. Jahrhundert gebe es neue Möglichkeiten, Problemfelder, Herausforderungen – dementsprechend sei es Zeit, aktuelle Fragestellungen zur Identität zeitgemäß zu diskutieren. Allein, dies folgt nicht im Rahmen des selbst gestellten Anspruchs. Appiah legt mit diesem Buch vielmehr den Versuch vor, die eigene identitäre Zerrissenheit ideologisch zu verklären und damit aufzuwerten. Er räumt ein, daß er seit mehr als drei Jahrzehnten an diesem identitätspolitischen Thema, das er selbst explizit auf seine verschiedenartige Herkunft – britisch-ghanaisch-kosmopolitische Familienkonstellation – zurückführt, arbeitet. Vielleicht ist er deshalb so versessen darauf, tradierte Gemeinschaften und identitätsbildende Marker vermeintlich zu dekonstruieren. Identität, so Appiah, sei schlechterdings ein »Tun«, kein »Ding«, und als solches steten Veränderungen (offenbar: ohne Konstanten) unterworfen. Eine omnipräsente Form, Identität zu konstruieren, sei für Menschen die Nation – und diese erklärt Appiah noch abwegiger als Gellner: »Eine Nation«, so Appiah, »ist eine Gruppe von Menschen, die der Ansicht sind, gemeinsame Vorfahren zu haben, und denen diese angebliche Tatsache zudem auch wichtig ist.« Solcherlei »Definitionen« lassen den Leser ratlos zurück. Deren akademischer Anspruch bleibt weit hinter der – tatsächlich zu diskutierenden – Kritik an Nationalismen aller Couleur und altväterischem Nationalstaatsdenken, formuliert von so unterschiedlichen Denkern wie Alain de Benoist, Benedict Anderson, Alexander Dugin oder Stuart Hall, zurück. Seine Thesen erscheinen selbst dort abwegig, wo Appiah ins Konkrete zu übergehen versucht. Denn als Beispiel für eine ethnokulturell und religiös vielfältige funktionierende

Nation (im Gegensatz zu »klassischen«, volklich eher homogenen Nationen) nennt er Singapur, wo unterschiedliche Identitäten zusammenwirken und ein Ensemble abgeben. Was Appiah unterschlägt: Der multiple Sonderfall Singapur funktioniert in dieser Art und Weise nur, weil eine autoritäre DNA die Stadtstaatskonstruktion prägt und die unangefochten regierende »Volksaktionspartei« seit 1959 einen durchaus illiberal gesetzten Rahmen aufrecht erhält, an den sich alle Volks- und Religionsgruppen bedingungslos zu halten haben.

Appiahs Überleitungen zu kulturellen Identitäten und ihrer vorgeblich beliebigen Ausgestaltung durch das freie rationale Individuum selbst machen die Sache nicht besser, leiten aber zu seinem finalen Thema, der Genderthematik, über, die »uns aus alten patriarchalischen Unterstellungen befreit hat«, und ohne die es ihm »nicht möglich gewesen (wäre), als ein schwuler Mann zu leben, der mit einem anderen Mann verheiratet ist«. Wiederum wird deutlich, daß Appiahs Studie vor allem der eigenen hybriden identitätspolitischen Verge-wisserung dient, nicht aber dem objektiven Erkenntnisgewinn. Allenfalls liefert er fragmentarische Ideologieproduktion für Anywheres. Daß diese Mangelware für Lehrstühle in Yale, Princeton, New York, Duke und Harvard ausreicht, spricht Bände über den universalen Erfolg des kosmopolitischen Scheins.

BENEDIKT KAISER ■



Bei Hösle nichts Neues

Vittorio Hösle: *Globale Fliehkräfte. Eine geschichtsphilosophische Kartierung der Gegenwart*. Mit einem Geleitwort von Horst Köhler, Freiburg/München: Karl Alber 2019. 224 S., 24 €

Der Philosoph Vittorio Hösle galt schon in jungen Jahren aufgrund seiner enormen Produktivität und der Vielfältigkeit seines Denkens als Ausnahmefigur innerhalb der Zunft. Aus diversen Gründen hat er keinen adäquaten Lehrstuhl hierzulande gefunden. Auch deshalb ist er wohl vor einiger Zeit in die USA ausgewandert.

Die Verdienste des Gelehrten werden keineswegs gemindert, wenn man seinen Versuch, zentrale Ereignisse der Gegenwart geschichtsphilosophisch einzuordnen, zu den schwächeren Teilen seines umfangreichen Werkes zählt.

Der erste Teil der Studie schlägt einen Bogen von der Situation um 1990 herum, als die Implosion des Ostblocks im Westen weithin einherging mit utopistischen Hoffnungen auf ein »Ende der Geschichte« im Sinne eines universellen liberal-demokratischen Endzustandes, bis in die unmittelbare Gegenwart. Das Brexit-Referendum und die Wahl Trumps im Jahre

2016, aber auch Entwicklungen innerhalb der EU wie die politischen Weichenstellungen in Polen wie Ungarn werden von den Deutungseliten fast ausschließlich als Tragödie gesehen. Hösle schließt sich der gängigen Interpretation an. Wenigstens ist er in der Lage, einige differenzierte Gründe für den Aufstieg der »Populisten« zu geben, die über die üblichen Journalistendeutungen hinausgehen. Auch das Thema Migration wird durchaus abwägend beurteilt: zwischen grundsätzlichem Verständnis einerseits und der Einsicht in die Notwendigkeit von Beschränkungen andererseits, die auch für einen Universalisten wie Hösle nötig sind. Schließlich weiß er, daß offene Grenzen eine offene Gesellschaft langfristig zerstören.

Die »Zersetzung politischer Rationalität« macht er größtenteils an der Veränderung und Diversifizierung der Medienwelt fest. Dabei nimmt er nicht zur Kenntnis, daß man der partiellen Entmachtung herkömmlicher medialer Eliten durchaus positive Aspekte abgewinnen kann. Zwar behandelt Hösle einige Geschichtsdenker wie Giambattista Vico und Spengler, aber als echte geschichtsphilosophische Kartierung kann seine Publikation nicht durchgehen. Die Untersuchung wird von Anmerkungen über die Unterschiede zwischen der EU und den USA sowie über das Ende der amerikanischen Hegemonie abgerundet. Diesen Entwicklungen korrespondieren der Aufstieg Chinas und größere Revisionsabsichten Rußlands.

Darüber hinaus erörtert der Philosophieprofessor Auswege aus der Krise. Über Rezepte verfügt auch er nicht. Immerhin erfahren wir, daß das goldene Vierteljahrhundert vorbei ist. Sehr erhellend ist diese Erkenntnis freilich nicht.

FELIX DIRSCH ■

Lügenpresse

Juan Moreno: Tausend Zeilen Lüge. Das System Relotius und der deutsche Journalismus, Berlin: Rowohlt 2019. 285 S., 18 €

Es ist womöglich das liebloseste Rowohlt-Cover seit je, aber dennoch eines der formidabelsten Bücher des Herbstes 2019. Ein Sachbuch, das zugleich ein Krimi ist: Voilà! Der freie SPIEGEL-Autor Juan Moreno schreibt einen minutiösen Bericht darüber, wie er den festangestellten SPIEGEL-Reporter Claas Relotius als Lügenbold enttarnte. Das ist enorm unterhaltsam, es ist ungemein spannend, aber es ist kein Trash. Keine Neidgeschichte. Die SPIEGEL-Chefs wollten Morenos Hinweise lange, viel zu lange Zeit, aber genauso deuten: Eine Krähe will der anderen ein Auge aushacken – das war völlig unmöglich, das ging gar nicht! Sämtliche – höflich formulierte – Hinweise seitens Moreno, daß hier offenkundig gefaked werde, ignorierten die

SPIEGELmänner. Sie leiteten die skeptischen Mails Morenos zwecks Klärung schlicht an den Hochstapler weiter.

Erinnern wir uns an die Causa Relotius, Dezember 2018? Ein medialer Fälschungsskandal flog auf, gegen den die Stern-Lügendgeschichte mit den angeblichen »Hitlertagebüchern« (1983) geradezu als kunstvoller Slapstick-Quikie verblaßte. Mit Relotius war es so: Dieser Kerl war nicht irgendein Typ, der irgendwelche Promi-Interviews gefälscht hat wie Tom Kummer. Sowas hatte es gelegentlich gegeben. Kurios, aber vernachlässigbar.

Claas Relotius hingegen war die große Hoffnung im Reportagebetrieb. Im SPIEGEL war der rotblonde Hanseat (*1985) für höhere Weihen vorgesehen. Er lieferte Wahnsinnstexte. Er sprach mit Leuten, die für Journalisten eigentlich unerreichbar waren. Er war ein Wunder. Und er war so einfühlsam! Er schrieb solche Texte, die den Lesern die Tränen in die Augen trieben. Dicht dran. Authentisch. Kraß Relotius erhielt dutzende Preise. Unter anderen viermal in fünf Jahren den deutschen Reporterpreis. Das hatte noch keiner geschafft. Relotius war eine Art Gott. Er hätte beizeiten noch weiter aufsteigen können (die SPIEGEL-Crew umwarb ihn heiß), aber er war so bescheiden und gut. Seine jüngere Schwester, heißgeliebt, litt an Krebs, und er brauchte einfach die Zeit für ihre Pflege.

2018 wurde der freie, häufig für den SPIEGEL tätige Reporter Juan Moreno beauftragt, über die Grenzsituation zwischen Mexiko und den USA zu berichten. Moreno sollte einen Flüchtlingstreck begleiten, Relotius sollte eine weiße Bürgerwehr gegen die Einwanderer »infiltrieren«. Solche Truppen waren schwer zugänglich. Wunderkind Relotius schaffte es. Es entstand ein blumiger Bericht über krasse Typen ohne Ladehemmung. Am Ende des Stückes drückt einer der Grenzwächter wirklich ab.

Moreno fand daran, am Bericht seines hochgelobten Co-Autoren, einiges fragwürdig. Vieles! Er bat seine Vorgesetzten um Hilfe. Er wies Lücken in der Relotius-Recherche auf. Mehrmals. Mehrmals ohne Erfolg. Ihm wurde von den SPIEGEL-Bossen Rufmord vorgeworfen. Moreno, vierfacher Familienvater, kämpfte nicht nur um seine Ehre, sondern letztlich um seine Stelle, sein Brot!

Moreno, derart von der Redaktion abgewiesen, heftete sich letztlich nahezu besessen an Relotius' Spuren. Er kam ihm auf die Schliche – und zwar dutzende- nein hundertmal. Nicht nur das Treffen mit der rassistischen Bürgerwehr war ein Fake. In ungezählten anderen Artikeln hatte die vergötterte Nachwuchshoffnung Relotius sich nachweisbar bei ihrer eigenen Phantasie bedient: Nur ein Beispiel: Traute Lafrenz, letzte Überlebende der »Weißen Rose«, die eigentlich jedes Interview verweigert, zitiert er so: »Deutsche, die strecken auf offener Straße den rechten Arm zum Hitlergruß, wie früher.« Laf-



renz hatte das in Wahrheit nie gesagt. Auf seiner schwindelerregenden und aufwendigen Recherche stößt Moreno auf ungezählte ausgedachte Szenerien, Sätze, Biographien. Relotius, nebenbei, hat auch keine Schwester. Das alles ist einer Zeitschrift durchgegangen, die sich für ihre einzigartige »Faktencheck-Abteilung« rühmt! Moreno: »Natürlich war Relotius ein tendenziell linksliberaler Haltungsjournalist, der Texte schrieb, bei denen er davon ausging, dass sie beim SPIEGEL gut ankommen.« Moreno (dem bis dato vom SPIEGEL keine Festanstellung angeboten wurde) schreibt selbstkritisch, ernst, ehrlich. Es ist eine eigene Kunst, einen derart unglaublichen und verrückten Fall so aufzuarbeiten, daß es nicht reißerisch daherkommt. Das versteht man unter exzellentem Journalismus. Ein Musterstück!

ELLEN KOSITZA ■

Kein Nullsummenspiel

Siegfried Kohlhammer: *Auf Kosten der Dritten Welt? Mit einem Nachwort von Rupert Neudeck*, Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum 2019. 220 S., 21 €

Wo es Gewinner gibt, können die Verlierer nicht weit sein. Diese Überzeugung hält sich hartnäckig und sie ist folgenreich. Denn wer die Wirtschaft als Nullsummenspiel begreift, befürwortet meistens gravierende Umverteilungen oder strickt an einem Schuld-Narrativ, damit die Profiteure durch Wiedergutmachung den angeblich Benachteiligten helfen.

Aus diesem Grund ist man etwa in den USA auf die Idee gekommen, durch »positive Diskriminierung« den Schwarzen einen Startvorteil zu verschaffen. Daß diese Gleichstellungspolitik sogar kontraproduktiv war, hat der dunkelhäutige Ökonom Thomas Sowell exzellent mit empirischen Daten untermauert.

Ähnliches ist Siegfried Kohlhammer in bezug auf Afrika gelungen. Er widerlegt die Legende, wonach der Westen die Dritte Welt ausbeute, mit Fakten, die niemand leugnen kann. Multinationale Konzerne würden nachweislich höhere Löhne zahlen und in puncto Umweltschutz höhere Standards einhalten als einheimische Unternehmen. Ihnen die Schuld an der afrikanischen Unterentwicklung zuzuschreiben, sei deshalb realitätsfremd, betont Kohlhammer.

Seine Studie erschien erstmals vor rund 25 Jahren. Der Flüchtlingshelfer Rupert Neudeck (Cap Anamur) lobte sie damals als »großen Wurf«, da sie zeige, daß mit noch mehr Geld für Afrika »nichts mehr zu erreichen« sei. Trotzdem wird auch im Jahr 2019 weiterhin munter



Entwicklungshilfe gezahlt, da angeblich nur so die Fluchtursachen der illegalen Massenmigration eingedämmt werden könnten. Kohlhammer wendet dagegen ein, daß nur »freier Markt und freier Handel, funktionierende Institutionen, Rechtsstaat, Sozialstaat, Wissen(-schaft), Technologie, Arbeitsteilung, Globalisierung« wachsenden Wohlstand hervorbringen könnten. Da die EU der »größte und offenste Markt für afrikanische Exporte« sei, müssten in erster Linie die afrikanischen Regierungen ihre Versäumnisse aufarbeiten. Diese Forderung ist natürlich richtig und Kohlhammer kann zeigen, daß die wissenschaftliche Debatte des letzten Vierteljahrhunderts im Wesentlichen seine Position stärkte.

Doch es gibt einen toten Winkel bei dieser Betrachtung: Ein nigerianischer Autokonzern wird Volkswagen oder BMW auf dem Weltmarkt technologisch niemals einholen können. Die Globalisierung scheidet daher als Allheilmittel aus. Der Nationalökonom Friedrich List (1789–1846) empfahl in solchen Situationen eine protektionistische Strategie. Junge Industrien bräuchten in ihrem frühen Entwicklungsstadium Schutz, um nicht von etablierten Weltmarktführern im Keim erstickt zu werden. Die asiatischen Tigerstaaten hörten auf List. Für Afrika bietet sich das ebenfalls an.

FELIX MENZEL ■

Gendermainstreaming im frühen Christentum?

Simon Kießling: *Selbstaufgabe einer Zivilisation? Gender Mainstreaming, No Border, One World – Eine geschichtsphilosophische Betrachtung*, Bad Schussenried: Gerhard Hess 2019. 173 S., 14,80 €

Eine zentrale Frontlinie in den Auseinandersetzungen der Gegenwart verläuft zwischen Globalisten einerseits und den Apologeten des Partikularen andererseits. Erstere schreiben sich in besonderer Weise den geschlechtslosen Menschen des Gender Mainstreaming sowie das fernere Ziel einer One-World-Organisation aufs Panier. Deren Gegner wiederum setzen sich für den grundsätzlichen Erhalt der eigenen Zivilisation, vornehmlich der eigenen Völker und Nationen, ein, verteidigen die vielzitierten »alten weiße Männer« und lehnen autoaggressive Selbsterstörung, etwa durch Billigung von Massenmigration, ab.

Diese Konflikte lassen durchaus historische Vorläufer erkennen. Kießling macht gerade im frühen Christentum Tendenzen aus, die an Gender Mainstreaming, Reproduktionsverweigerung und Oikophobie erinnern. Der Neue Mensch im frühen Christentum war geschlechts-



los-androgyn und strebte nach grenzüberschreitender Mission. Besonders Eifrige wollten sogar mittels Fortpflanzungsstreik die Verbreitung der Sünde verhindern.

Gegen solche durchaus destruktiven Zielsetzungen regten sich sowohl bei den Römern als auch bei den germanischen Volkstämmen Widerstände, die kulturell Ererbtes nicht aufgeben wollten. So prangerten etwa Vertreter altrömischer Religiosität monotheistische Intoleranz an. Der Autor schlägt einen Bogen zur heutigen »Verteidigung des Eigenen« bei Protagonisten der sogenannten Neuen Rechten, etwa zum Publizisten Martin Lichtmesz, oder zu Politikern wie Björn Höcke.

Natürlich sind diese Tendenzen der Selbstaufgabe und -erschöpfung einer Kultur nicht ganz neu, ordnet sie doch schon Spengler ins endzeitlich-zivilisatorische Stadium seiner Geschichtsphilosophie ein. Dazu zählt auch die Errichtung eines »planetarischen Humanismus«, für Globalisten definitives Ziel ihrer Bemühungen. Ob diese Absicht aktiv von universalistischen Linken und (Neo-)Liberalen betrieben oder durch die unübersehbare (Wohlstands-)Müdigkeit passiv zugelassen wird, ist im Endeffekt gleichgültig. Der Autor spricht abschließend vom »Doppelcharakter des Christentums«, das einst die überlieferten Kulte zerstört hat, mittlerweile aber spätestens seit der Aufklärung aber als angeblich überholte Religion selbst im Kreuzfeuer der Kritik steht. Kießling weiß, daß unsere gewachsene Identität im Abendland nicht ohne kirchliche Prägekräfte denkbar ist. Deren zentrale Symbole, allen voran das Kreuz, wollen heutige Kulturkämpfer liberaler und linker Provenienz beseitigen.

FELIX DIRSCH ■

Katzen hassen, Abendland lieben

Roger Scruton: *Bekenntnisse eines Häretikers. Zwölf konservative Streifzüge*, Lüdinghausen / Berlin: Manuscriptum 2019. 238 S., 26 €

In der Selbstbeschreibung als »Häretiker« steckt immer ein Stückchen Eitelkeit, weil sich bei dem Begriff unwillkürlich Assoziationen vom dunklen Verließ bis zum Scheiterhaufen einstellen, die immer an die Wurzel der Existenz rühren. Außerdem stellt der Ketzer seine Ansichten in aller Regel über sein Leben, was es schwer macht, sich ihn als Sanguiniker vorzustellen.

All das trifft so gar nicht auf Roger Scruton (geb. 1944) zu, den Philosophen, der dem Leser in der vorliegenden Aufsatzsammlung als ein freundlicher, seine Worte wägender, lebensfroher alter Herr entgegentritt, dem man gern zuhört (und größtenteils auch folgt). Er spielt mit dieser Selbstbeschreibung auf die gegenwärtige Situation an, in der vom Mainstream

abweichende Meinungen leicht in den Geruch des Ketzerischen kommen.

Die zwölf Essays haben durchaus häretisches Potential, wenn Scruton über das Sagen des Unsagbaren, Beobachtungen aus dem täglichen Leben oder die Verteidigung des Westens gegen den islamischen Herrschaftsanspruch sinniert. Für letztere versammelt er Merkmale westlicher Gesellschaften, die sie vom Islam unterscheiden und die es zu verteidigen gilt. Scruton zeigt uns, was wir an uns haben und will, daß wir diese Eigenheiten bewußt pflegen, weil sie sonst zu leicht als Nebensächlichlichkeit betrachtet werden, was der erste Schritt zur Aufgabe wäre. Das sind dann nicht nur so grundsätzliche Dinge wie Bürgerrechte, Nationalstaat und Christentum, sondern auch Dinge wie die Ironie oder das Trinken: »es bringt Fremde zusammen in einer Gemütsverfassung kontrollierter Aggression, man fühlt sich in der Lage und bereit, sich für alles Mögliche zu engagieren, was im Lauf einer Unterhaltung Thema wird.«

Auf der anderen Seite des Spektrums seiner Zuneigung steht die Hauskatze bzw. deren Halter. Im Gegensatz zu anderen Haustieren könne man sich Katzen nicht dienstbar machen, da sich alles »in ihrer Natur« nur auf das eine Ziel richte, »zu töten«. Katzen sind, da sie Vögel und Kleinsäugtiere jagen, Schädlinge, weshalb es das Schlimmste sei, »daß es dank der Sentimentalität britischer Tierfreunde als Verbrechen gilt, sie abzuschießen«. Mit anderen Worten: Scruton ist bei aller Wertschätzung der Vergangenheit und der Beschaulichkeit nicht sentimental, sondern durchaus Realist. Das wird auch bei einem alten Streitthema, der Sterbehilfe, deutlich. Scruton macht es sich hier nicht einfach, sondern trennt zwischen geistigem und körperlichem Verfall. Bei schwerem Leiden plädiert er für die Sterbehilfe, nicht zuletzt um den fragwürdigen Möglichkeiten der Lebensverlängerung etwas entgegenzusetzen. Gegen den geistigen Verfall empfiehlt er den Mut, der zu einem riskanten Leben gehört. Das hält geistig fit!

Bei anderen Themen, wie dem Bauen, dem Umweltschutz und dem Regieren allgemein, tritt vereinzelt eine gewisse Unzulänglichkeit der Antworten, die Scruton auf die Herausforderungen der Gegenwart geben kann, zutage. Natürlich wäre es schöner, wenn wir alle in Orten lebten, die menschlichem Maß entsprechen und sich in allen Belangen in die Umwelt integrieren. Doch sind wir dafür nicht einfach zu viele? Hier liegt ein Problem, um das Scruton einen Bogen macht. Etwas widersprüchlich sind seine Aussagen zum Staat, den er einerseits gegen die Libertären verteidigt, ihn andererseits aber als Urheber der Umweltverschmutzung zum Grundübel erklärt. Diese Kleinigkeiten fordern den Leser zum Widerspruch heraus und bestärken ihn gleichzeitig darin, daß Scrutons Essays derzeit zu dem Besten gehören, was unsere Seite anzubieten hat.

ERIK LEHNERT ■



Die Bitch hat Reclaiming-Absichten

Reyhan Şahin aka Dr. Bitch Ray: *Yalla, Feminismus*, Stuttgart: Tropen 2019, 316 S., 20 €

Muß man derartiges ... beachten? Sagen wir so: Vor einem guten Jahrzehnt war Frau Şahin eine gewisse Nummer. Eine Muslima/Alevitin, die den Deutschrapp prägte. Die schockte. Ihre expliziten Texte »nicht jugendfrei« zu nennen, wäre untertrieben. Daß sie sich als Tochter türkischer Einwanderer (*1980) bereits in Kinderjahren selbst »Bitch« (dt. Schlampe) titulierte, sagt viel. In den Nullerjahren war Lady Bitch Ray (LBR) ein Phänomen. Sie war hübsch, rappte ihren »Vagina Style« voller expliziter, krasser Wendungen – und war zugleich Doktorandin und Dozentin im Fach Linguistik. Das Ganze ließ sich ganz gut unter den Etiketten Selbstermächtigung, Nonkonformismus, Emanzipation und »Neue Deutsche« verkaufen. Öffentlichkeitswirksam goß sie ein Glas über »Talkteilnehmer« Ulf Poschardt aus (sie fand ihn zu »schwul«) und überreichte in einer anderen Fernsehsendung Oliver Pocher ein Döschen mit eigenem Vaginalsekret. Eine Skandalnudel also.

Kaum jemand interessiert sich heute noch für diese Frau. Ich schon, und es mischt sich ein wenig Schadenfreude hinein. Diese bezieht sich nicht auf die (es mag herablassend klingen, ist aber ernstgemeint) eher bemitleidenswerte Person LBR, sondern auf das Thema, das sie hier zu Tode reitet. Faszinierend nämlich, dem Feminismus hier bei seiner Implosion zuzusehen! Immerhin hat ein Verlag mit echt »großem Rücken« (wie man in der Rap-Szene solide, allerdings dort meist kriminelle Strukturen nennt) dieses Buch publiziert. Dies ist erstaunlich. Das fast zeitgleich bei der Konkurrenz erschienene Buch von Lady Bitch Rays delinquenten, etwas jüngerer Konkurrentin Schwesta Ewa (»Das Leben fickt am härtesten«) verkauft sich selbst aus dem Knast heraus deutlich besser. Schwesta Ewa liefert Unterhaltung für sensationslüsterne Kaputticks. LBR beansprucht hingegen gesellschaftliche Relevanz und feministische Deutungshoheit.

Was will uns Dr. Bitch Ray ein Jahrzehnt nach Abklingen ihrer Prominenz sagen? Vor allem, daß sie unter Intersektionalität leidet. Das ist einer der zahlreichen Modebegriffe aus LBRs Viktimologie (wie auch »Slutshaming«, »Tokenismus«, »Whitewashing«; es gibt einen lesenswerten Erklärapparat): Intersektionell leidet der/diejenige, der/die mehrfach diskriminiert wird. Der Klassiker hierzu wäre die »Lesbische schwarze Behinderte« (Funny van Dannen). Gerade über diese drei Kategorien mag man im Fall von LBR streiten. Sie selbst sieht sich benachteiligt mindestens via Geschlecht, Religion, Hautfarbe und Sozialstatus. Sie betrachtet sich – siehe Cover! – als WoC, als Woman of Color, als Farbige, was hier synonym mit »Schwarze« verwendet wird. Ein ge-

wisser Knick in der Optik deutet sich an. LBR ärgert sich, daß niemand ihr Talkshowgespräch mit der Schauspielerin Michaela May (2007) als Meilenstein des Feminismus begriffen hatte. Damals hatte sie gerade ihre Lieder »Fick mich« und »Deutsche Schwänze« veröffentlicht. Alle seien immer fies zu ihr gewesen: Sie reduzierten nämlich diese Wunderfrau »auf das Sexuelle«. Der »vaginalen Göttin der Gerechtigkeit sei dank« (diese Wendung wiederholt sich) folgten allerdings bis heute alle maßgeblichen feministischen Streiterinnen LBR – selbst, wenn niemand es wahrhaben wolle. Ihre »queerfeministischen Kunstabsichten« hätten die meisten Kritiker mißverstanden, nämlich: das »Schwanzsystem von innen heraus zu dekonstruieren«. Nur deshalb habe sie den Begriff der Bitch positiv umgedeutet und ihn »wie einen Tampon in den Deutschrapp eingeführt«. Daß LBR kurzzeitig als promovierte Lehrbeauftragte universitär reüssieren konnte, hält sie für heldenhaft. Denn normalerweise brauchten sich Personen »mit einer linkspolitischen Einstellung in der Fuckademie gar nicht erst sehen zu lassen.« Soso! Der Verlag, der das druckt, verbreitet und promotet, hat auch Bücher von Simon Strauß, Jonathan Lethem, Luisa Neubauer und Alexander Wendt im aktuellen Portefeuille. Was heißt das nun?

ELLEN KOSITZA ■

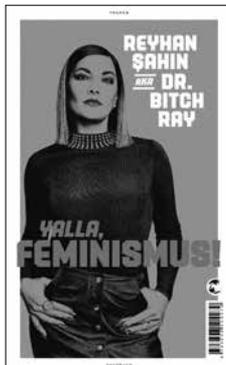
Und jetzt alle: konservativ?!

Michael Kühnlein (Hrsg.): *konservativ?! Miniaturen aus Kultur, Politik und Wissenschaft*, Berlin: Duncker & Humblot 2019, 490 S., 24.90 €

Es ist doch ein Kreuz mit diesem Mainstream! Kaum provoziert man sie, wollen sie alle mitprovokieren. Der Sammelband mit dem Titel *konservativ?!* (in ganz progressiver Kleinschreibung und Interpunktion übrigens, oder ist das schon wieder konservativ?) beruht auf einer Tagung, in deren Folge hundert weitere Leute der Aufforderung gefolgt sind, jeder drei Seiten zum hingeworfenen Stichwort »konservativ« hinzuwerfen. Da finden sich Namen wie Cem Özdemir, Petra Pau, Gregor Gysi oder Ralf Stegner, von denen man sich Konservatismus-Bashing erwartet und auch geliefert bekommt, aber selbst sie liebäugeln. Dann finden sich auf der anderen Seite Thilo Sarrazin, Vera Lengsfeld oder Uwe Tellkamp, auch hier: geliefert wie bestellt.

Der Überdruß am politischen Riß, am geßäßgeographischen Lagerkampf, an Freund und Feind, hat seinem Herausgeber zufolge diesen Sammelband motiviert. Endlich wollte er mal Reflexionen aus dem beschädigten Leben lesen statt die immergleichen Vorwürfe.

Der Mainstream schnappt sich den Begriff des Konservativen, dreht und wendet ihn, und



heraus kommt bei zwei Dritteln der Beiträge das, was ein Grandseigneur des Konservatismus, Hermann Lübke, in seinem Schlußtext in die Parole faßt: »Politischer Konservatismus – das ist der politische Wille, in einer rasch zusammenwachsenden Welt sich in der Konsequenz seiner unverfügbaren Herkunft zukunftsfähig zu halten«. Ist das nicht langweilig? Langweilig ist, was alle machen. Die Autoren finden fast durch die Bank Konservatismus gut, gehen meist in sich, fördern dies und jenes konservative Sentiment oder Resentiment, Biographiestückchen, Bibel-, Burke- oder Hegelzitat zutage, aber »zukunftsfähig«, das wollen sie dann doch alle sein. »Immer wieder ein neues Ja bauen« (Wolfgang Schäuble), »Unterwegs bleiben – Erhaltenswertes bewahren und ausbauen« (Rita Süsmuth), »Konservativ heißt reformfähig« (Thomas Sternberg). Man ist doch kein Reaktor. Und auch bitte nicht »rechts« oder der »Konservativen Revolution« nahestehend. Wenn Konservatismus als Distanzierungsge- ste herhält, wird er unerträglich.

Der Band *konservativ!?* lädt zum Überblättern ein. Das ist seine gute Seite. Auf die Idee, unakademisch lauter Miniaturen zu versammeln zur Zerstreung der Leser muß man erst einmal kommen. Blütenlesend, tonfallvergleichend, leider auch manchmal ein wenig inquisitorisch scharrend und von der notorischen Begriffsgeschichte »von lat. *conservare* statt von Konserve« ermüdet, liest man immer weiter. Plötzlich scharrt man dann einen Fund frei. Besonders die überhaupt nicht begriffsgeschichtlichen sondern privaten Geschichten bergen solche. Svenja Flaßpöhlers Ehestreit um den Familiennamen ihrer Kinder, Susanne Gaschkes Lob des Alkoholtrinkens zu Mittag, Hans Pleschinskis Vater, der Schmied, oder Yehuda Aharon Horowitz' Beschreibung des *Conservative Judaism* sind Funde. Funde gibt es auch, wenn es inhaltlich interessant wird: Christoph Türcke zieht die Fäden des *Change Managing* von der Nachkriegs-erziehung bis zur Gegenwartspädagogik, Lorenz Jäger historisiert abschließend den allen Konservativen nachgesagten »autoritären Charakter«, und endlich würdigt jemand Gerd-Klaus Kaltenbrunners Verdienst, den Konservatismus nicht bloß *e contrario* zu definieren, sondern mit einem Lebensführungsauftrag zu füllen. Wahrscheinlich sind es dann ganz am Schluß die drei Formeln, die der Philosoph Klaus-M. Kodalle findet, die über konservatives Verhalten das Wesentliche aussagen: 1.) Der Zeitgeist wirkt hinterrücks, erst im Nachhinein bemerkt man seine eigene Angepaßtheit, 2.) der Konservative leistet katechontischen Widerstand angesichts der Sogkraft des Wir-Gefühls, so daß 3.) das Ethos der Nachsichtigkeit und Selbstzurücknahme geboten ist. Mögen sich die Sammelbandautoren alle drei Formeln immer wieder vergegenwärtigen. Und wir Leser genauso. Wir wollen ja konservativ sein.

CAROLINE SOMMERFELD ■

Im Tollhaus

Douglas Murray: *Wahnsinn der Massen. Wie Meinungsmache und Hysterie unsere Gesellschaft vergiften*, München: Finanzbuch Verlag 2019. 352 S., 24,99 €

Murrays neues Buch ist ein Augenöffner für alle, die sich nicht täglich mit dem Geisteszustand der Internet-Vulgärlinken befassen. Welcher Wahnsinn sich derzeit an Hochschulen in den englischsprachigen Ländern, in der Massenpresse und in parasozialen Netzwerken austobt, läßt sich hier gebündelt nachlesen. Campus-Terror und psychopathologische Exzesse im Namen von Feminismus, Antirassismus, Inter- und Homosexualität haben innerhalb weniger Jahre vor allem die US-Gesellschaft im Sturm erobert. Trotz »Antifa« sind die Verhältnisse in Europa noch nicht annähernd so surreal überhitzt.

Durch Anekdoten, Stimmen aus der Publizistik sowie eigene Erfahrungsberichte erzählt Murray von massiver Einschüchterung, vom Pöbel erzwungener De-facto-Abschaffung der Rede- und Wissenschaftsfreiheit, vormodernen Sprechtabus, proletarisierten Hochschulen und von der Verankerung »transsexueller« Wahnvorstellungen bereits in (Klein-)Kinderhirnen. Dem Leser tritt die Walpurgisnacht einer sterbenden Zivilisation vor Augen. Vor allem zeigt Murray, wie die Übertreibungen radikaler Aktivisten das Gegenteil dessen erreichen, was sie oder zumindest ihre bürgerrechtlichen Vorgänger vorgeblich erreichen wollten. Statt öffentlicher »Farbenblindheit« ist die Rasse wieder ein wichtiges Unterscheidungs- und Identifikationsmerkmal. Eben noch frisch der Unterdrückung entronnenen weißen Frauen werden Fragen nach ihren eigenen Privilegien gestellt (»Intersektionalismus«), und stolze Schwule sollen Transvestiten und andere, immer skurrilere abnorme Gruppen als Gleichgesinnte anerkennen, was sie aber keinesfalls wollen.

Leider sind Murrays Positionen selbst allzu beeinflusst von der Fortschrittsidee: Emanzipation hält er für sehr wichtig und unstrittig berechtigt – nur jetzt werde der Bogen überspannt. Aber welcher Maßstab soll denn vorgeben, ab wann die »soziale Befreiung« zu weit geht? Und das ist bei weitem nicht die einzige Schwäche des Buches. Tatsächlich erklärt Murray nur, wie Hysterie die Gesellschaft vergiftet, aber nicht, warum. Der »Wahnsinn« kommt plötzlich über die Massen, unerklärlich, rasend und unkontrollierbar. Wer die klassische Literatur zur Massenpsychologie nicht kennt, muß die Aufzählungen bizarren Verhaltens ideologisch aufgehetzter Formalakademiker ratlos zur Kenntnis nehmen. Der Brite liefert allenfalls Erklärungsansätze für die brennende Frage nach den Ursachen, darunter ein gelungenes, wenn auch nicht ausreichend präzises »Zwischenspiel« zu den »Mar-



xistischen Grundlagen« der Emanzipationsrhetorik. Um immer neue »unterdrückte« Klassen geht es, deren Befindlichkeiten für den Umsturz aller überkommenen Verhältnisse benutzt werden sollen! Die entsprechend weltanschaulich geprägten Argumentationslinien sollten in einem solchen Buch aufgedeckt werden, statt immer lächerlicheres Randgruppentheater vorzuführen.

Die »Zwischenspiele« zwischen den Kapiteln (über den »Einfluß der modernen Technologien« und das entgleitende christliche Phänomen der »Vergebung«) sind die stärksten Passagen des Buches. Lesenswert sind auch die Innenansichten aus der/den Homosexuellenbewegung(en); der selbst entsprechend veranlagte Autor weist mit Beispielen darauf hin, wie zerstritten die einzelnen Gruppen innerhalb der »LGBT(...)«-Szene sind. Das Aufgreifen der Achtungswünsche immer neuer Gruppen geht zulasten der bisher Privilegien suchenden Minderheiten, was Revierkämpfe auslöst. In der im politisch-medialen Triumph sichtbar werdenden Zersplitterung jener Aktivisten mag ein Keim zur Zerstörung ihrer Macht liegen.

Dem theoriearmen, aber um so anschaulicheren Buch hätten ein strenges Lektorat (samt erheblicher Kürzung) und eine sorgfältigere Übersetzung sehr gutgetan.

KONRAD GILL ■

Die Mühen der Ebenen

Dirk Neubauer: *Das Problem sind wir. Ein Bürgermeister in Sachsen kämpft für die Demokratie*, München: DVA 2019. 240 S., 18 €

Dirk Neubauer, Bürgermeister eines sächsischen Städtchens, ist ein Macher, ein Anpacker, einer der Kraft und Willen hat und zu verändern weiß. Solche Leute braucht das Land! Seine Biographie zeigt einen Unsteten, der gerne Neues probiert und experimentiert – diese Menschen geben Vollgas, solange sie Lust haben. Der Vorteil: Neubauer hat Einblick in ganz verschiedene gesellschaftlich relevante Bereiche. Von seinem letzten Steckenpferd berichtet er: der Politik, der Regionalpolitik.

Mit Verve gelingen dem sympathischen Mann gute, verständliche Einblicke in ostdeutsche und sächsische Eigenheiten. Wer den Osten des Landes ein wenig verstehen lernen will, wird hier gut bedient. Seine Beschreibungen sind großartig, weniger originell sind seine Bewertungen, erstaunlich einfach seine Analysen und nahezu blind seine Schlußfolgerungen. Am stärksten ist das Buch dort, wo es Einblick in die schier kafkaeske Welt der Regionalpolitik verschafft. Neubauer zeigt sich dort als ein Don Quichote, der eifrig gegen die ewigen Mühlen der Bürokratie anrennt und von allen anderen

gleiches erwartet: ein liebenswerter Idealist mit viel Herz und nicht ganz so viel Verstand.

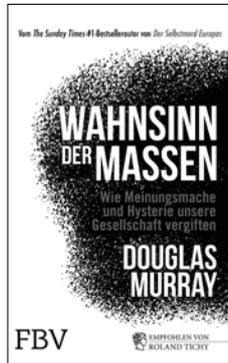
Das Buch kennt waghalsige Herleitungen, wilde Assoziationsketten, ist voller Widersprüche und Kategorienfehler. Immer wieder nimmt er aus seiner Ameisenperspektive das Systemische in den Blick, sieht aber die strukturelle Verantwortung tradierter Politik nicht und will die Defizite mit Eigeninitiative besiegen. Das ist im Grunde genommen der Ruf nach dem starken Mann, nur nicht an oberster Stelle, sondern an der Basis. Er will den Neuen Menschen und plaudert damit ungewollt das Betriebsgeheimnis linken Denkens – er ist SPD-Mitglied – aus: es wird ein idealistisches Menschenbild entworfen – so und so habe der Mensch zu sein!; im Idealfalle wie man selbst –, aber das Wesen des Menschen wird nicht eingestanden und die Frage, warum sie so sind, wie sie sind, so geworden sind, wird selten gestellt und nie beantwortet. Man erkennt das sprachlich an den vielen Sätzen, die mit »wir müssen« o. ä. beginnen.

Bis in die Ebenen hinein offenbart der Autor ein naives Politikverständnis, der das »Abgeben von Macht« fordert und es für »im Grunde genommen einfach« erklärt, der glaubt, daß das, was im Kleinen durch Willenskraft noch durchzudrücken ist, auch im Großen machbar sein müsse, der das Wesen von Politik aber nicht verstanden hat. Politische Kompromisse werden eben nicht durch Einsichten oder Konsens erzielt, sondern über Machtverhältnisse: Man geht sie ein, weil sie Einfluß und Macht sichern, vergrößern oder erhalten. Wenn er dennoch von »Strukturen« spricht, dann behandelt er sie wie einen Fetisch. Selbst seine Lösungen im Kleinen zeugen von Naivität, wenn er etwa Milliarden verteilen, die Kommunen ermächtigen, Kompetenzverteilungen, Dezentralisierungen, Entzerrung bürokratischer Prozesse, »Geld einsetzen und Regeln lockern«, »mehr Autonomie« und dergleichen mehr will.

Dabei zeigt Neubauer durchaus viele Schwachstellen der Demokratie auf, und auch seine Warnrufe sind oft die unseren: die »Distanz zwischen Politik und Bürger« etwa oder der »Mut, sich der Demographie entgegenzustemmen.« Freilich machen seine Aufrufe zu Vielfalt, Vielstimmigkeit, Offenheit und Alternativen, der Kampf gegen »alles wegbeißen, was Bestehendes in Frage stellt« vor der AfD Halt, die er nicht als genuine politische Kraft akzeptiert.

Das Buch ist ein Feuerwerk vieler kleiner heller Ideen, das dem Feuerwerksmeister unter den Händen unkontrolliert explodiert. Was wird davon bleiben? Es ist ein Appell an Politik und Bürger. Man wird ihm Hände schütteln, auf die Schultern klopfen, Verständnis zeigen, vielleicht springt auch eine Titelseite raus, und im Übrigen so weitermachen wie bisher. Vor allem, weil er in der Ebene ohne Abstraktionsanstrengung stecken bleibt.

JÖRG SEIDEL ■



Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2020

Neuabonnenten erhalten als Prämie zwei *Sezession*-Hefte aus dem Archivbestand mitgeliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2020, 18. Jahrgang



Heft 94 / Februar / 11 €
Thema: »Lektüren«

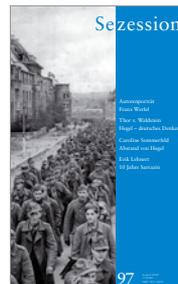
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Konrad Weiß
Was wäre wenn

Thor v. Waldstein
Weber, Sombart, Freyer

Jonas Mahraun
Gedichte lesen

Dušan Dostanić
Der romantische Serbe



Heft 97 / August / 11 €
offenes Heft

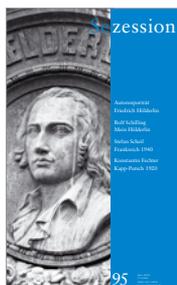
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Franz Werfel

Thor v. Waldstein
Hegel – deutsches Denken

Caroline Sommerfeld
Abstand von Hegel

Erik Lehnert
10 Jahre Sarrazin



Heft 95 / April / 11 €
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Friedrich Hölderlin

Rolf Schilling
Mein Hölderlin

Stefan Scheil
Frankreich 1940

Konstantin Fechter
Kapp-Putsch 1920



Heft 98 / Oktober / 11 €
Thema: »Recht und Ordnung«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Wilhelm Röpke

Wiggo Mann
Staat oder Clan

Götz Kubitschek
Dienen

Lexikon der
Ordnungsrufe



Heft 96 / Juni / 11 €
Thema: »Metapolitik«

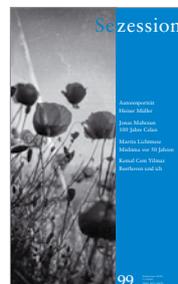
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Antonio Gramsci

Götz Kubitschek
Das metapolitische Maximum

Benedikt Kaiser
Criticón 1970–2005

Jonas Schick
Gesellschaftlicher Stoffwechsel



Heft 99 / Dezember / 11 €
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Heiner Müller

Jonas Mahraun
100 Jahre Celan

Martin Lichtmesz
Mishima vor 50 Jahren

Kemal Cem Yilmaz
Beethoven und ich

Erbärmliche Lumpen, die bereit sind, die Wahrheit für ihr Leben zu verkaufen. Wenn man einmal drin ist in der Mühle, dann ist es aus. Sagt nicht Puschkin etwas Ähnliches? Oder war das Goethe? Es gibt einen Punkt, wo man einfach nicht mehr zurück kann, so ungefähr, nur daß es sich reimt.

Eugen Ruge: *Metropol*